



LANDRATSAMT  
BODENSEEKREIS

# 10. BETEILIGUNGSBERICHT



### Impressum

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Heidi Schwartz, Finanzdezernentin  
Tobias Kaiser, Amtsleiter Kreiskämmerei

Bearbeitung: Stephanie Kick, stv. Amtsleiterin Kreiskämmerei

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis  
Kreiskämmerei  
Glärnischstraße 1 - 3  
88045 Friedrichshafen  
Tel.: 07541 / 204-5324

Friedrichshafen, im Oktober 2010

## Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum zehnten Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2009 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2008/2009) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein ([www.bodenseekreis.de](http://www.bodenseekreis.de)).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Mit ihm will die Kreiskämmerei einmal einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushalts geben. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen - die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. Der Bodenseekreis wird in den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen durch den Landrat vertreten.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben sowie den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen.

Friedrichshafen, im Oktober 2010



Lothar Wölfle  
Landrat

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	Seite
<b>I. Vorbemerkungen</b>	4
<b>II. Abkürzungsverzeichnis</b>	6
<b>III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick</b>	<b>8</b>
1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss	9
2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen	10
3. Abschlussprüfer	11
<b>IV. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises</b>	
<u>Energiewirtschaft</u>	
OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke	12
<u>Entsorgung und Verkehr</u>	
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	18
Flughafen Friedrichshafen GmbH	28
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH	38
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	52
Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltung GmbH	60
<u>Wirtschaftsförderung</u>	
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	66
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	78
Energieagentur Bodenseekreis GbR	84
<u>Soziales</u>	
Klinik Tett nang GmbH	86
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	102
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	114
<u>Kultur</u>	
Bodensee-Festival GmbH	126
<b>V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises</b>	
ARKuS gGmbH	134
Energieagentur Ravensburg gGmbH	138
frieKS Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH	152
Gesundheitsakademie Tett nang GmbH	158
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH	160
Waldburg-Zeil Personalservice GmbH	162
Medizinisches Versorgungszentrum Tett nang GmbH	164
<b>VI. Sonstige Beteiligungen des Bodenseekreises</b>	
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	166
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	168
Baugenossenschaft Überlingen eG	170
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	172
Zweckverband PROTEC Orsingen	174
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm	176
<b>VII. Anhang</b>	
Auszug aus der Gemeindeordnung	178
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	179

## **I. Vorbemerkungen**

### **Rechtliche Grundlage**

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindegewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:

Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunalrechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzugreifen.

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren."

### **Erläuterungen zum Bericht**

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Ausgenommen ist hiervon die Flughafen Friedrichshafen GmbH. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung des Unternehmens wird auf die Darstellung des Jahresabschlusses trotz der oben genannten Beteiligungsquote nicht verzichtet.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

### **Allgemeines**

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2009 vom 01.01. bis 31.12.2009. Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die BodenseeOberschwaben-Bahn VerwaltungsgmbH das Geschäftsjahr vom 01.10.2008 bis 30.09.2009.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

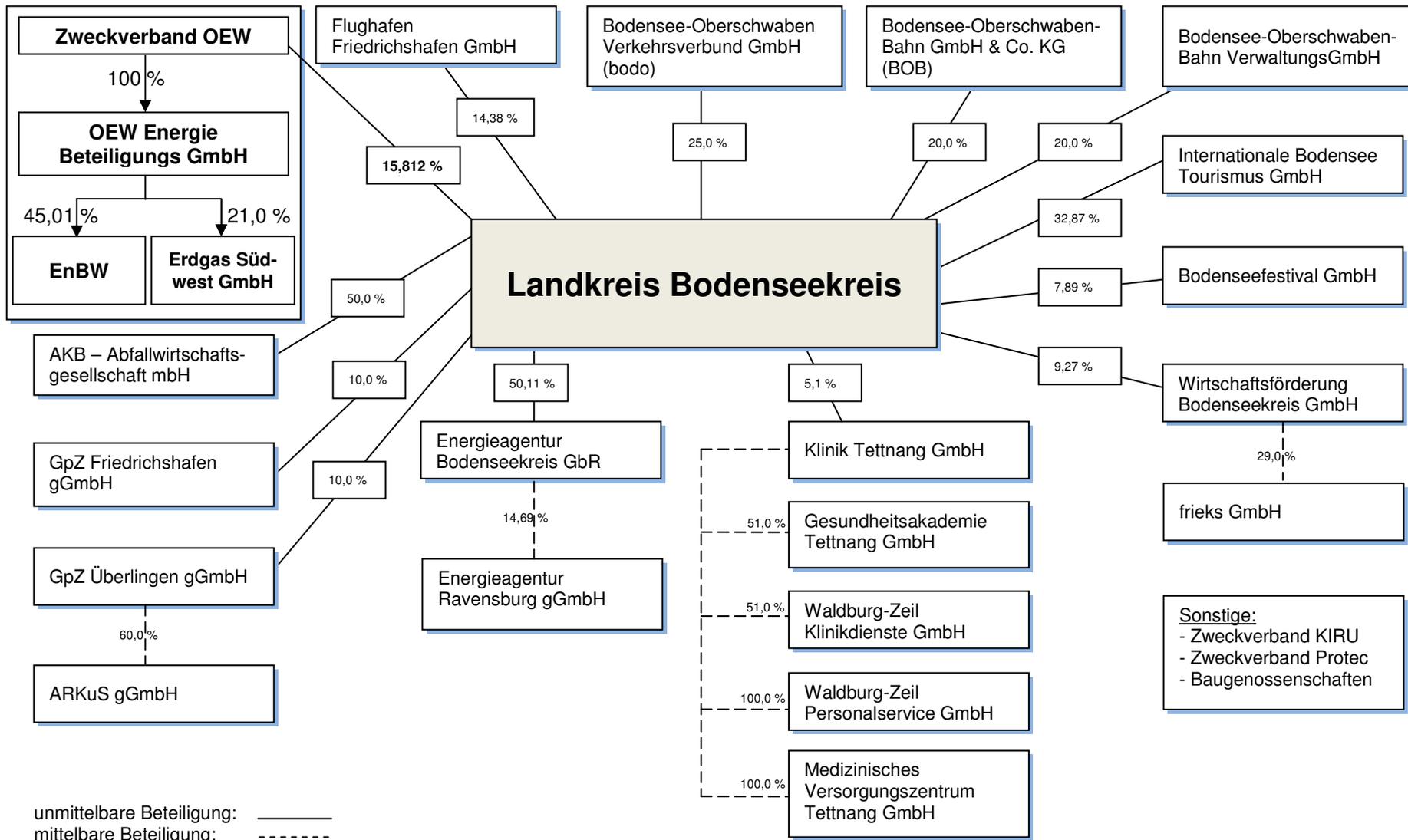
Die Angaben unter Nr. 9 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen worden. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

## II. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
AGH	Arbeitsgelegenheit
ALG II	Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)
Anm.	Anmerkung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVA	Abfallverbrennungsanlage
AWB	AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee
betr.	betreffend, betreffs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGM	Bürgermeister
BOB	Bodensee-Oberschwaben-Bahn
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
Dipl.	Diplom
DIVA	Dialoggesteuertes Informations- und Verkehrsmanagementsystem
Dr.	Doktor/in
€	Euro
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGVS	EVS-Gasversorgung Süd GmbH
EK	Eigenkapital
E-mail	E-Mail-Adresse bzw. Internet-Adresse
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
ERZ Zürich	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich
Fa.	Firma
Fax	Telefaxnummer
ff.	fortfolgende
FN	Friedrichshafen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GnR	Genossenschaftsregister
GpZ	Gemeindepsychiatrisches Zentrum
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
Hr.	Herr
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive

insg.	insgesamt
KEZO Hinwil	Kehrichtverwertung Zürcher Oberland
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz
km	Kilometer
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KVA	Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz
LKrO	Landkreisordnung
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
MZV	Müllabfuhr-Zweckverband
m <sup>2</sup>	Quadratmeter
naldo	Neckar-Alb-Donau-Verkehrsverbund
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OB	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	per anno
RAB	Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben
rd.	rund
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
sog.	sogenannte
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellv.	Stellvertretender
Stv.	Stellvertreter/Stellvertretender
s.u.	siehe unten
TB	Therapeutisch Beschäftigte
T €	Tausend Euro
TKEB	Tageskarte Euregio Bodensee
to.	Tonne
TWF	Technische Werke Friedrichshafen GmbH
u.	und
u.a.	und andere
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
vgl.	vergleiche
VIE	Vienna International Airport
VJ./Vj.	Vorjahr
WFB	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
WfbM	Werkstatt für behinderte Menschen
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Württ.	Württembergischen
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zahnradfabrik Friedrichshafen
ZfP	Zentrum für Psychiatrie
z.T.	zum Teil
ZV	Zweckverband
ZVD	Zuverdienst
ZV OEW	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke

### III. Beteiligungsunternehmen auf einen Blick



## 1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Bilanzzahlen (in T€)

Unternehmen	Stammkapital	Anteil Bodenseekreis	Eigenkapital	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Verbindlichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresfehlbetrag/-überschuss (-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	69.634 €	1.130.798 €	0 €	1.130.798 €	1.053.564 €	10.062.508 €	-3.138,71 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	17.411.156 €	43.559.901 €	41.257.563 €	2.160.380 €	24.221.946 €	9.330.161 €	-2.765.753,17 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	118.947 €	1.118.664 €	18.048 €	1.100.556 €	970.074 €	5.803 €	84.935,42 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	5.756.510 €	10.283.916 €	6.317.253 €	3.962.039 €	2.931.544 €	6.789.361 €	953.117,15 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	29.641 €	31.203 €	0 €	31.178 €	62 €	0 €	-322,30 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.610 €	281.314 €	63.423 €	214.107 €	124.873 €	29.263 €	0,00 €
Klinik Tett nang GmbH	300.000 €	15.300 €	11.603.749 €	31.880.355 €	22.061.488 €	5.121.731 €	9.506.520 €	22.846.329 €	-519.420,86 €
Gemeindepsychiatrizentrum Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	2.609.896 €	6.193.981 €	4.970.889 €	1.221.888 €	2.134.253 €	1.870.464 €	322.277,29 €
Gemeindepsychiatrizentrum Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	926.945 €	2.853.967 €	2.014.042 €	839.924 €	1.116.213 €	1.534.358 €	33.953,32 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	232.674 €	242.992 €	2.789 €	238.698 €	5.190 €	857.696 €	672,23 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	431.000 €	141.500 €	110.136 €	265.010 €	39.895 €	217.204 €	108.475 €	541.138 €	2.010,62 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	nur mittelbar über die Energieagentur Bodenseekreis GbR	290.674 €	527.775 €	43.474 €	484.301 €	131.013 €	375.832 €	69.357,68 €

## 2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Anlagenintensität	Umlaufintensität	Eigenkapitalquote	Fremdkapitalquote	Anlagedeckung I	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Kostendeckung	Cash Flow in T €
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	Anlagevermögen = 0	100,00%	6,16%	93,84%	Anlagevermögen = 0	0,00%	-4,51%	-0,28%	99,82%	-2.676 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	94,71%	4,96%	39,97%	60,03%	42,20%	-19,76%	-15,88%	-4,34%	67,96%	638.346 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	1,61%	98,38%	10,63%	89,37%	659,06%	-442,30%	71,41%	7,59%	0,83%	117.572 €
BOB GmbH & Co. KG	61,43%	38,53%	55,98%	44,02%	91,12%	121,11%	16,56%	10,01%	114,40%	1.454.326 €
BOB VerwaltungsGmbH	Anlagevermögen = 0	99,92%	94,99%	5,01%	Anlagevermögen = 0	Umsatz = 0	-1,09%	-1,03%	Umsatz = 0	-322 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	22,55%	76,11%	44,30%	55,70%	196,47%	-11,85%	0,00%	0,00%	4,26%	6.474 €
Klinik Tettngang GmbH	69,20%	16,07%	36,40%	63,60%	52,60%	-5,79%	-4,48%	-0,85%	91,17%	2.306.520 €
Gemeindepsychiatrizentrum FriedrichshafengGmbH	80,25%	19,73%	42,14%	57,86%	52,50%	19,96%	12,35%	5,97%	105,95%	527.125 €
Gemeindepsychiatrizentrum Überlingen gGmbH	70,57%	29,43%	32,48%	67,52%	46,02%	3,38%	3,66%	2,20%	96,00%	205.538 €
Bodensee Festival GmbH	1,15%	98,23%	95,75%	4,25%	8342,56%	0,08%	0,29%	0,28%	98,96%	5.262 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	15,05%	81,96%	41,56%	58,44%	276,06%	-0,04%	1,83%	0,76%	40,04%	8.454 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	8,24%	91,76%	55,08%	44,92%	668,62%	19,60%	23,86%	13,14%	47,48%	90.737 €

### 3. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2009	Abschlussprüfer 2008	Abschlussprüfer 2007
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	RSW Treuhand GmbH	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart
Flughafen Friedrichshafen GmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
BOB GmbH & Co. KG	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BOB VerwaltungsGmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Kanzlei Keller, Orwingen	Kanzlei Keller, Orwingen	Ernst & Young AG, Stuttgart
Klinik Tettngang GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychiatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychiatriezentrum Überlingen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	Kanzlei Keller, Orwingen	SWR Revision, Baden	SWR Revision, Baden
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Dagmar Anna Albert, Steuerberaterin, Meckenbeuren	Dagmar Anna Albert, Steuerberaterin, Meckenbeuren	Prof. Dr. Nann, Villingen-Schwenningen
Energieagentur Ravensburg gGmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH

#### IV. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

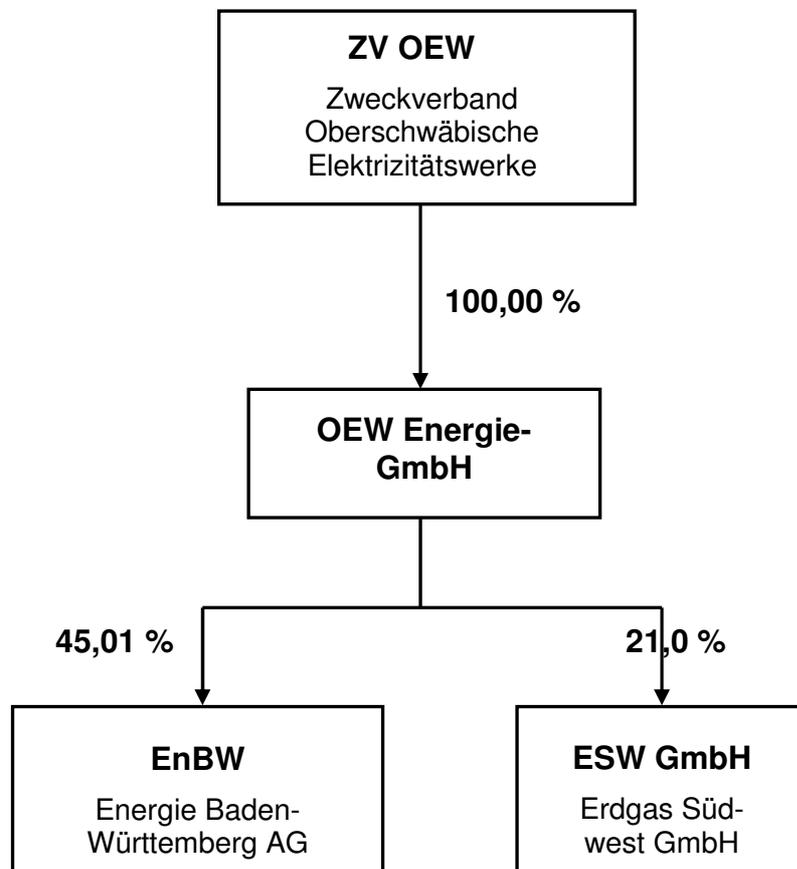
##### Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

##### Mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW) an der EnBW Energie Baden Württemberg AG

###### 1. Anteilsbesitz des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke

Der Bodenseekreis ist mit 15,812 % am Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW) beteiligt.

Der ZV OEW ist zu 100 % an der OEW Energie GmbH beteiligt. Die OEW Energie GmbH hält ihrerseits 45,01 % der Anteile an der Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe (kurz: EnBW), sowie 21 % der Anteile an der ESW GmbH.



## 2. OEW Energie-Beteiligungs GmbH

### 2.1 Allgemeine Unternehmensdaten der OEW Energie GmbH

#### a) Gegenstand des Unternehmens und Geschäftsjahr

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

#### b) Stammkapital

Das Stammkapital in Höhe von 1 Mio. € ist voll eingezahlt.

#### c) Organe der OEW Energie GmbH

Alleinige Geschäftsführerin ist seit 12. April 2007 Frau Barbara Endriss. Generalvollmacht ist Herrn Kurt Widmaier erteilt. Ein Aufsichts- oder Verwaltungsrat besteht nicht.

### 2.2 Wesentliche Verträge zwischen ZV OEW und der OEW Energie GmbH

#### a) Treuhandverträge

Bisher wurden die Anteile der OEW Energie GmbH an der EnBW vom ZV OEW aufgrund von Treuhandverträgen (Vereinbarungen vom 19. November 2002, 28. Januar 2005 und 26. Juli 2005) treuhänderisch als Eigentümer für die OEW Energie GmbH gehalten. Die Gesellschafterversammlung der OEW Energie GmbH beschloss am 25. September 2009, nach Rücksprache mit dem Verwaltungsrat des ZV OEW, die bestehenden Treuhandverhältnisse in Bezug auf die Aktien der EnBW aufzulösen. Mit Aufhebungsvertrag vom 25. September 2009 haben die Parteien alle bestehenden Treuhandverhältnisse mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Der ZV OEW übertrug das rechtliche Eigentum an den Aktien wieder auf die OEW Energie GmbH. Damit liegt das wirtschaftliche und das rechtliche Eigentum an den Anteilen der EnBW bei der OEW Energie GmbH.

#### b) Darlehensverträge

Der ZV OEW hat der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2009 insgesamt 13 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2009 auf insgesamt 883,1 Mio. € und werden mit einem Zinssatz zwischen 4,0 % und 5,4 % p. a. verzinst. Zu den Restlaufzeiten der Darlehen vgl. Abschnitt 2.3 c) Wirtschaftliche Lage der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und Konsequenzen für den ZV OEW.

#### c) Bürgschaften

Zum 31. Dezember 2009 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 520 Mio. €. Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2009 Avalprovisionen in Höhe von 2,7 Mio. € von der OEW Energie GmbH.

## 2.3 Wirtschaftliche Lage der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und Konsequenzen für den ZV OEW

### a) Kennzahlenübersicht OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Einen Überblick über die wesentlichen wirtschaftlichen Daten vermitteln die folgenden Kennzahlen zum Jahresabschluss der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2009:

	2009 Mio. €	2008 Mio. €	Veränderung (%)
<b>Bilanz</b>			
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn	2.027,0	1.973,3	2,7
Eigenkapitalquote (%)	61,0	57,5	6,1
Bilanzsumme	3.628,0	3.560,4	1,9
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
Ergebnis nach Steuern	165,6	53,7	208,4
Beteiligungserträge	228,3	173,3	31,74
Zinsergebnis	-61,7	-65,6	-5,9
- davon gegenüber ZV OEW	-45,3	-46,3	-2,2
Außerordentliche Aufwendungen	0	-52,8	100,0
<b>Finanz-/Liquiditätskennzahlen</b>			
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	102,4	35,1	>100,0

### b) Ertragslage OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Einziger Unternehmenszweck der OEW Energie GmbH ist das Halten der Beteiligung an den oben genannten Unternehmen. Die Erträge des Unternehmens ergeben sich daher nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH.

Nennenswerte Aufwendungen sind vor allem Zinszahlungen an Kreditinstitute und an den alleinigen Gesellschafter ZV OEW für verschiedene Darlehen. Außerordentliche Aufwendungen fielen im Berichtsjahr nicht an.

Aus diesen Gründen ist die Ertragslage in erster Linie abhängig von der Ausschüttungspolitik der EnBW.

	2009 T €	2008 T €	Veränderung T €
Beteiligungserträge	228.271	173.327	54.944
Abschreibungen	1	1	0
Personalaufwand	30	0	30
Sonstiger Betriebsaufwand			
./. übrige betriebliche Erträge	797	775	22
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>227.443</b>	<b>172.551</b>	<b>54.892</b>
Finanzergebnis	-62.112	-65.974	3.862
Neutrales Ergebnis	808	-52.650	53.458
Ertragsteuern	546	245	301
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>165.593</b>	<b>53.682</b>	<b>111.911</b>

Das Ergebnis des Berichtsjahres ergibt sich aus den Beteiligungserträgen von der EnBW und der ESW GmbH, dem Finanzergebnis sowie dem neutralen Ergebnis. Das neutrale Ergebnis stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2009 T €	2008 T €
<b>Aufwendungen</b>		
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	78	0
Aufwendungen aus Steueranpassungen Betriebsprüfung	34	0
Auflösung synthetisches Termingeschäft	0	52.793
Abwertung Optionsprämie	0	180
Periodenfremde Aufwendungen	0	14
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>112</b>	<b>52.987</b>
<b>Erträge</b>		
Erträge aus Steueranpassung Betriebsprüfung	502	0
Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	413	330
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	5	7
<b>Summe Erträge</b>	<b>920</b>	<b>337</b>
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>808</b>	<b>-52.650</b>

Die für 2010 erwarteten Zinseinnahmen des ZV OEW aus den Darlehen an die OEW Energie GmbH betragen laut Wirtschaftsplan rund 38,4 Mio. €, die Einnahmen aus Avalprovisionen für die Bürgschaftsgewährung durch den Zweckverband 2,7 Mio. €. Der Wirtschaftsplan des ZV OEW ist stark abhängig von der Leistungsfähigkeit der OEW Energie GmbH, denn das Einnahmenvolumen des Erfolgsplanes wird größten Teils durch die laufenden Zinszahlungen und die Ausschüttung der OEW Energie GmbH bestimmt.

### c) Vermögens- und Finanzlage OEW Energie-Beteiligungs GmbH

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (97,1 % der Bilanzsumme).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögens des ZV OEW.

	31.12.2009 T €	31.12.2008 T €	Veränderung T €
<b>Vermögen</b>			
Immaterielles und Sachanlagevermögen	3	1	2
Beteiligungen	3.518.444	3.518.444	0
Langfristige Forderungen	5.393	5.909	-516
Kurzfristige Forderungen	1.777	945	832
Wertpapiere des Umlaufvermögens	90.389	0	90.389
Flüssige Mittel	11.994	35.095	-23.101
	<b>3.628.000</b>	<b>3.560.394</b>	<b>67.606</b>
<b>Kapital</b>			
Eigenkapital	2.212.545	2.046.952	165.593
Langfristige Verbindlichkeiten	1.218.013	1.092.575	125.438
Kurzfristige Verbindlichkeiten	197.442	420.867	-223.425
	<b>3.628.000</b>	<b>3.560.394</b>	<b>67.606</b>

Die langfristigen Forderungen betreffen ein gemäß § 37 Abs. 5 KStG aktiviertes Körperschaftsteuerguthaben. Der Anstieg der kurzfristigen Forderungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Aktivierung der Steuererstattungsansprüche, die sich aus der im Berichtsjahr abgeschlossenen Betriebsprüfung ergeben haben. Außerdem wurden 2009 erstmals flüssige Mittel in Wertpapieren des Umlaufvermögens angelegt. Sie sind auf der Vermögensseite entsprechend ausgewiesen und reduzieren die flüssigen Mittel. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeitsposten der OEW Energie GmbH und damit die zeitliche Staffelung der Verpflichtung zur Bereitstellung von Mitteln zur Darlehenstilgung sind in folgender Übersicht zusammengefasst:

Stand 31.12.2009	Summe (Mio. €)	Restlaufzeit bis 1 Jahr (Mio. €)	Restlaufzeit über 1 Jahr (Mio. €)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	520,0	25,0	495,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	883,1	160,1	723,0
Sonstige Verbindlichkeiten	11,9	11,9	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>1.415,0</b>	<b>197,0</b>	<b>1.218,0</b>

Die Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbands ist unmittelbar davon abhängig, ob die OEW Energie GmbH ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die vom Verband gewährten Darlehen nachkommen kann. Diese Zahlungsfähigkeit ist wiederum hauptsächlich abhängig von der Ausschüttungspolitik der EnBW. Eine genauso große Rolle spielt die Bereitschaft von Kreditinstituten, der OEW Energie GmbH Fremdkapital zur Verfügung zu stellen. Solange die Gesellschaft aus diesen beiden Quellen schöpfen kann, ist die Tilgungsfähigkeit hinsichtlich der Gesellschafterdarlehen gegeben.

### 3. Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des ZV OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des ZV OEW eng mit der der OEW Energie GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gesellschaft und damit auch für die Einnahmensituation des ZV OEW ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.



**ABK -Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH****1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH
Geschäftsstelle:	Glärnischstr. 1-3, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204 - 5492 Fax: 07541/204 - 7492 E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	19. Februar 1997
Eintragungsdatum HR:	20. Juni 1997
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	7. November 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

**2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

**3. Beteiligungsverhältnisse**

Am Stammkapital der ABK GmbH von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	13.000	50 %
Landkreis Konstanz	13.000	50 %
	26.000	100 %

**4. Organe des Unternehmens****Geschäftsführer:**

Berthold Restle, Verwaltungsdezernent  
Heidi Schwartz, Finanzdezernentin

**Aufsichtsrat:**

Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat (seit 1.1.2009)  
Stv. Vorsitzender Frank Hämmerle, Landrat (seit 1.1.2009)  
Dr. Irene Alpes, Lehrerin (bis 29.11.2009)  
Dr. Gerhard Barisch, Rektor a. D. (seit 30.11.2009)  
Wiltrud Baumeister, Konrektorin (bis 29.11.2009)  
Birgit Brachat-Winder, Bankkauffrau (seit 30.11.2009)  
Kurt Demmler, Polizeibeamter (bis 29.11.2009)  
Werner Endres, Gastwirt  
Volker Fouquet, Bürgermeister a.D.  
Bernd Gerber, Bürgermeister

Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D.  
Dieter Hornung, Bürgermeister a.D.  
Helmut Kennerknecht, Bürgermeister  
Karl-Heinz Mommertz, Berufsschullehrer a. D. (bis 29.11.2009)  
Franz Moser, Bürgermeister  
Artur Ostermaier, Bürgermeister  
Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt (seit 30.11.2009)  
Bernhard Volk, Bürgermeister (seit 30.11.2009)

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 46 T €.

### **5. Öffentlicher Zweck**

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von §§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 06.10.1994 (Krw/AbfG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

- ⇒ Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit der T-plus GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002 und Ergänzungsvertrag zur Behandlung von Abfällen im Kehrichtheizkraftwerk Josefstraße in Zürich vom 11./17. März 2010.
- ⇒ Vertrag mit der T-plus GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen, vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis 31. Dezember 2011.

- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettwang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/3. Dezember 2004.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Ferntransporte mit der Bahn zur Kehrichtverbrennungsanlage Weinfeldern mit der Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen vom 14. Oktober/8. November 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Vereinbarung zwischen der ABK GmbH, Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen und der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen vom 14./29. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.

### **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Neben den beiden Geschäftsführern waren ein Prokurist sowie zwei weitere Mitarbeiter beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt.

### **9. Lagebericht**

Das Geschäftsjahr 2009 der ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 3 T €.

Es wurden insgesamt 68.119 to. Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Die Restabfälle wurden in der Abfallverbrennungsanlage Stuttgart-Münster und in der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) Thurgau, Weinfeldern/Schweiz behandelt. Eine Teilmenge von 11.374 to. wurde im Auftrag der T-plus in den Anlagen von Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) und Kehrichtentsorgung Züricher Oberland (KEZO), Hinwil, behandelt.

**a) Mengenbilanz 2009**

Abfallherkunft:	Behandlung: T-plus GmbH (AVA Stuttgart-Münster und KHKWs Zürich und Hinwil)	KVA Thurgau (KVA Weinfelden)	Insgesamt
Bodenseekreis	31.051 to	0 to	31.051 to
Landkreis Konstanz	3.136 to	33.932 to	37.068 to
Insgesamt	34.187 to	33.932 to	68.119 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

Logistik: Die KVA Thurgau hat der ABK GmbH die Möglichkeit der LKW-Anlieferung für eine Teilmenge von 3.541 to in Weinfelden eingeräumt.

Kosten: Den Landkreisen wurde im Jahr 2009 ein Mischpreis von 147,72 €/to berechnet. Dieser Preis lag somit um 2,83 €/to günstiger als der kalkulierte Wert von 150,55 €/to.

Die Gründe für diese Einsparungen sind im Wesentlichen:

- ⇒ Geringere Behandlungskosten für die in die Schweiz gelieferten Abfallmengen
- ⇒ Preisrückgang bei den Transportkosten aufgrund gesunkener Dieselpreise
- ⇒ Möglichkeit der preisgünstigen LKW-Anlieferung einer Teilmenge bei der KVA Thurgau in Weinfelden

Akquise von Gewerbemüll: Aufgrund fehlender Nachfrage wurde im Jahr 2009 keine Mengenakquise betrieben.

**b) Geschäftsjahr 2010**

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen weiter rückläufig und liegen per Ende Februar um rd. 6 % unter dem Vorjahreswert. Die bei den Behandlungsanlagen angemeldeten Mengenbandbreiten (58.000 to. bis 69.000 to.) können trotzdem eingehalten werden.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt im Jahr 2010 bei folgenden Anlagen:

- ⇒ T-plus GmbH: AVA Stuttgart-Münster, ERZ Zürich, KEZO Hinwil
- ⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

Mit der T-plus GmbH wurde im März 2010 ein Ergänzungsvertrag über die Behandlung von Abfällen in der Schweiz abgeschlossen, der aber noch unter aufschiebenden Bedingungen steht.

Bis zum Sommer 2010 soll entschieden werden, ob die Verträge über die Transportleistungen zum 31. Dezember 2011 gekündigt und neu ausgeschrieben werden oder ob von der Verlängerungsoption Gebrauch gemacht werden soll.

Mengen von Dritten (Mengenakquise) werden derzeit aufgrund fehlender Nachfrage nicht angenommen.

**c) Risikobericht**

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der T-plus GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet. Abweichungen von bei den Behandlungsanlagen angemeldeten Mengenfenstern sind nach derzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungs- oder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zur AVA Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann. Durch die im Rahmen des Ergänzungsvertrages mit der T-plus GmbH vorgesehene Behandlung der Abfälle in der Schweiz wird dieses Risiko aber wieder deutlich minimiert.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen, aufgrund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen sowie bei Änderungen des Wechselkurses zum Schweizer Franken.

Da jedoch alle Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium hat jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrags mit der KVA Thurgau (bis 31. Dezember 2025) von dem Vorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Know-how-Verlust Risiken vorhanden.

Friedrichshafen, den 07. Mai 2010  
Berthold Restle Heidi Schwartz

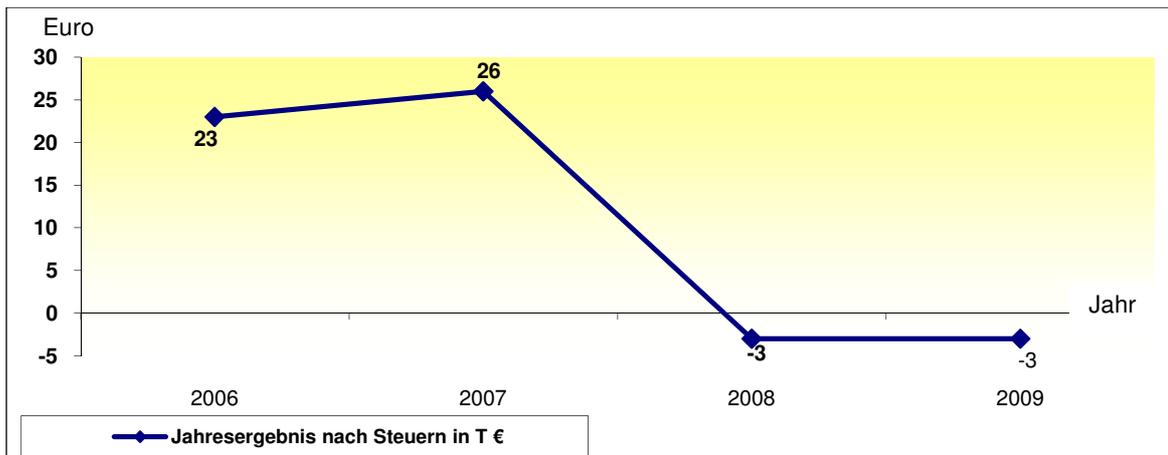
## **10. Abschlussprüfer**

RSW Treuhand GmbH

## **11. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	2009	2008	Abweichung 2009 - 2008 in %
Entsorgter Abfall / Einwohner im ABK-Gebiet	140,52 kg	137,38 kg	+ 2,9
Entsorgter Abfall insgesamt	68.119 to	66.595 to	+ 2,9

## 12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



## Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0,0	0,0	0,0	0,0	16,7	1,3
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	453,3	40,1	357,9	42,0	274,8	21,4
5. Sonstige Vermögensgegenstände	351,6	31,1	334,5	39,3	326,9	25,4
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	326,0	28,8	159,7	18,7	668,2	51,9
	<b>1.130,8</b>	<b>100,0</b>	<b>852,2</b>	<b>100,0</b>	<b>1.286,6</b>	<b>100,0</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. <u>Disagio</u>						
II. <u>Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</u>						
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.130,8</b>	<b>100,0</b>	<b>852,2</b>	<b>100,0</b>	<b>1.286,6</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009 Passiva	2008		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	26,0	2,3	26,0	3,1	3,1	3,1
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	46,8	4,1	50,1	5,9	5,9	5,9
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3,1	-0,3	-3,3	-0,4	-0,4	-0,4
	<b>69,6</b>	<b>6,2</b>	<b>72,8</b>	<b>8,5</b>	<b>8,5</b>	<b>8,5</b>
<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>						
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,8	0,1	0,1	0,1
III. Sonstige Rückstellungen	7,6	0,7	6,4	0,7	0,7	0,7
	<b>7,6</b>	<b>0,7</b>	<b>7,1</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. erhaltene Anzahlungen						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.010,5	89,4	731,6	85,9	85,9	85,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	42,5	3,8	40,6	4,8	4,8	4,8
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	0,0	0,00	0,0	0,0	0,0	0,0
	<b>1.053,0</b>	<b>93,2</b>	<b>772,3</b>	<b>90,6</b>	<b>90,6</b>	<b>90,6</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.130,2</b>	<b>100,0</b>	<b>852,2</b>	<b>100,</b>	<b>1.286,6</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	10.062,5	99,8	9.489,2	99,9	9.890,8	100,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	18,4	0,2	11,2	0,1	0,7	0,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>10.080,9</b>	<b>100,0</b>	<b>9.500,4</b>	<b>100,0</b>	<b>9.891,5</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.913,0	98,3	9.369,2	98,6	9.688,8	98,4
7. Personalaufwand	24,1	0,2	25,6	0,3	23,6	0,2
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	143,4	1,4	107,6	1,1	130,0	1,3
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>10.080,5</b>	<b>100,0</b>	<b>9.502,4</b>	<b>100,0</b>	<b>9.842,4</b>	<b>99,5</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>0,4</b>		<b>-2,0</b>		<b>49,1</b>	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,8		6,1		7,6	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>4,8</b>		<b>6,1</b>		<b>7,6</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>5,2</b>		<b>4,2</b>		<b>56,7</b>	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8,4		7,5		29,9	
22. Sonstige Steuern						
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>-3,1</b>		<b>-3,3</b>		<b>26,9</b>	



## Flughafen Friedrichshafen GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Flughafen Friedrichshafen GmbH
Geschäftsstelle:	Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 284-01 Fax: 07541 / 284-119 E-Mail: info@fly-away.de Homepage: www.fly-away.de
Gründungsdatum:	6. Juni 1928
Eintragungsdatum Handelsregister:	14. September 1928
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	2. Mai 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b.H.	5.350	25,15 %
Stadt Friedrichshafen	3.059	14,38 %
Landkreis Bodenseekreis	3.059	14,38 %
Land Baden-Württemberg	2.647	12,44 %
ZF Friedrichshafen AG	1.994	9,37 %
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.897	8,92 %
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.635	7,69 %
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	731	3,44 %
Dornier GmbH	450	2,12 %
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH	450	2,12 %
	21.272	100,00 %

### 4. Organe des Unternehmens

#### Geschäftsführung:

Hans Weiss

#### Aufsichtsrat:

Vorsitzender Dieter Hornung, Stadt Friedrichshafen

1. stv. Vorsitzender Dr. Michael Fazekas, Geschäftsführer der VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b.H., Wien

2. stv. Vorsitzender Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben  
Prof. Georg Fundel, Geschäftsführer der Flughafen Stuttgart GmbH

Werner Hackenberg, Direktor und Prokurist Immobilien und Center Management der Flughafen Wien AG  
Hand-Georg Härter, Vorstandsvorsitzender der ZF Friedrichshafen AG  
Hans-Peter Kaldenbach, Geschäftsführer der Luftschiffbau Zeppelin GmbH  
Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen  
Joachim Kruschwitz, Erster Landesbeamter Landratsamt Bodenseekreis  
Alfred Müllner, Geschäftsführer der Technische Werke Friedrichshafen GmbH

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2009 Vergütungen in Höhe von 36 T €.

### **5. Öffentlicher Zweck**

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Drei-Länder-Region Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen (Einlage: 18.800 €, Anteil: 75,2 %)

### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen**

- ⇒ Vereinbarung vom 11./15. Dezember 1997 mit dem Land Baden-Württemberg über die Kostenerstattung für Luftaufsichtsdienste und den Zuschuss für Flugsicherungsbetriebsdienste. § 2 Abs. 3 der Vereinbarung ist mit Wirkung zum 1. März 1999 geändert worden.
- ⇒ Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über die Durchführung von Maßnahmen nach § 29c Luftverkehrsgesetz auf dem Flughafen Friedrichshafen-Löwental vom 5. Dezember 2003 (Laufzeit vom 1. Februar 2004 bis November 2007; dann mit sechsmonatiger Kündigungsfrist). Als Vergütung erhält die Gesellschaft vom Land für die Durchführung der Aufgaben des Flugkontrolldienstes 3,20 € (vom 1. Februar bis 31. Oktober 2004) bzw. 4,53 € (vom 1. November 2004 bis 31. Oktober 2007) bzw. 4,31 € (ab dem 1. November 2007) pro Einsteiger der Verkehrsfluffahrt. Der Vertrag wurde auskunftsgemäß mit Wirkung zum 31. Dezember 2009 gekündigt und durch ein neues Vergütungsmodell ersetzt.

### **8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Im Geschäftsjahr 2009 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 156 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt: Verkehr 110, Kaufmännische Dienste/Personal 10, Vertrieb/Parkplatz- und Infoservice 32 und allgemeine Verwaltung/Unternehmensleitung 4.

### **9. Lagebericht**

#### **a) Vorstellung des Unternehmens**

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen. Die Bodenseeregion gilt als wirtschaftlich überdurchschnittlich stark mit einer Vielzahl innovativer Unternehmen. Das persönlich verfügbare Einkommen ist

überdurchschnittlich hoch und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig. Seit über 20 Jahren versorgt der Flughafen Friedrichshafen diese Region mit wichtigen Flugverbindungen und kompensiert teilweise den Verkehrsschatten der Region, charakterisiert durch mangelhafte Infrastruktur der übrigen Verkehrsträger. Vom Flughafen profitieren sowohl die heimische Industrie als auch die Einwohner im Einzugsgebiet durch ein Angebot an attraktiven Urlaubsflügen. Die navigatorische Ausstattung des Flughafens besteht aus modernster Technik, und die Dimensionierung der Flugbetriebsflächen entspricht internationalem Standard. Der Flughafen ist somit für jede Fluggesellschaft mit allen Mittelstreckenflugzeugen anfliegend.

### **b) Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche**

Die gesamte Luftfahrtbranche hat auch im Berichtsjahr weiter stark unter der Wirtschaftskrise gelitten. Man spricht von der stärksten Rezession in der Geschichte der Luftfahrt. Flughäfen geraten unter Ertragsdruck, so dass vermutlich nur noch wenige Flughäfen im Berichtsjahr positiv abschließen werden.

Den gleichen wirtschaftlichen Zwängen unterliegen die Fluggesellschaften. Starker Konkurrenzdruck von Seiten der Low-cost-Carrier (Billigfluggesellschaft) zwingt zu starken Rationalisierungsmaßnahmen und führt zu Airline-Zusammenschlüssen, so dass sich in Deutschland künftig nur noch zwei Fluggesellschaften (Lufthansa und Air Berlin) den Markt teilen werden. Dies führt zu einem nahezu monopolistischen Druck auf Flughafenentgelte, so dass profitable Verkehre zu generieren immer schwieriger wird. In der Branche herrscht Einigkeit darüber, dass das Niveau von 2008 erst in zwei bis drei Jahren wieder erreicht wird. Diese Entwicklung ist auch am Flughafen Friedrichshafen deutlich zu spüren.

Der Geschäftsverlauf entsprach demzufolge in 2009 nicht den Erwartungen. Sowohl die Umsatzerlöse als auch das Ergebnis sind deutlich hinter der Planung zurückgeblieben. Dies erklärt sich zum Einen aus dem überaus schwierigen wirtschaftlichen Umfeld infolge der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise und zum Anderen aus der Konkurrenzsituation zum Flughafen in Memmingen. Die Fixkostenbelastung, die der Betrieb eines Verkehrsflughafens impliziert ist vergleichsweise hoch und aufgrund gesetzlicher Vorschriften kaum zu verändern. Um diese Fixkosten zumindest decken zu können, bedarf es ausreichender rentabler Verkehre (Umläufe) und eines höheren Passagieraufkommens als dies bislang der Fall ist. Alle Anstrengungen der FFG sind daher darauf gerichtet rentables Wachstum für die Zukunft zu erzielen.

### **c) Umsatzentwicklung**

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 10.149 T € um 819 T € oder rd. 8 % auf 9.330 T € gesunken. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen „operative Kernerlöse“, „operative Zusatzerlöse“ und „Non Aviation-Erlöse“ (Non-Aviation-Bereich ist z. B. der Einkaufsbereich im Flughafen) zusammen. Umsatzrückgänge haben im Berichtsjahr in allen drei Bereichen stattgefunden.

Die operativen Kernerlöse sind deutlich gegenüber dem Vorjahr um rd. 12 % gesunken. Der Rückgang steht unmittelbar im Zusammenhang mit einem Rückgang der Start- und Landebewegungen und einem Rückgang der Fluggäste im Linien- und Touristikverkehr. Diese mengenmäßigen Rückgänge führten zu geringeren Lande- und Anflugentgelten sowie Passagierentgelten. Auch die Abfertigungsentgelte waren im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Mengeneffekte waren beeinflusst von z. T. deutlichen Frequenzreduzierungen des Home-Carriers „InterSky“ zu den Destinationen Köln, Berlin, Dresden, Paris und Wien. Ferner hat die Ryanair Umläufe im Berichtsjahr eingestellt bzw. an andere Flughäfen verlagert.

Die operativen Zusatzerlöse sind im Berichtsjahr nur geringfügig um rd. 2 % zurück gegangen. Die operativen Zusatzerlöse umfassen Provisionen, Erlöse aus der Enteisung und aus Reinigungen sowie Nutzungsentgelte. Während die Erlöse aus Provisionen rückläufig waren, konnten andere Erlösgruppen, wie z. B. die Erlöse aus der Enteisung und aus Reinigungen gesteigert werden.

Der Rückgang der Non Aviation-Erlöse ist mit rd. 1 % am niedrigsten ausgefallen. Die Mieten und Pachten am Flughafen konnten deutlich um rd. 9 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dem entgegen steht ein Rückgang der Parkentgelte aufgrund des Rückgangs der Fluggäste im Linien- und Touristikverkehr.

#### **d) Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen**

Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen i.H.v. 7.572 T € (vor Kürzung von Zuschüssen) durchgeführt worden. Diese entfallen i.H.v. 69 T € auf immaterielle Vermögensgegenstände, 535 T € auf Grundstücke und Bauten, 84 T € auf technische Anlagen, 633 T € auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 6.235 T € auf Anlagen im Bau. Insbesondere die im Bau befindliche Erweiterung des Ankunfts-terminals sowie der Wartungshangar haben zu hohen Zahlungsabflüssen in 2009 geführt. Die Terminalerweiterung ist wichtig, um die jetzt schon bestehenden und für die Zukunft erwarteten Passagierströme entsprechend einem guten „Service-Level“ abwickeln zu können. Der Wartungshangar wird an die Airline Hamburg International HHI zum Zwecke der Flugzeugwartung vom Typ A 319 vermietet.

Die FFG hat im Berichtsjahr Zuschüsse der öffentlichen Hand und Kostenbeteiligungen Dritter für Investitionsmaßnahmen in Summe von 206 T € erhalten. Diese werden aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gekürzt.

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte aus der Liquidität des Unternehmens und durch die Neuaufnahme von zinspflichtigem Fremdkapital. In 2009 wurden Darlehen in Höhe von 5.000 T € neu aufgenommen. Ferner wurde Anfang 2009 die letzte Tranche einer in Vorjahren durchgeführten Kapitalerhöhung (bislang ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital) in Höhe von 1.121 T € einbezahlt.

Auch in den nächsten zwei Jahren werden Investitionen von Gewicht anfallen. Diese betreffen insbesondere die Fertigstellung der Erweiterung des Ankunftsterminals sowie die Umstrukturierung des bisherigen Reisemarktes in einen Marktplatz. Ebenfalls stehen Investitionen im Bereich des Abfluggates für die Ausweitung der Sicherheitskontrollstellen von zwei auf drei Positionen an. Die Finanzierung ist über weiteres Fremdkapital geplant.

#### **e) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die im Berichtsjahr durchgeführten und oben unter Gliederungspunkt D beschriebenen Investitionen haben zu einer deutlichen Erhöhung des Anlagevermögens der FGG geführt. Das Anlagevermögen hat sich in 2009 gegenüber dem Vorjahr um 4.503 T € erhöht.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 2.766 T € auf 17.441 T € verringert. Aus einer in Vorjahren beschlossenen Kapitalerhöhung ist im Berichtsjahr die letzte Tranche in Höhe von 1.121 T € eingezahlt worden. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2009 rd. 40 %.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Ursächlich sind insbesondere Zunahmen bei der Rückstellung für Altersteilzeit, der Rückstellung für ausstehende Rechnungen und der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Der Anstieg steht im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen und den hierfür erforderlichen Neuaufnahmen an zinspflichtigem Fremdkapital in Höhe von 5.000 T €.

Die Bilanzsumme hat sich in 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1.991 T € erhöht.

2009 beträgt der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 966 T € (Vj. 1.849 T €). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt -7.362 T € (Vj. -6.635 T €) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt 5.445 T € (Vj. 4.157 T €).

Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist im Detail unter Gliederungspunkt C dargestellt. Im Zuge des Ausbaus der Kapazitäten der FFG haben sich erneut die Material-, die Personal- und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die höheren Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf höhere Verbrauchsmengen (Strom- und Wasserbezug) und teilweise gestiegene Preise sowie auf Maßnahmen zur Vertriebsunterstützung. Da im Berichtsjahr die Anzahl der Umläufe im Linienverkehr deutlich zurück gegangen ist und sich auch die Anzahl der Fluggäste im Linien- und Touristikverkehr reduziert hat, kam es zu einer Verschlechterung des operativen Ergebnisses vor Zinserträgen und -aufwendungen sowie Steuern (EBIT) gegenüber dem Vorjahr. Das EBIT hat sich deutlich von -126 T € auf -1.844 T € verschlechtert. Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 2.766 T € (Vj. 997 T €).

#### **f) Risikobericht**

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotentiale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die Geschäftsführung. Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG.

Im Geschäftsjahr 2009 haben sich keine Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko „Luftfahrthaftpflicht, Krieg und Terror“ angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann.

#### **g) Nachtragsbericht**

Seit Mitte Februar bestehen erhebliche Zweifel an der stabilen Verkehrsbedienung der Verbindung Friedrichshafen (FDH) – Pristina, Kosovo (PRN) durch Tafa Air. Bereits die Betriebsunterbrechung nach Weih-nachten weckte Zweifel an der Finanzkraft der Airline. Sollte der Wiederstart nicht gelingen, sind Umsatzverluste von rd. 600 zu T € erwarten.

#### **h) Ausblick - Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Die Chancen des Flughafens Friedrichshafen bietet seine Lage in einem wirtschaftlich starken Umfeld. Technisch innovative Betriebe sorgen für eine überdurchschnittliche Kaufkraft in der Bevölkerung und bieten somit den Fluggesellschaften die Chance auf kostendeckende Flugtarife.

Der Konkurrenzflughafen Memmingen entwickelt sich mehr und mehr zu einem Low-cost-Airport für Bayern als Kontrapunkt zum Flughafen München. Diese Entwicklung verstärkt den Trend von etablierten Airlines, sich hier wieder an benachbarten Flughäfen niederzulassen. Aktuelle Entwicklungen bestätigen dies.

Ab Frühjahr wird Germanwings als Lufthansa-Tochter den Verkehr in Friedrichshafen aufnehmen, wohingegen sich die Air Berlin stark aus Memmingen zurückzieht. Gleichzeitig wird Ryanair die zwei bestehenden Verbindungen aus Friedrichshafen nach Memmingen verlegen. Dennoch wird sich der Druck auf die Flughafenentgelte weiter verstärken, so dass rentable Verkehre nur noch schwer zu generieren sein werden.

Deshalb wird sich der Schwerpunkt zur Umsatzerzielung immer mehr auf das Non-Aviation-Geschäft verlagern. Hierzu muss aber zunächst die notwendige Infrastruktur geschaffen werden, was mit Fertigstellung der Terminalerweiterung möglich werden wird. Es bleibt aber fraglich, ob mittelfristig aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise die hohen Infrastrukturkosten erwirtschaftet werden können. Eine anhaltende Verlustsituation könnte mittel- und langfristig zu Finanzierungsproblemen führen.

Das Potenzial für neue Streckenentwicklungen ab Friedrichshafen ist noch nicht erschöpft, es braucht aber wirtschaftlich potente und erfolgreiche Fluggesellschaften, die diese Ziele erschließen werden. Dazu sind Gespräche mit dem Home-Carrier InterSky eingeleitet. Eine Flottenerneuerung hin zu größeren und schnelleren Flugzeugen ist dazu notwendig. Damit würden sich dann neue Ziele sowohl im Linien- als auch im Touristikverkehr erschließen lassen.

Der Wirtschaftsplan 2010 (Stand Dezember 2009) veranschlagt einen erwarteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 2,0 Mio. €. Ab dem Jahr 2014 werden wieder Überschüsse erwartet. Der Wirtschaftsplan berücksichtigt nicht den möglichen Ausfall der TafaAir (vgl. Gliederungspunkt G „Nachtragsbericht“). Für den Fall, dass die TafaAir die Verbindung nach Friedrichshafen nicht wieder aufnimmt, ist mit einem deutlich höheren Fehlbetrag für 2010 zu rechnen.

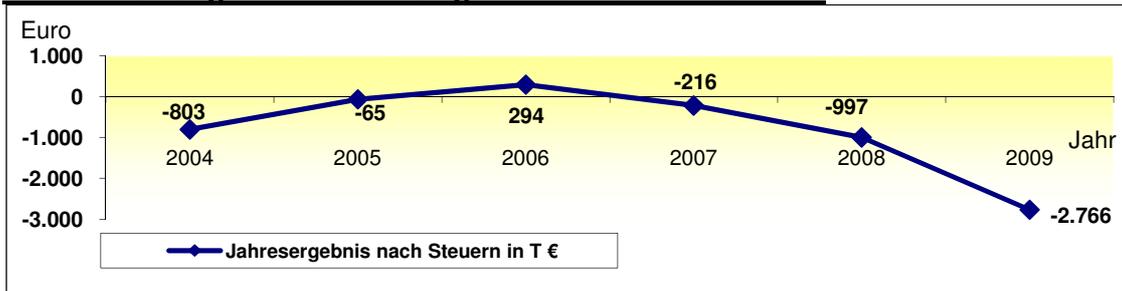
Friedrichshafen, den 12. Februar 2010  
Hans Weiss

## **10. Abschlussprüfer**

Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

## **11. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	2009	2008	2007	2006	Abweichung 2009 - 2008 in %
Start- u. Landebewegungen	44.605	44.705	47.242	42.595	- 0,20
Fluggäste	578.478	649.646	655.689	657.749	-11,00

**12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €**

## Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009 Aktiva	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b>	<b>0,0</b>	0,0	<b>1.121,0</b>	2,7	<b>2.242,0</b>	5,7
<b>B. Anlagevermögen</b>						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Software	148,7	0,3	247,9	0,6	314,5	0,8
2. Nutzungsrechte	7,4	0,0	7,4	0,0	7,4	0,0
3. Geleistete Anzahlungen	27,0	0,1	9,9	0,0	58,1	0,1
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.426,4	65,3	28.197,1	67,8	24.108,7	61,4
2. Technische Anlagen	1.551,8	3,6	264,9	0,6	464,8	1,2
3. Start- und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	1.379,1	3,2	1.537,3	3,7	1.847,3	4,7
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.551,3	8,2	3.901,5	9,4	3.858,8	9,8
5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	6.147,0	14,1	2.570,6	6,2	2.227,9	5,7
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	18,8	0,0	18,8	0,0	18,8	0,0
2. Sonstige Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	<b>41.257,6</b>	94,7	<b>36.755,5</b>	88,4	<b>32.906,3</b>	83,8
<b>C. Umlaufvermögen</b>						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	107,1	0,2	125,9	0,3	128,5	0,3
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	872,7	2,0	1.212,2	2,9	1.042,9	2,7
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen	24,4	0,1	68,8	0,2	72,5	0,2
3. Forderungen gegen Gesellschafter	146,6	0,3	170,8	0,4	354,0	0,9
4. Sonstige Vermögensgegenstände	551,1	1,3	566,2	1,4	365,1	0,9
<u>III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	458,5	1,1	1.409,0	3,4	2.038,0	5,2
	<b>2.160,4</b>	5,0	<b>3.553,0</b>	8,5	<b>4.001,0</b>	10,2
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>142,0</b>	0,3	<b>140,0</b>	0,3	<b>133,5</b>	0,3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>43.559,9</b>	100,0	<b>41.569,4</b>	100,0	<b>39.282,8</b>	100,0

## Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2009

<b>Bilanz zum 31.12.2009</b>	<b>2009</b>		<b>2008</b>		<b>2007</b>	
	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	21.272,0	48,8	21.272,0	51,2	21.272,0	54,2
II. Kapitalrücklage	277,6	0,6	277,6	0,7	277,6	0,7
III. Andere Gewinnrücklagen	245,6	0,6	245,6	0,6	245,6	0,6
IV. Verlustvortrag	-1.618,3	-3,7	-621,1	-1,5	-404,9	-1,0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-2.765,8	-6,3	-997,2	-2,4	-216,2	-0,6
	<b>17.411,2</b>	<b>40,0</b>	<b>20.176,9</b>	<b>48,5</b>	<b>21.174,1</b>	<b>53,9</b>
<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>						
<b>C. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen	201,5	0,5	188,4	0,5	176,1	0,4
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	34,5	0,1	48,9	0,1
III. Sonstige Rückstellungen	1.406,0	3,2	837,2	2,0	577,2	1,5
	<b>1.607,6</b>	<b>3,7</b>	<b>1.060,1</b>	<b>2,6</b>	<b>802,2</b>	<b>2,0</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.041,5	52,9	18.718,0	45,0	15.553,4	39,6
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	895,7	2,1	731,1	1,8	738,0	1,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	97,6	0,2	207,6	0,5	199,1	0,5
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	187,2	0,4	233,5	0,6	210,2	0,5
	<b>24.221,9</b>	<b>55,6</b>	<b>19.890,1</b>	<b>47,8</b>	<b>16.700,8</b>	<b>42,5</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>319,2</b>	<b>0,7</b>	<b>442,3</b>	<b>1,1</b>	<b>605,7</b>	<b>1,5</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>43.559,9</b>	<b>100,0</b>	<b>41.569,4</b>	<b>100,0</b>	<b>39.282,8</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	9.330,2	73,3	10.149,2	73,4	10.127,8	69,4
abzgl. Mineralölsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	-360,8	-2,6
3. andere aktivierte Eigenleistungen	83,1	0,7	104,5	0,8	89,3	0,6
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.310,1	26,0	3.573,6	25,8	4.224,5	30,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>12.723,4</b>	<b>100,0</b>	<b>13.827,4</b>	<b>100,0</b>	<b>14.080,8</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.089,7	7,5	848,4	6,1	775,0	5,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.734,8	11,9	1.852,7	13,3	1.548,6	11,6
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.426,4	30,4	4.318,6	30,9	4.052,4	30,2
b) Soziale Abgaben	833,5	5,7	873,4	6,3	846,3	6,3
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.856,6	19,6	2.848,6	20,4	3.221,6	24,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.626,3	24,9	3.211,7	23,0	2.954,8	22,1
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>14.567,4</b>	<b>100,0</b>	<b>13.953,4</b>	<b>100,0</b>	<b>13.398,7</b>	<b>100,0</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-1.844,0</b>		<b>-126,0</b>		<b>682,2</b>	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens	0,0		0,0		0,2	
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,4		44,3		116,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-884,1		-848,3		-863,7	
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>-875,7</b>		<b>-804,0</b>		<b>-747,0</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-2.719,7</b>		<b>-930,0</b>		<b>-64,8</b>	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		20,1		48,9	
22. Sonstige Steuern	46,1		47,1		102,4	
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>-2.765,8</b>		<b>-997,2</b>		<b>-216,2</b>	

## Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)

### **1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
Geschäftsstelle:	Schussenstr. 22, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 3614141 Fax: 0751 / 3614151 E-Mail: info@bodo.de Homepage: www.bodo.de
Gründungsdatum:	24. Februar 2003
Eintragungsdatum Handelsregister:	11. September 2003
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	24. Februar 2003
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### **2. Gegenstand des Unternehmens**

Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV in diesen Landkreisen.

### **3. Beteiligungsverhältnisse**

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	8.000	25,00 %
Landkreis Ravensburg	8.000	25,00 %
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	8.100	25,31 %
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	3.300	10,31 %
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	1.600	5,00 %
Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH	1.600	5,00 %
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	1.400	4,38 %
	32.000	100,00 %

### **4. Organe des Unternehmens**

#### Gesellschafterversammlung:

Vertreter aller Gesellschafter

#### Aufsichtsrat:

Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Landratsamt Bodenseekreis

Stv. Vorsitzender Kurt Widmaier, Landrat Landratsamt Ravensburg

Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Kreisrat

Tobias Eisele, Ministerialbeamter, Land Baden-Württemberg (bis 12.10.2009)

Manfred Foss, Dipl.-Verw.- Betriebswirt, Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co.KG

Reimund Hausmann, Bürgermeister (ab 15.10.2009)

Ulrich Huther, Kaufmann, Landratsamt Bodenseekreis (bis 23.09.2009)

Jutta Koch, Kreisrätin (ab 24.09.2009)  
Josef Köberle, Bürgermeister, Landratsamt Ravensburg (bis 15.09.2009)  
Dieter Krattenmacher, Bürgermeister (ab 15.09.2009)  
Edgar Lamm, Bürgermeister (ab 15.09.2009)  
Silvio Matt, Niederlassungsleiter DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH  
Alfred Müllner, Technischer Geschäftsführer und Vorsitzender der Geschäftsführung,  
Stadtverkehr Friedrichshafen  
Wolfgang Pfefferle, Bankkaufmann, Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH  
Christoph Rädler, Postbeamter, Landratsamt Ravensburg (bis 14.09.2009)  
Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt, Landratsamt Bodenseekreis (bis 23.09.2009)  
Dr. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer, rundumbus Ravensburg Weingarten GmbH  
Dieter Unsel, Leiter Geschäftsfeld Bus  
Hermann Vogler, Oberbürgermeister, Landratsamt Ravensburg  
Alexander Wolny, Beamter (ab 13.10.2009)  
Dr. Josef Zeiselmair, Geschäftsführer, Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 1.560 € (Aufwandsentschädigung).

#### Geschäftsführung:

Jürgen Löffler

### **5. Öffentlicher Zweck**

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes bodo wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

- ⇒ Die Vereinbarung über die Finanzierung des bodo mit dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg trat zum 12. Dezember 2003 in Kraft und endete zum 31. Dezember 2007. Mittels Zusatzvereinbarung vom 16. Mai/ 1. Juni 2007 haben der Landkreis Bodenseekreis und Ravensburg die in der Vereinbarung vorläufig festgelegten Verteilungsschlüssen der verbundbedingten Belastungen endgültig festgelegt. Mit Schreiben vom 30. November 2007 hat das Land der Verlängerung der bisherigen Finanzierungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 2010 unter bestimmten Auflagen zugestimmt.
- ⇒ Zusammenarbeitsverträge zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo sowie zwischen der BOB, der RAB und bodo. Die Verträge vom 12. Dezember 2003 gelten auf unbestimmte Zeit und können unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Im Jahr 2009 wurde die 3. Ergänzung zu diesem Vertrag abgeschlossen.
- ⇒ Der Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche

Kündigung durch bodo wird ausgeschlossen. Im Jahr 2009 wurde die 4. Ergänzung zu diesem Vertrag abgeschlossen.

- ⇒ Der Vertrag über die Einnahmeverteilung zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo vom 12. Dezember 2003 kann von dem Verkehrsunternehmen mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Eine Kündigung durch bodo ist während der Dauer des Verbundes ausgeschlossen. Im Jahr 2009 wurde die 1. Ergänzung zu diesem Vertrag abgeschlossen.
- ⇒ Der Vertrag über den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das verbundweit gültige Semesterticket (StudiTicket) zwischen dem Land Baden-Württemberg und bodo vom 22. November 2004 trat mit Einführung des Semestertickets im bodo zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft und lief zunächst bis zum Ende des Sommersemesters 2006. Der Vertrag verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn nicht mindestens elf Monate, d.h. zum 30. September, vor Ende des Sommersemesters, zum 31. August des Folgejahres, gekündigt wird. Durch Vertragsänderung vom 12./17. September 2008 wurden die Auszahlungen zu jeweils 50 % auf den 15. Juli und 15. November des jeweiligen Vertragsjahres festgelegt.
- ⇒ Der Vertrag über die Pauschalierung der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG zwischen dem Land Baden-Württemberg und den im Verbund tätigen Verkehrsunternehmen, vertreten durch bodo, vom 26. Februar/31. März 2008 trat mit Unterzeichnung rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2011. Am 21. April/5. Mai 2008 wurde eine Vertragsveränderung unterzeichnet.
- ⇒ Der Vertrag über die Einführung eines StudiTickets zwischen dem Studentenwerk Konstanz und bodo vom 10./15. September 2003 galt zunächst bis zum 30. September 2006. Er verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr, wenn ihn die Vertragsparteien nicht bis zum 15. Mai des Vorjahres schriftlich kündigen.
- ⇒ Die Vereinbarung über die Anerkennung und den Verkauf des Baden-Württemberg-Tickets (BWT), des BWT Single und des BWT Nacht vom 29. September/ 6. Oktober 2008, die die bisher gültige Vereinbarung vollständig aufhob, halt ab dem 1. Januar 2009 und endete am 12. Dezember 2009. Mit dem ersten Nachtrag vom 2./3. November 2009 erfolgte eine Anpassung des Vertrags, u.a. wurde die Laufzeit um ein Jahr verlängert.
- ⇒ Der Dienstleistungsvertrag zwischen der TWS KG und bodo vom 30. Dezember 2003 lief ursprünglich bis 31. Dezember 2005. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Kalenderjahr, wenn er nicht sechs Monate vor dessen Ablauf von einer der Vertragsparteien gekündigt wird. Mit Vertrag vom 27. Oktober 2008 haben die Vertragsparteien den Vertrag ersetzt. Der Vertrag kann frühestens zum 31. Dezember 2010 mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.
- ⇒ Am 11. September 2007 haben die TWS KG und bodo einen Mietvertrag über Räume sowie PkW-Stellplätze im Geschäftshaus in Ravensburg, Schussenstraße 22, abgeschlossen. Der Mietvertrag begann am 1. September 2006 und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann von jedem Teil zum Schluss eines Kalendermonats unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Mit Schreiben vom 15. Januar 2010 hat die TWS KG den Mietvertrag fristgerecht zum 31. Juli 2010 gekündigt.

- ⇒ Es besteht je ein Vertrag über die Anwendung des Verbundtarifs im Schülerverkehr Ettenkirch-Ailingen und im Schülerverkehr zur Bodenseeschule St. Martin. Die Verträge zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, der Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH und bodo vom 16./23. Februar/29. März 2005 bzw. zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, der RAB und bodo vom 26. Januar/9./15. Februar 2005 können mit einer Frist von sechs Monaten auf das Jahresende gekündigt werden.
- ⇒ Es bestehen Beförderungsverträge über die Beförderung von Schülern
- der Berufsschulen Leutkirch zwischen dem Landkreis Ravensburg, dem Beförderungsunternehmen Hutter-Reisen, Leutkirch, und bodo vom 1. Februar 2005,
  - auf der Strecke Hiltensweiler-Laimnau zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, dem Beförderungsunternehmen Strauss GmbH Co. KG, Tettngang, und bodo vom 6. Juli 2005,
  - zu den Grund- und Hauptschulen in Neukirch zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, dem Beförderungsunternehmen Strauss GmbH Co. KG, Tettngang, und bodo vom 24. Juni 2005,
  - nach Leutkirch zu den weiterführenden Schulen, zur Schule für Lernbehinderte, zur Grund- und Hauptschule Wuchzenhofen und zur Grundschule Ausnang zwischen der Großen Kreisstadt Leutkirch im Allgäu, dem Beförderungsunternehmen Hutter-Reisen, Leutkirch, und bodo vom 11. August 2005,
  - der Grundschule Oberer Graben sowie den weiterführenden Schulen in Leutkirch zwischen der Großen Kreisstadt Leutkirch im Allgäu, dem Beförderungsunternehmen Hutten-Reisen, Leutkirch, und bodo vom 15. November 2005.
- Die Verträge können vom Schulträger und vom Beförderungsunternehmen mit einer Frist von drei Monaten jeweils auf das Ende des Schuljahres gekündigt werden.

## **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2009 neben dem Geschäftsführer vier Gehaltsempfänger und eine geringfügig beschäftigte Angestellte. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft vier Mitarbeiter.

## **9. Lagebericht**

### **a) Fahrpreis- und Tarifentwicklung**

Zum 1. Januar des Berichtsjahres wurden die Fahrpreise des Verbundtarifs aufgrund der zu erwartenden Kostenentwicklung um durchschnittlich 4,9 % angehoben. Bei den Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen ergaben sich Änderungen durch die Aufnahme des neuen Gruppenreservierungsverfahrens der DB und des Baden-Württemberg-Ticket Nacht, das bereits zum 14. Dezember 2008 eingeführt wurde, sowie durch die Aufnahme von Regelungen im Zusammenhang mit den zum 1. Januar des Berichtsjahrs in Kraft getretenen Tarifkooperationen mit den Nachbarverbänden Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH (DING) und Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo). Nach intensiven Vorbereitungen wurden die durch die Verordnung EG 1371/2007 definierten Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr mit Wirkung zum 27. Juli 2009 in den Verbundtarif aufgenommen.

### **b) Einnahme- und Fahrgastentwicklung**

Die Fahrscheinverkäufe des Verbundergebnisses 1 (= VE; dieses umfasst Verkäufe des Verbundtarif ohne Verkäufe der Stadtverkehre und ohne StudiTicket-Verkäufe) führten im Berichtsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr zu einem Einnahmewachstum von 1,01 Mio. € (+ 4,77 %). Die Beförderungsleistung im Verbundergebnis 1 stieg um 136.000 beförderte Fahrgäste (+ 0,5 %).

Die Entwicklung der Stadtverkehre mit eigener Tarifautonomie (Stadt- und Ortsverkehre Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg, Weingarten, Tett nang und Wangen) weist einen Einnahmeanstieg von 149.000 € (+ 3,3 %) bei einem Fahrgastrückgang von 70.000 beförderten Fahrgästen (- 0,95 %) auf.

Im vorläufigen Gesamtergebnis (ohne Sondereffekte Tarifkooperationen) wird von einem Einnahmezuwachs von 1,16 Mio. € (+ 4,5 %) und einen Fahrgastanstieg von 66.000 (+ 0,2 %) beförderten Fahrgästen ausgegangen.

Die durch die Tarifkooperationen seit 1. Januar des Berichtsjahres entstandenen Sondereffekte werden mit 1,0 Mio. € Einnahmen und 1,0 Mio. Fahrgästen beziffert und sind zu den oben genannten Werten noch hinzuzuzählen.

Der Ausbildungsverkehr verzeichnet trotz einsetzender demografischer Veränderung mit einem Fahrgastzuwachs von 1,4 % noch eine gegenüber dem Durchschnitt überproportionale Entwicklung. Auch der Berufsverkehr (Zeitkarten Erwachsene) liegt mit einem Fahrgastzuwachs von 0,9 % noch über dem Durchschnittswert, wohingegen der Bereich Gelegenheitsverkehr mit 3,16 % einen deutlichen Fahrgastrückgang aufweist.

Die Befürchtung, dass die im Vorjahr gewonnenen Abokunden im Berichtsjahr wieder an den Wettbewerber PKW, bestätigte sich nicht. Die Bemühungen um einen zuverlässigen und pünktlichen Betrieb und um einen verbesserten Kundenservice konnten zur Kundenbindung beitragen.

### **c) Fahrplanangebot und Betrieb**

Der Betrieb auf dem Verbundliniennetz im Eisenbahn- und Omnibusverkehr verlief weitgehend stabil. Im Herbst des Berichtsjahres verfügte das Eisenbahnbundesamt (EBA) die Abschaltung der Neigeeinrichtung bei den Sprinter-Zügen der Linie Ulm – Basel. Diese Maßnahme führte durch die Verringerung der Höchstgeschwindigkeit vor allem auf der Bodenseegürtelbahn zu Verspätungen und damit zu einer Beeinträchtigung der Pünktlichkeit aller auf dieser Strecke verkehrenden Züge mit entsprechend negativen Folgen für die Fahrgäste. Mit Inkrafttreten des neuen Jahresfahrplanabschnitts im Dezember des Berichtsjahres konnte durch verlängerte Fahrzeiten wieder ein zuverlässiger Betrieb erreicht werden, allerdings unter teilweiser Aufgabe von Zug/Bus-Anschlüssen.

Das Angebot spezieller Züge für Ausflugsreisende mit Fahrrad wurde auf Initiative der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW) durch den Einsatz von saisonalen Fahrradzügen Ulm – Radolfzell und Basel – Friedrichshafen ausgebaut. Mit den zusätzlichen Fahrradmitnahmemöglichkeiten konnte in den Verkehrsspitzen an den Wochenenden Entlastung geschaffen werden.

Die bereits im Vorjahr verzeichnenden Kapazitätsengpässe haben sich im Berichtsjahr verschärft. Diese traten im Schienenverkehr vermehrt in den Hauptverkehrszeiten des Berufsverkehrs auf. Im omnibuslinienverkehr waren die Kapazitäten besonders zum morgendlichen Schulbeginn sowie bei einzelnen Heimfahrten nach dem Nachmittagsunterricht voll ausgelastet und wurden teilweise verstärkt.

### **d) Umweltbilanz**

Die Verlagerung der Verkehrsnachfrage auf öffentliche Verkehrsmittel schont natürliche Ressourcen und leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Die im bodo-Verkehrsverbund im Berichtsjahr gewonnenen Fahrgäste entsprechen einer spezifischen Einsparung von 90 to Kohlenstoffdioxid. Im Berichtsjahr sind gegenüber 2003 als letztem Jahr ohne Verkehrsverbund 5,3 Mio. Fahrgäste jährlich mehr mit Bus und Bahn unterwegs, was einer Entlastungswirkung von jährlich ca. 7.300 to CO<sub>2</sub> entspricht. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Deutschland hinkt angesichts der Tatsache, dass der gesamte Verkehrssektor zu einem Drittel an der bundesdeutschen Gesamtbelastung von ca. 1.000 Mio. to jährlich beiträgt, den Notwendigkeiten des Klimaschutzes hinterher.

Durch gezielte Förderung und Ausbau des ÖPNV kann eine Entlastungswirkung realisiert werden.

#### **e) Verbundabrechnung**

Das Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young über die Jahresabrechnung für das Vorberichts-jahr lag im Juni des Berichtsjahres vor. Die sich daraus ergebenden endgültigen Jahresabrechnungen wurden unverzüglich versandt und die Salden mit den Verbundunternehmen abgerechnet.

#### **f) Verbundübergreifende Zusammenarbeit**

Zum 1. Januar des Berichtsjahres wurden tarifliche Kooperationen mit den Nachbarverbänden eingeführt.

Die tarifliche Kooperation mit dem Donau-Iller-Nahverkehrsverbund (DING) wurde durch die Erweiterung des Tarifgebiets des DING-Verbundes bis Aulendorf und der dadurch entstehenden Überlappung der Verbundtarife von DING und bodo am neuen gemeinsamen Tarifpunkt Aulendorf geschaffen. Damit wird die Addition der Fahrscheinangebote beider Verbunde ermöglicht, die im Schwerpunkt vor allem dem Pendlerverkehr zugutekommen soll. Der bisher benötigte dritte Fahrschein, der nach DB-Tarifen für die Überbrückung des Abschnitts Bad Schussenried – Aulendorf erforderlich war, entfällt künftig.

Die tarifliche Kooperation mit dem Neckar-Alb-Donau Verkehrsverbund (naldo) besteht aus der Erweiterung des bodo-Verbundtarifs bis Bad Saulgau, Ostrach und Pfullendorf. Die Einbeziehung von Bad Saulgau in das bodo-Tarifgebiet erschließt den Bürgern von Bad Saulgau zwei Verbundtarife und ermöglicht Fahrten in den bodo-Verbundbereich zum bodo-Tarif. Auf den im Bereich Ostrach und Pfullendorf einbezogenen Regionalbuslinien sind bei verbundübergreifenden Fahrten mit dem bodo-Tarif erhebliche Vorteile verbunden, z.B. die Freizeit-Netzgültigkeit im Rahmen der bodo-Schülermonatskarte.

Für die Abgeltung der bei den Verkehrsunternehmen entstehenden Tarifaufschläge wurde im Berichtsjahr eine Vereinbarung geschlossen (siehe Abschnitt I Vertragswesen; 7. Wesentliche Verträge).

Bezüglich der Untersuchung einer tariflichen Kooperation mit dem benachbarten Verkehrsverbund Hegau-Bodensee (VHB) unter Einbezug von beteiligten Schifffahrtsunternehmen wurde im Berichtsjahr das Anforderungsprofil mit allen Beteiligten abgestimmt. Die Geschäftsführung hat in der Herbstsitzung des Aufsichtsrats die Zustimmung für die weiteren Projektschritte erhalten.

Der Startschuss für eine Untersuchung einer tariflichen Zusammenarbeit mit dem angrenzenden bayerischen Landkreis Lindau konnte im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Im letzten Quartal erhielt der Landkreis Lindau von der DB Regio Bayern ein positives Signal hinsichtlich einer Einbeziehung ihrer Strecken in eine Untersuchung tariflicher Kooperationsmöglichkeiten. Im Folgejahr soll die Kooperationsbereitschaft der Beteiligten und das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Der Verkehrsverbund wird die Zielsetzung, eine weitere tarifliche durchgängige Lösung mit dem Landkreis Lindau untersuchen zu lassen, weiter verfolgen.

#### **g) Verbundbedingte Investitionen**

Der Aufbau des dialoggesteuerten Informations- und Verkehrsmanagementsystems (DIVA) in der Verbundgeschäftsstelle wurde weiter vorangetrieben. Nachdem im Vorjahr die Haltestellendaten vollständig erfasst und eingepflegt worden waren, lag im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf dem Erstimport der Fahrplanrohdaten aus Verkehrsunternehmenssystemen in das Verbundsystem sowie auf dem Erzeugen der notwendigen Fahrplantabellen einschließlich der Entwicklung eines verbundspezifischen Fahrplanlayouts. Das

Feinjustieren der Importschnittstellen erforderte erheblichen Aufwand, bevor die Fahrplanrohdaten in das DIVA-System übernommen werden konnten. Auf dieser Basis wurden dann Linienverläufe und Fahrplantabellen erzeugt und mit den Fahrplantabellen der Verkehrsunternehmen abgeglichen. Erstmals wurde das Verbundfahrplanbuch inklusive Werbeblöcke über das im DIVA-System enthaltene Buchsatzprogramm gesetzt. Das Verbundfahrplanbuch 2010 wurde pünktlich zum Fahrplanwechsel und in guter Qualität zur Auslieferung gebracht.

#### **h) Marketingaktivitäten und Vertrieb**

Im Berichtsjahr stieg die Nutzung des Internetportals des Verkehrsverbundes um 65.000 Zugriffe (+ 22 %) gegenüber dem Vorjahr. Das seit Dezember 2008 verfügbare Kundenportal zur Abokarten-Bestellung entwickelte sich im Berichtsjahr erfolgreich weiter. Als neuer Kundenservice wurde im Berichtsjahr ein Internet-Newsletter eingeführt.

Die landesweite Fahrplanauskunft wird von Anrufern aus dem Verbundgebiet im Berichtsjahr 650 Mal weniger genutzt (- 20 %) als noch im Vorjahr. Damit bestätigt sich der Trend einer nachlassenden Nachfrage bei telefonischen Beratungsleistungen zugunsten einer stark steigenden Nachfrage bei internetbasierten Informations- und Serviceangeboten.

Mit zahlreichen Informationsterminen vor Ort bewarb der Verbund in Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen sein Angebot:

- Tour de Ländle in Bald Waldsee
- RegioBus-Tag in Isny
- 10-jährigen Jubiläum des Stadtverkehrs Friedrichshafen
- kommunale Mobilitätsveranstaltungen in Bad Wurzach und Bad Saulgau
- Kreissparkasse Ravensburg
- Familientag der Stiftung Liebenau
- Zweigwerk Überlingen der Firma Tognum
- Elektronikfachschule in Tettngau
- Bildungszentrum St. Konrad in Ravensburg.

Der Verkehrsverbund war auf den Verbrauchermessen Internationale Bodenseemesse in Friedrichshafen und Oberschwabenschau in Ravensburg jeweils mit einem Gemeinschaftsstand zusammen mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH (NVBW) vertreten und sorgte mit professioneller Gestaltung und Moderation für hohe Aufmerksamkeit und viele Besucherkontakte. Für Jugendliche und Schüler bot der Verbund zwei Spaßtage an, von denen der Sommerspaßtag wegen schlechten Wetters ausfiel. Beim Winterspaßtag in der Eissporthalle Ravensburg konnten 100 Schüler als Gäste des Verkehrsverbunds begrüßt werden.

Am 8. Mai wurde in Bad Saulgau die von der NVBW und den vier Verbänden bodo, DING, htv und naldo initiierte BWeg-Dich Tour vorgestellt und der offizielle Startschuss gegeben. Diese Radtour ist Ergebnis einer verbundübergreifenden Marketinginitiative und soll im Freizeitverkehr für den umweltfreundlichen Mobilitätsverbund von Rad und Bahn werben. Sie führt durch vier Verbände Südwürttembergs mit einer Gesamtlänge von 550 Kilometern und ist an den Etappenanfangs- und -endpunkten mit dem Bahnangebot verknüpft. Die starke Nachfrage nach den Broschüren von touristischen Institutionen und Bürgern belegte das lebhafteste Interesse an dieser Idee.

Der bodo-Erlebnistag am 13. September des Berichtsjahres mobilisierte mit seinem attraktivem Fahrten- und Veranstaltungsprogramm 2.000 Fahrgäste (Vj. 1.500) bei freundlichem Herbstwetter. Anlässlich der Eröffnungsveranstaltung in Aulendorf als dem Hauptort des Erlebnistages konnte Bürgermeister Burth den Staatssekretär für das Verkehrsressort, Herrn Rudolf Köberle, als hochrangigen politischen Vertreter der Landesregierung begrüßen.

Am Ende des Berichtsjahres haben die Eisenbahnverkehrsunternehmen Deutsche Bahn und Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH ihre Fahrscheinautomaten im Verbund (ca. 60 Stück zusammen) erneuert. Die neuen Fahrscheinautomaten zeichneten sich dadurch aus, dass sie mittels berührungsempfindlichem Bildschirm benutzerfreundlich zu bedienen sind und eine alphabetische Zieleingabe ermöglichen. Die neuen Automaten wurden von den Fahrgästen gut angenommen.

Die Ergebnisse einer Ende des Jahres 2008 durchgeführten schriftlichen Befragung von Abonnement-Kunden konnten im Berichtsjahr vorgelegt werden. Demnach verbesserte sich die allgemeine Zufriedenheit der Abokunden mit dem ÖPNV im Verkehrsverbund auf 2,21 (2004/2005: 2,35) auf der Notenskala 1 bis 5. Dabei wurde die Pünktlichkeit mit 2,34 (2004/2005: 2,76) erheblich besser beurteilt als in der ersten Befragung. Die schlechtere Beurteilung des Fahrtangebots mit 2,51 (2004/2005: 2,36) bestätigt die vor allem in den ländlichen Bereichen festzustellende enttäuschte Erwartungshaltung: Hier hat der Verbundtarif zwar preisliche Vorteile gebracht, jedoch nicht das erhoffte verbesserte Bedienungsangebot. Da das ÖPNV-Angebot in ländlichen Bereichen primär auf den schulnotwendigen Bedarf ausgerichtet ist, kann es die sich differenzierenden Mobilitätsbedürfnisse nicht mehr abbilden. Diese Erkenntnisse sollten bei künftigen Überlegungen zur Gestaltung eines modernen Bedienungskonzepts berücksichtigt werden.

#### **i) Vertragswesen**

Die für die tariflichen Kooperationen notwendigen Anpassungen der Verbundverträge sowie der Abschluss einer Abrechnungsvereinbarung der Landkreise, bei der die Verbünde als abrechnenden Stellen ebenfalls Vertragspartner sind, erfolgten nachträglich im Berichtsjahr und mit rückwirkender Gültigkeit zum 1. Januar des Berichtsjahres.

Die zum 4. Dezember des Berichtsjahres in Kraft getretene Verordnung EU 1370/2007 erforderte eine Anpassung der Verbundverträge zu diesem Zeitpunkt, um die Beihilfen der öffentlichen Hand zum Ausgleich verbundbedingter Belastungen europarechtskonform zu gestalten. In Ergänzung dazu haben die beiden am bodo beteiligten Landkreise in ihrer Funktion als Aufgabenträger allgemeine Vorschriften erlassen.

Die Tätigkeit der Verbundgeschäftsstelle im Rahmen ihrer Funktion als Abrechnungsstelle für § 45a – Ausgleichsleistungen nach dem im Vorjahr geschlossenen § 45a – Pauschalierungsvertrag konnten zur Zufriedenheit aller Beteiligten erledigt werden.

#### **j) Verkehrsplanung**

Die Verbundgeschäftsstelle hat im Berichtsjahr bei der Erarbeitung der Nahverkehrspläne der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg im Rahmen von Beratungsleistungen mitgewirkt. Die detaillierte Bestandsanalyse konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Die Fahrplanerhöhung für das Fahrplanjahr 2010 wurde Ende März des Berichtsjahrs erstmals auf elektronischem Weg durchgeführt. 67 Anträge sind beim Verbund eingegangen, die von der Verbundgeschäftsstelle einheitlich aufbereitet, ausgewertet und den betreffenden Verkehrsunternehmen zugestellt wurden. Davon wurden von den Verkehrsunternehmen 14 Vorschläge zur Realisierung zugesagt.

Im Rahmen der Überlegungen der NVBW zur Reaktivierung der Strecke Roßberg – Bad Wurzach hat der Verbund im Berichtsjahr ein Konzept erarbeitet, das auf der bisher für den Personenverkehr stillgelegten Strecke nach Bad Wurzach wieder eine fahrplanmäßige Wochenendbedienung mit Fahrradmitnahmemöglichkeit bietet. Die NVBW hat diesem Konzept im Berichtsjahr zugestimmt, so dass der Verbund dies bei der Herausgabe des Verbundfahrplanes bereits berücksichtigen konnte. Der Verbund wird dieses touristische

Zugangebot unter der Bezeichnung „3-Löwen-Takt Radexpress Oberschwaben“ in Zusammenarbeit mit der DB / RAB, den Gemeinden, der NVBW und dem Landkreis Ravensburg werblich unterstützen.

#### **k) Geschäftsstellenangelegenheiten**

In der Geschäftsstelle haben sich im Berichtsjahr keine Änderungen ergeben. Zur Verstärkung des Teams, u.a. auch für die durch die Arbeiten zum Nahverkehrsplan höhere personelle Beanspruchung, beschäftigt der Verbund vom 1. Juni bis zum 16. Oktober einen Werkstudenten.

#### **l) Fazit**

Der Verkehrsverbund hat in den sechs Geschäftsjahren seines Bestehens (2004 – 2009) daran mitgewirkt, dass im Berichtsjahr 5,3 Mio. Fahrgäste mehr (+ 19 %) den ÖPNV nutzen als noch im letzten Jahr ohne Verbund (2003). Das Berichtsjahr, in dem die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auch in der Region Bodensee-Oberschwaben spürbar wurden, stellt mit seiner nahezu stagnierenden Fahrgastentwicklung eine Cäsur in der Verbundentwicklung dar. Beim Vergleich der Entwicklung des Berichtsjahres mit derjenigen des Vorjahres muss allerdings berücksichtigt werden, dass die außergewöhnlich gute Vorjahres-Entwicklung eine hohe Marktausschöpfung bewirkt hat und die Vergleichsbasis für das Berichtsjahr sehr hoch legte. Unter den deutlich schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte eine Wiederholung einer solchen Entwicklung im Berichtsjahr nicht mehr erwartet werden. Die Gewährung einer sog. Umweltprämie hat zu einer Schwächung des ÖPNV geführt, weil dadurch insbesondere der Absatz von Kleinwagen profitierte, deren Nutzung als Pendlerverkehrsmittel in unmittelbarem Wettbewerb zur ÖPNV-Nutzung steht. Die Einnahmeentwicklung im Berichtsjahr kann, insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, als gut bewertet werden.

#### **m) Ausblick**

Einem möglichen Fahrgastrückgang, der sowohl durch sinkende Schülerzahlen wie auch durch geringere Beschäftigungslage vorgezeichnet ist, muss künftig durch die Entwicklung neuer Angebote und durch die Erschließung neuer Fahrgastpotentiale begegnet werden. Impulse für eine gezielte und schrittweise Verbesserung des ÖPNV-Angebots werden auch von den Nahverkehrsplänen der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg erwartet. Allerdings schränkt die drohende Mittelknappheit bei den Kommunen in den Jahren 2011 ff. ein stärkeres Engagement beim Ausbau des Bedienungsangebots oder der ÖPNV-Infrastruktur ein. Dennoch können die kommenden Jahre knapper Mittel als Herausforderung begriffen werden, Konzepte und Planungen für eine Weiterentwicklung des ÖPNV zu erarbeiten. Daneben wird es im gegebenen Rahmen möglich sein, einzelne Projekte, wie z.B. Tarifkooperationen zu benachbarten Verkehrsräumen, voranzutreiben und zur Umsetzungsreife zu bringen. Ein leistungsfähiger und kundenorientierter ÖPNV ist für Industrie, Wirtschaft und Handel ein wichtiger Standortfaktor, hält für alle Bürger eine effiziente und umweltschonende Mobilitätsinfrastruktur bereit und ermöglicht Menschen ohne Zugang zum motorisierten Individualverkehr die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Den politischen und gesellschaftlichen Konsens über diese vorgenannten vielfältigen, anspruchsvollen und kostenintensiven Aufgaben gilt es in Zukunft zu wahren und zu fördern.

Ravensburg, 15. Februar 2010  
Jürgen Löffler, Geschäftsführer

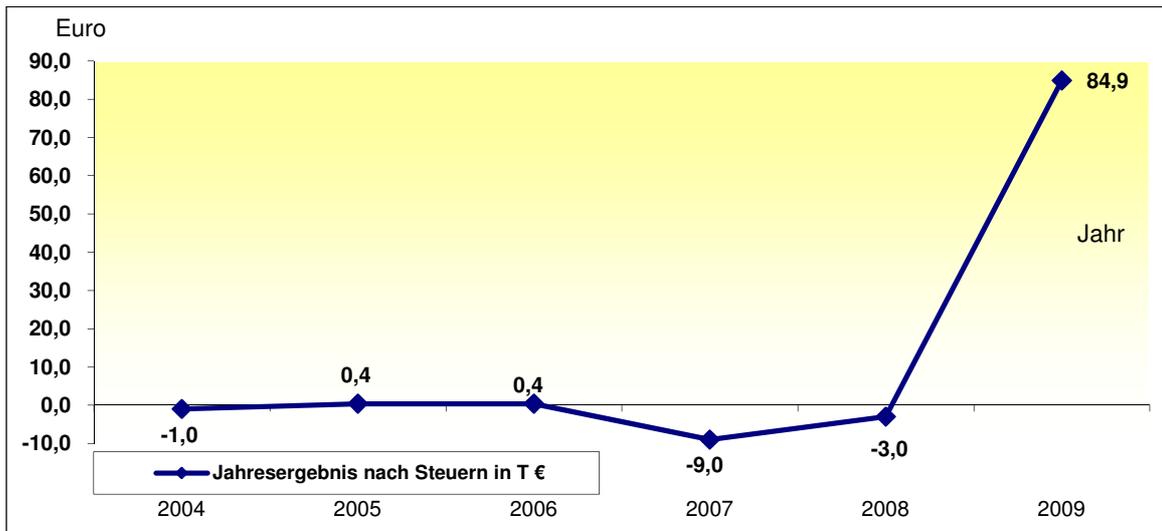
### **10. Abschlussprüfer**

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

## 11. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2009 in T €/ Fahrgäste	2008 in T €/ Fahrgäste	2007 in T €/ Fahrgäste	Abweichung 2009 - 2008 in %
Verbundeinnahmen	28.260	26.020	24.211	7,5
Fahrgastzahlen	33.720	33.000	31.900	3,4

## 12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



## Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	5,5	0,5	6,7	0,8	13,6	2,2
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,5	1,1	25,5	3,0	19,0	3,0
	<b>18,0</b>	<b>1,6</b>	<b>32,2</b>	<b>3,8</b>	<b>32,6</b>	<b>5,2</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Waren	6,6	0,6	7,6	0,9	26,5	4,2
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	4,6	0,4	0,6	0,1	15,3	2,4
2. Forderung gegen Gesellschafter	31,3	2,8	66,4	7,9	1,2	0,2
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11,8	1,1	14,0	1,7	24,0	3,8
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	1.046,1	93,5	716,4	85,6	527,9	84,1
	<b>1.100,6</b>	<b>98,4</b>	<b>805,0</b>	<b>96,1</b>	<b>594,9</b>	<b>94,8</b>
<b>C. C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,1	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.118,7</b>	<b>100,0</b>	<b>837,3</b>	<b>100,0</b>	<b>627,7</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2009

<b>Bilanz zum 31.12.2009</b>	<b>2009</b>		<b>2008</b>		<b>2007</b>	
	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	32,0	2,9	32,0	3,8	32,0	5,1
II. Rücklagen						
1. Gewinnrücklagen	2,0	0,2	5,0	0,6	14,1	2,3
III. Jahresfehlbetrag	84,9	7,6	-3,0	-0,4	-9,1	-1,5
	<b>118,9</b>	<b>10,6</b>	<b>34,0</b>	<b>4,1</b>	<b>37,0</b>	<b>5,9</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>29,6</b>	<b>2,6</b>	<b>23,7</b>	<b>2,8</b>	<b>27,5</b>	<b>4,4</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	4,6	0,7
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	161,8	14,5	173,7	20,7	100,5	16,0
III. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	808,2	72,3	605,9	72,4	458,1	73,0
	<b>970,1</b>	<b>86,7</b>	<b>779,6</b>	<b>93,1</b>	<b>563,2</b>	<b>89,7</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.118,7</b>	<b>100,0</b>	<b>837,3</b>	<b>100,0</b>	<b>627,7</b>	<b>100,0</b>

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	5,8	1,8	5,6	1,7	23,4	8,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	317,8	98,2	316,9	98,3	269,7	92,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>323,6</b>	<b>100,0</b>	<b>322,5</b>	<b>100,0</b>	<b>293,1</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	36,9	5,3	56,1	7,6	45,9	7,2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	51,7	7,4	49,8	6,7	46,1	7,3
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	295,2	42,2	284,9	38,6	228,4	36,0
b) Soziale Abgaben	45,2	6,5	42,4	5,8	31,8	5,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	26,7	3,8	25,1	3,4	16,6	2,6
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	243,5	34,8	279,5	37,9	265,4	41,8
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>699,2</b>	<b>100,0</b>	<b>737,8</b>	<b>100,0</b>	<b>634,3</b>	<b>100,0</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-</b>		<b>-</b>		<b>-</b>	
	<b>375,7</b>		<b>415,2</b>		<b>341,2</b>	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,1		2,4		1,0	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	458,5		410,0		331,5	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		-0,1		-0,4	
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>460,6</b>		<b>412,2</b>		<b>332,1</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>84,9</b>		<b>-3,0</b>		<b>-9,1</b>	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>84,9</b>		<b>-3,0</b>		<b>-9,1</b>	



**BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG****1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Geschäftsstelle:	Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	5. Februar 2002
Eintragungsdatum HR:	4. März 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

**2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

**3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital**

An der BOB KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf die Kommanditisten wie folgt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	351.560	27,5 %
Stadt Ravensburg	319.600	25,0 %
Landkreis Bodenseekreis	255.680	20,0 %
Landkreis Ravensburg	223.720	17,5 %
Gemeinde Meckenbeuren	127.840	10,0 %
	1.278.400	100,0 %

**4. Organe des Unternehmens****Geschäftsführung:**

Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, Friedrichshafen, vertreten. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

**Beirat:**

Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB Verwaltungs-GmbH installiert.

**Gesellschafterversammlung:**

Vertreter aller Gesellschafter  
Vorsitzender Herrmann Vogler, Oberbürgermeister  
stellv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat

## **5. Öffentlicher Zweck**

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

## **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Beteiligung an der Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (Anteil: 5%)

## **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

- ⇒ Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB KG zur Regelung des Ausgleichs der Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2004 in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.
- ⇒ Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB KG zur Regelung der Beschaffung, Finanzierung und Instandhaltung von für den Verbund notwendigen Geräten und Ausrüstungen.
- ⇒ Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags sind die Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutzuschreiben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, einen Teil des Gewinns den Rücklagenkonten gutzuschreiben.

## **8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2008/2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Neben dem Geschäftsführer waren keine weiteren Mitarbeiter beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

## **9. Lagebericht**

### **a) Geschäftsverlauf**

Sowohl unter verkehrswirtschaftlichen als auch betriebswirtschaftlichen Aspekten verlief das Geschäftsjahr 2008/2009 für die Gesellschaft sehr erfolgreich. Die pünktliche und zuverlässige Betriebsdurchführung hat sicherlich maßgeblich zum weiteren Anstieg der Fahrgastzahlen beigetragen. Daneben kann sich auch das Unternehmensergebnis sehen lassen; erneut wurde ein signifikanter Gewinn erzielt.

Die Betriebsführungen der einzelnen Dienstleister werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DBZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestellung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich.

Da die Fahrten der Gesellschaft auf den Gleisen der Deutschen Bahn AG durchgeführt werden, bestehen ein Infrastrukturnutzungsvertrag für die Trasse mit der DB Netz AG und ein Stationsnutzungsvertrag für die Inanspruchnahme der Bahnhöfe und Haltepunkte mit der DB Station & Service AG. Die Zahlungen an die beiden Aktiengesellschaften der Deutschen Bahn für diese Infrastruktureinrichtungen stellen die dominanten Aufwandsgrößen für die Gesellschaft dar. Gemessen am gesamten Materialaufwand beläuft sich der Anteil dieser von der Gesellschaft nicht beeinflussbaren Kostenblöcke auf nunmehr rd. 51 %. Aufgrund der exorbitanten Steigerungsraten bei den Stationspreisen kürzt die Gesellschaft seit Anfang 2007 ihre Zahlungen an die DB Station & Service AG (die Einbuchung der entsprechenden Verbindlichkeiten wird aber in voller Höhe vorgenommen). Auf eine entsprechende Klage der DB Station & Service AG hat es in erster Instanz ein Urteil zugunsten der DB Station & Service AG gegeben; hiergegen hat die Gesellschaft Berufung eingelegt. Diesbezüglich steht die Entscheidung noch aus.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2008/2009 (14.12.2008 - 12.12.2009) im Grundsatz unverändert beibehalten. Demzufolge hat sich das Fahrleistungsvolumen im Geschäftsjahr mit rd. 532.500 km auch nur geringfügig gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum mit rd. 533.500 km verändert.

Der Einsatz des einheitlichen Wagenparks bewirkt neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen bei der Instandhaltung auch positive Effekte bei der Betriebsabwicklung. Einen Beweis hierfür bildet die hohe Pünktlichkeitsquote, die auch im laufenden Kalenderjahr 2009 (1.1. – 30.09.09) mit 98,3% (Vorjahr 98,5%) im bundesweiten Vergleich einen hervorragenden Wert darstellt.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund bodo, der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 01.01.2004 gestartet ist. Erstmals ist das verbundweite Fahrgastaufkommen im Jahr 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum rückläufig; mit – 0,3% fällt diese Entwicklung jedoch moderat aus.

Unter diesem Aspekt ist es umso erfreulicher, dass sich die positive Fahrgastentwicklung bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn fortsetzt. Trotz der deutlichen Steigerungsraten in den zurückliegenden Jahren hält der positive Trend auch im Jahr 2009 an. Die durchschnittliche Anzahl der Fahrgäste hat sich entsprechend den Zählungen im März, Juni und September 2009 um rd. 2,5 % gegenüber den entsprechenden Zählungen im Vorjahr erhöht. Damit wird auch der bundesweite Wert (+ 0,7%) deutlich übertroffen; mit über 4.700 Fahrgästen im September 2009 wurde ein neuer Fahrgastrekord erzielt.

#### **b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2008/2009 auf rd. 1,11 Mio. € (Vj. 0,82 Mio. €). Die Umsatzerlöse erhöhten sich bei nahezu unveränderten periodenfremden Erträgen im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,18 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gingen hauptsächlich aufgrund sinkender Preise im Treibstoffbezug um rd. 0,21 Mio. € zurück. Dagegen stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um rd. 0,18 Mio. € aufgrund höherer Entgelte für die technische Betriebsführung sowie höheren Trassen- und Stationsentgelten. Der Aufwand aus Abschreibungen blieb im Geschäftsjahr mit rd. 0,46 Mio. € konstant.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2008/2009 beläuft sich auf 0,95 Mio. € (Vj. 0,70 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf gestiegene Umsatzerlöse sowie gefallene Bezugskosten beim Treibstoff zurückzuführen.

Die Vermögens- und Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr 2008/2009 weiter verbessert. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bankguthaben zum 30.09.2009 in Höhe von rd. 3,4 Mio. € dokumentiert wird. Unter Einrechnung des Jahresüberschusses 2008/2009, der zum Teil in die Rücklagen eingestellt werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von rd. 56 % (Vj. 52 %). Neben der planmäßigen Darlehenstilgung von 0,3 Mio. € wurden auch in diesem Geschäftsjahr weitere 0,25 Mio. € als Sondertilgung geleistet. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betragen rd. 0,22 Mio. €. Der Großteil des Betrags betrifft Anzahlungen für neue Fahrscheinautomaten.

### **c) Risikobericht**

Die Gesellschaft unterliegt Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Zur Beherrschung und Kontrolle der Risiken hat die TWF im Rahmen ihrer Aufgabenstellung als kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführerin der BOB KG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Eine Risikoinventur hat stattgefunden und wird halbjährlich aktualisiert. Gemäß dem letzten Risikobericht mit Stand Juli 2009 bestehen bei der Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken. Als Hauptrisiken (nicht bestandsgefährdend) für die Zukunft werden angesehen: Anstieg der Treibstoffkosten und steigende Personalkosten, die sich über die entsprechenden Dienstleistungsverträge auch bei der BOB KG niederschlagen können.

### **d) Prognosebericht**

Für das Geschäftsjahr 2009/2010 wird mit einer verhalteneren Entwicklung gerechnet. Zum 01.01.2010 tritt der modifizierte Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg in Kraft. Danach werden die DB-Infrastrukturkosten ab diesem Zeitpunkt als durchlaufende Posten behandelt, mit der Folge, dass das bisherige Risiko aus der Steigerung dieser Aufwandspositionen für die Gesellschaft nicht mehr besteht. Ebenfalls ab Jahresbeginn ergeben sich grundlegende Veränderungen bei der Verkaufsorganisation, da die bisherige Kooperation mit der betreffenden DB-Gesellschaft zum Jahresende 2009 endet. Die BOB KG investiert einerseits in neue Fahrausweis-Automaten und beauftragt andererseits die TWF mit der Erbringung der Dienstleistung dieses Vertriebsweges. Aus dieser Maßnahme resultieren höhere Aufwendungen in Form von Abschreibungen auf die Investition in Fahrscheinautomaten und für die kassenmäßige sowie technische Betreuung der Automaten. Die Investition in Fahrscheinautomaten wird mit Eigenmitteln der Gesellschaft finanziert. Unter diesen Rahmenbedingungen wird auch im Geschäftsjahr 2009/2010 mit einem Gewinn in einer sechsstelligen Größenordnung gerechnet.

Gemäß mittelfristiger Finanzplanung verläuft die Entwicklung in den kommenden Jahren sehr unterschiedlich. Während in den Geschäftsjahren 2010/2011 und 2011/2012 noch mit Gewinnen gerechnet wird, werden sich in den folgenden Geschäftsjahren die Auswirkungen der dann fälligen Hauptuntersuchungen bei den Triebwagen in vollem Umfang bemerkbar machen und damit die Ergebnisse der betreffenden Geschäftsjahre entsprechend belasten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass infolge des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes weitere Zuführungen zu den entsprechenden Aufwandsrückstellungen nicht mehr möglich sein werden.

### **e) Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

Friedrichshafen, 24. November 2009  
Manfred Foss, Geschäftsführer

**10. Abschlussprüfer**

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH &amp; Co. KG zum 30.09.2009

<b>Bilanz zum 30.09.2009</b>	<b>2008/2009</b>		<b>2007/2008</b>		<b>2006/2007</b>	
	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	302,3	2,9	328,1	3,4	329,3	3,4
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.747,8	55,9				
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42,2	0,4	6.176,5	63,6	6.605,3	67,9
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	223,4	2,2	48,8	0,5	61,7	0,6
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
	<b>6.317,3</b>	<b>61,4</b>	<b>6.555,0</b>	<b>67,4</b>	<b>6.997,9</b>	<b>71,9</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
<u>I. Vorräte</u>						
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	216,9	2,1	365,2	3,8	335,4	3,4
2. Forderung gegen Gesellschafter	16,1	0,2	23,8	0,2	33,5	0,3
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,2	0,0	71,5	0,7
4. Sonstige Vermögensgegenstände	354,7	3,4	300,1	3,1	274,9	2,8
<u>III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	3.374,3	32,8	2.469,8	25,4	2.009,6	20,7
	<b>3.962,0</b>	<b>38,5</b>	<b>3.159,1</b>	<b>32,5</b>	<b>2.724,9</b>	<b>27,3</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4,6</b>	<b>0,0</b>	<b>4,9</b>	<b>0,1</b>	<b>4,5</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.283,9</b>	<b>100,0</b>	<b>9.719,0</b>	<b>100,0</b>	<b>9.727,3</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH &amp; Co. KG zum 30.09.2009

Bilanz zum 30.09.2009	2008/2009		2007/2008		2006/2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Feste Kapitaleinlagen der Kommanditisten	1.278,4	12,4	1.278,4	13,2	1.278,4	13,1
II. Rücklagen	3.525,0	34,3	3.032,7	31,2	1.538,3	15,8
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	953,1	9,3	703,3	7,2	1.494,4	15,4
	<b>5.756,5</b>	<b>56,0</b>	<b>5.014,4</b>	<b>51,6</b>	<b>4.311,1</b>	<b>44,3</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	<b>264,3</b>	<b>2,6</b>	<b>328,6</b>	<b>3,4</b>	<b>393,0</b>	<b>4,0</b>
<b>C. Rückstellungen</b>						
I. Steuerrückstellungen	99,1	1,0	138,4	1,4	253,5	2,6
II. Sonstige Rückstellungen	1.229,2	12,0	821,4	8,5	384,4	4,0
	<b>1.328,2</b>	<b>12,9</b>	<b>1.288,4</b>	<b>9,9</b>	<b>1.030,9</b>	<b>6,6</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.725,0	16,8	2.275,0	23,4	2.825,0	29,0
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.176,9	11,4	839,5	8,6	1.221,3	12,6
III. Verbindlichkeiten gegen Gesellschaftern	2,1	0,0	263,3	2,7	257,8	2,6
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23,9	0,2	31,8	0,3	4,6	0,0
V. Sonstige Verbindlichkeiten	3,6	0,0	3,1	0,0	73,2	0,8
	<b>2.931,5</b>	<b>28,5</b>	<b>3.412,8</b>	<b>35,1</b>	<b>4.381,9</b>	<b>45,0</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3,4</b>	<b>0,0</b>	<b>3,4</b>	<b>0,0</b>	<b>3,4</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.283,9</b>	<b>100,0</b>	<b>9.719,0</b>	<b>100,0</b>	<b>9.727,3</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH &amp; Co. KG zum 30.09.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2008/2009		2007/2008		2006/2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	6.789,4	95,8	6.608,9	94,2	6.486,0	85,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	299,6	4,2	403,8	5,8	1.115,3	14,7
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>7.089,0</b>	<b>100,0</b>	<b>7.012,8</b>	<b>100,0</b>	<b>7.601,3</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	662,8	11,2	869,3	14,6	702,3	11,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.195,9	70,7	4.020,3	67,7	3.887,7	65,5
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	10,6	0,2	9,4	0,2	8,0	0,1
b) soziale Abgaben	1,0	0,0	0,9	0,0	0,8	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	461,4	7,8	462,1	7,8	523,8	8,8
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	603,0	10,2	787,8	13,3	613,2	10,3
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>5.934,7</b>	<b>100,0</b>	<b>6.149,7</b>	<b>103,6</b>	<b>5.735,9</b>	<b>96,7</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>1.154,3</b>	<b>16,3</b>	<b>863,1</b>	<b>12,3</b>	<b>1.865,3</b>	<b>24,5</b>
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	53,3		69,7		30,3	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-18,9		-14,9		-11,6	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-76,2		-98,5		-121,4	
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>-41,8</b>		<b>-43,7</b>		<b>-102,8</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.112,5</b>		<b>819,4</b>		<b>1.762,6</b>	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-159,1		-114,6		-268,2	
22. Sonstige Steuern	-0,3		-1,5		0,0	
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>953,1</b>		<b>703,3</b>		<b>1.494,4</b>	



## Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
Geschäftsstelle:	Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	12. Dezember 2001
Eintragungsdatum HR:	7. Januar 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

### 3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
1. Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8.250	27,5 %
2. Stadt Ravensburg	7.500	25,0 %
3. Landkreis Bodenseekreis	6.000	20,0 %
4. Landkreis Ravensburg	5.250	17,5 %
5. Gemeinde Meckenbeuren	3.000	10,0 %
	30.000	100,0 %

### 4. Organe des Unternehmens

#### Geschäftsführung:

Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt

#### Beirat:

Andreas Brand, Oberbürgermeister (ab 15.09.2009)

Josef Büchelmeier, Oberbürgermeister (bis 04.06.2009)

Peter Hauswald, Bürgermeister

Alfred Müllner, Geschäftsführer

Hermann Vogler, Oberbürgermeister, Vorsitzender

Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister

Dr.-Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer

Kurt Widmaier, Landrat  
Gerd Hägele, Regierungsdirektor  
Lothar Wölfle, Landrat, stellv. Vorsitzender  
Wilfried Franke, Dipl.-Geograph (bis 31.10.2009)  
Norbert Schültke, Dipl.-Ingenieur (ab 24.09.2009)  
Roland Weiß, Bürgermeister

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung. Auch der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung; die Personalaufwendungen der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG betreffen dagegen ausschließlich den Geschäftsführer.

#### **5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

#### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

#### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Es bestehen keine direkten Finanzbeziehungen und keine wichtigen Verträge.

#### **8. Anzahl der 2008/2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

#### **9. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens**

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (kurz „BOB KG“) ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der BOB KG übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die ihr für die Geschäftsführung und Vertretung der BOB KG entstehen. Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der BOB KG derzeit nicht zu erwarten. Für die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

**10. Abschlussprüfer**

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltungs GmbH zum 30.09.2009

Bilanz zum 30.09.2009	2008/2009		2007/2008		2006/2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen Gesellschafter						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2,1	6,9	2,1	6,8	2,1	7,0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	0,3	0,8	0,4	1,2	0,7	2,4
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	28,8	92,2	28,9	91,9	27,9	90,5
	<b>31,2</b>	<b>99,9</b>	<b>31,5</b>	<b>99,9</b>	<b>30,7</b>	<b>99,9</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31,2</b>	<b>100,0</b>	<b>31,5</b>	<b>100,0</b>	<b>30,8</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltungs GmbH zum 30.09.2009

Bilanz zum 30.09.2009	2008/2009		2007/2008		2006/2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	30,0	96,1	30,0	95,2	30,0	97,5
II. <u>Rücklagen</u>						
1. Gewinnrücklagen	0,0	-0,1	-0,8	-2,5	0,2	0,6
- III. <u>Jahresfehlbetrag</u>	-0,3	-1,0	0,7	2,3	-1,0	-3,2
	<b>29,6</b>	<b>95,0</b>	<b>30,0</b>	<b>95,1</b>	<b>29,2</b>	<b>95,0</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>1,5</b>	<b>4,8</b>	<b>1,5</b>	<b>4,8</b>	<b>1,5</b>	<b>4,9</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>						
I. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>						
II. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung</u>						
III. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	0,1	0,2	0,0	0,1	0,0	0,1
	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31,2</b>	<b>100,0</b>	<b>31,5</b>	<b>100,0</b>	<b>30,8</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2008/2009		2007/2008		2006/2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1,8	100,0	1,8	100,0	0,1	100,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>1,8</b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>	<b>100,0</b>	<b>0,1</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2,6	100,0	2,0	76,9	3,6	139,2
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>2,6</b>	<b>100,0</b>	<b>2,0</b>	<b>76,9</b>	<b>3,6</b>	<b>139,2</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,2</b>	<b>23,1</b>	<b>-3,5</b>	<b>-39,2</b>
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0		0,0		1,8	
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,5		0,9		0,8	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>0,5</b>		<b>0,9</b>		<b>2,6</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-0,3</b>		<b>0,7</b>		<b>-1,0</b>	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>-0,3</b>		<b>0,7</b>		<b>-1,0</b>	



## Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
Geschäftsstelle Friedrichshafen:	Leutholdstraße 30, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 385 88-0 Fax: 07541 / 385 88-33 E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de
Niederlassung Überlingen:	Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 9471-937 Fax: 07551 / 9471-939
Gründungsdatum:	1. Januar 2006
Eintragungsdatum Handelsregister:	8. Dezember 2006
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	2. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Dazu gehören insbesondere:

⇒ **Existenzgründungsberatung**

d. h. die Beratung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und – umstellung sowie die Unterstützung und Koordination im Umgang mit Behörden und Ämtern

⇒ **Beratung und Betreuung von klein- und mittelständischen Unternehmen**

z. B. bei der Standortwahl sowie bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen usw. Ausgenommen sind Rechts-, Steuerrechts- und Finanzberatungen

⇒ **Standortmarketing**

d. h. die Erarbeitung und Umsetzung von Standort- und Regionalmarketingprojekten mit dem Ziel, den Bodenseekreis überregional als herausragenden Technologiestandort bekannt zu machen und dadurch Produktions- und Dienstleistungsunternehmen für eine Ansiedlung im Bodenseekreis zu interessieren und sie in Zusammenarbeit mit den Gesellschafterkommunen bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken, bei der vorbereitenden Planung und bei der Durchführung von Projekten zu beraten und zu unterstützen

⇒ **Unterstützung von Außenwirtschaftsaktivitäten**

d. h. die Mitwirkung beim Aufbau und der Pflege von Wirtschaftskontakten der Gesellschafter, der Gesellschafterkommunen und der angesiedelten Betriebe zu Unternehmen und Institutionen im Ausland

- ⇒ **Technologietransfer**  
d. h. die Konzeption und Umsetzung von Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die ansässigen Unternehmen z. B. durch Veranstaltungen zu den Themenbereichen Innovations- und Technologiepolitik, Technologietransfer, Verkehrsinfrastruktur sowie Unternehmensgründung bzw. durch die Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen
- ⇒ **Schaffung eines Netzwerkes von Gründer- und Technologiezentren im Bodenseekreis sowie das Management ausgewählter Zentren**
- ⇒ **Beratung der beteiligten Kommunen**  
d. h. die Beratung und Unterstützung der Gesellschafterkommunen bei ihren Planungen, insbesondere bezüglich der aktuellen Anforderungen an die wirtschaftliche Infrastruktur
- ⇒ **Förderung weicher Standortvorteile; z. B. Ansprechpartner für Landschaftsparkprojekte**  
d. h. die Mitwirkung bei der Schaffung und Verbesserung weicher Standortfaktoren (Einrichtungen für Kinderbetreuung, Ausbildung, Freizeit und Versorgung)
- ⇒ **Intensivierung und Ausbau von Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland**  
insbesondere zur Schweiz und zu Österreich sowie zu den benachbarten Landkreisen Konstanz, Lindau, Ravensburg und Sigmaringen
- ⇒ **Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Region gegenüber Institutionen**  
d. h. die Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Bodenseekreises gegenüber Bund, Land, Kammern und Verbänden sowie sonstigen von der Wirtschaftsförderung berührten Institutionen
- ⇒ **Koordination, Projektentwicklung und –abwicklung von Fördermaßnahmen**

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt.

	Stammkapital	Anteil
<u>Städte/Gemeinden/Kreise</u>		
Stadt Friedrichshafen	20.650,00 €	21,50%
Landkreis Bodenseekreis	8.900,00 €	9,27%
Stadt Überlingen	7.150,00 €	7,44%
Stadt Tettnang	5.850,00 €	6,09%
Gemeinde Meckenbeuren	4.000,00 €	4,16%
Stadt Markdorf	3.950,00 €	4,11%
Gemeinde Salem	3.250,00 €	3,38%
Gemeinde Immenstaad	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Kressbronn	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Langenargen	2.200,00 €	2,29%
Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen	2.100,00 €	2,19%
Stadt Meersburg	1.700,00 €	1,77%
Gemeinde Eriskirch	1.200,00 €	1,25%
Gemeinde Deggenhausertal	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Oberteuringen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Owingen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Bermatingen	1.050,00 €	1,09%

Gemeinde Heiligenberg	900,00 €	0,94%
Gemeinde Herdwangen-Schönach	900,00 €	0,94%
Gemeinde Neukirch	800,00 €	0,83%
Gemeinde Frickingen	750,00 €	0,78%
Gemeinde Hagnau	400,00 €	0,42%
Gemeinde Daisendorf	400,00 €	0,42%
Gemeinde Stetten	250,00 €	0,26%
<u>Industrie</u>		
ZF Friedrichshafen AG	5.850,00 €	6,09%
ZEPPELIN GmbH	5.850,00 €	6,09%
Dornier GmbH	4.400,00 €	4,58%
MTU Friedrichshafen GmbH	1.450,00 €	1,51%
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.450,00 €	1,51%
<u>Mittelstand</u>		
Georg Fischer GmbH	1.450,00 €	1,51%
Messe Friedrichshafen GmbH	750,00 €	0,78%
	<b>96.050,00 €</b>	<b>100,00%</b>

#### **4. Organe des Unternehmens** (Stand 31.12.2009)

##### Geschäftsführung

Benedikt Otte

##### Aufsichtsrat

###### *Vorsitzender*

Lothar Wölfle; Landrat Bodenseekreis (ab 05.07.2009)

Josef Büchelmeier, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Friedrichshafen (bis 04.06.2009)

###### *stellv. Vorsitzende(r)*

Andreas Brand, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen (ab 05.07.2009)

Sabine Becker, Oberbürgermeisterin der Stadt Überlingen (ab 17.02.2009 - 05.07.2009)

Volkmar Weber, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Überlingen (bis 16.02.2009)

###### *Mitglieder*

Jürgen Beisswenger, Bürgermeister Gemeinde Immenstaad (ab 01.05.2009)

Uwe Berner, Vorstand der ZF Friedrichshafen AG (bis 31.08.2009)

Dr. Martin Brüttsch, Bürgermeister Stadt Meersburg (ab 01.04.2010)

Josef Dietenberger, ZF Konzern (ab 01.09.2009)

Manfred Härle, Bürgermeister Gemeinde Salem

Hans-Peter Kaldenbach, Geschäftsführer der Luftschiffbau Zeppelin GmbH

Hans-Peter Knoblauch, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Salem-Heiligenberg  
(ab 01.01.2009)

Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Stadt Friedrichshafen

Rolf Müller, Bürgermeister der Gemeinde Langenargen (ab 01.01.2009)

Andreas Schmid, Bürgermeister der Gemeinde Meckenbeuren (ab 08.01.2010)

Hermann-Josef Schwarz, Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Überlingen eG  
(ab 01.01.2009)

Knut Simon, Bürgermeister der Gemeinde Deggenhausertal (ab 01.01.2009)

Roland Weiß, Bürgermeister der Gemeinde Meckenbeuren (bis 07.01.2010)

Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung

<i>Vorsitzender</i>	Josef Büchelmeier, Oberbürgermeister a. D. der Stadt Friedrichshafen (bis 04.06.2009), per 31.12.2009 Vakanz
<i>stellv. Vorsitzende</i>	Sabine Becker, Oberbürgermeisterin der Stadt Überlingen
<i>Mitglieder</i>	Vertreter aller Gesellschafter

**5. Öffentlicher Zweck**

Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

- ⇒ **Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung:**  
Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ **Unternehmensbetreuung:**  
Maßnahmen, die auf einzelne Betriebe (Beratung, Informationsbeschaffung und -weitergabe) wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmen (Veranstaltungen, Publikationen, Veröffentlichungen) ausgerichtet sind
- ⇒ **Kommunal- und Kreisberatung:**  
Beratung der Kommunen sowie des Landkreises und deren/dessen Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u. a. Wirtschaft- und Gewerbeflächenentwicklung, Infrastrukturaufbau)
- ⇒ **Karriereberatung:**  
Betrieb einer Stellbörse im Internet sowie die Durchführung von Veranstaltungen, bei denen potentielle Arbeitskräfte Unternehmen und vakante Stellen bzw. Ausbildungsplätze kennen lernen können.
- ⇒ **Regionales und überregionales Standortmarketing:**  
Durchführung von Maßnahmen, die das Profil und die Attraktivität des Wirkungskreises außerhalb seiner Grenzen bekannt machen.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

frieks GmbH (Einlage: 7.250 €, Anteil: 29 %).

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen u. Kapitalentnahmen**

- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2006
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben vom 16. März 2000
- ⇒ Dienstleistungsvertrag „Geschäftsbesorgung frieks GmbH“ vom 1. Februar 2002
- ⇒ Gesellschaftsvertrag frieks GmbH vom 30.09.1999, zuletzt geändert am 18.03.2005
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Leutholdstraße 30, Friedrichshafen vom 12. August 2002
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Regionale Internet-Suchmaschine www.karriere-im-sueden.de bis 2011
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Heiligenbreite 34, Überlingen, vom 28. November 2006
- ⇒ Finanzierungserklärung für die Jahre 2007 – 2009 Filmförderung Bodensee-Oberschwaben, Film Commission Bodensee-Oberschwaben vom 21. Dezember 2006, verlängert bis zum Jahr 2011 am 10.02.2009

## **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 7,2 Mitarbeiter (8 Personen) bei der Gesellschaft beschäftigt.

## **9. Lagebericht**

### **a) Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf**

Die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

- ⇒ Gründerberatung
- ⇒ Unternehmensservice
- ⇒ Kommunal- und Kreisbetreuung
- ⇒ Karriereservice
- ⇒ Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Bodenseekreis sowie 7 Unternehmen aus der Großindustrie und dem Mittelstand. Zwei Sparkassen sowie zwei Volksbanken sind zudem Konsortialpartner.

Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit wurden die Besuche bei einer Vielzahl von Institutionen, Unternehmen, Gremien, Vereinen, Auftragnehmern und Kooperationspartnern fortgesetzt sowie in einzelnen Fällen Wiederholungsbesuche absolviert. Dadurch konnte der weitere Aufbau und die Festigung des Beziehungsnetzwerkes der WFB vorangetrieben werden. Zudem wurde ein regelmäßiger Kontakt zu den Gesellschaftern und Konsortialpartnern gepflegt.

Auf den Seiten der Homepage der WFB findet sich ein breit gefächertes Angebot an Informationen, z. B. sämtliche Presseveröffentlichungen, Übersichten über Kindergartenplätze, Restaurants mit fremdsprachiger Speisekarte, Gemeindeprofile, Wirtschaftskalender usw. Fast 50.000 Besucher und fast 208.000 Seitenaufrufe zeugen von einem regen Interesse an dem Internetangebot der WFB.

Im September 2009 wurde die *Swiss International School* eröffnet. Mit diesem Projekt ist es gelungen, eine internationale Bildungseinrichtung mit 10 neuen Arbeitsplätzen für den gesamten Landkreis zu schaffen. Das Projekt wurde federführend von der WFB begleitet. Auf der Messe Expo-Real eröffnete Ministerpräsident Oettinger im Oktober das neu geschaffene *Immportal-Bodensee.net*. Mit diesem durch Europäische Fördergelder unterstützten Projekt für Gewerbeimmobilien und -grundstücke hat die WFB ein weiteres wichtiges Instrument für das Standortmarketing geschaffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden insgesamt 223 Gründungs- und Unternehmensberatungen durch die WFB GmbH durchgeführt.

Weitere erfolgreiche Projekte im Rahmen des Standortmarketings und Unternehmensservice waren unter anderem die Veranstaltungen „Business Breakfast Bodensee“, „Forum

Fit für die Selbständigkeit“, „Blick hinter die Kulissen“, die „Internationale Speisekarte“, die Ferienaktion „Wissen was geht“ und die Internetplattform „Karriere im Süden“.

Die Kooperation mit dem Verein CompaS e. V., der sich auf Gründungsnachberatung, Sanierungsberatung, Unternehmensnachfolge und Fördermittelinformationen spezialisiert hat, läuft erfolgreich. Mehr als 100 Beratungsgespräche bestätigen das.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2009 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigen den durch die Satzung vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung.

Wesentliche Investitionen im Geschäftsjahr 2009 waren die Anschaffung der Internetplattform Immoportal-Bodensee.net und von 2 Kopiergeräten für die beiden Standorte der WFB.

## **b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

### 1. Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050 € ist voll eingezahlt.

Der leichte Anstieg der Bilanzsumme um 15 T € im Vergleich zum Vorjahr resultiert zum einen aus der Aktivierung der neuen Internetplattform *Immoportal-Bodensee.net*. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zum anderen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 T €, resultierend aus einer Forderung aus Fördermitteln des Interreg IV Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein. Die liquiden Mittel verringerten sich um 8 T €.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten um 29 T €, während sich die Rückstellungen um 14 T € verringerten.

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel.

Ziel des Finanzmanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von 51 T € wurden nicht in Anspruch genommen.

### 2. Ertragslage

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 0 € aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse in Höhe von 20 T € (Vj. 7 T €) neutralisiert, die als Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern erfasst wurden.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt 17 T €, weil im Geschäftsjahr 2009 mehr Messebesuche durchgeführt wurden.

Die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner sowie die Erträge aus Drittmitteln werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Europäische Fördermittel für das Projekt „Karriere im Süden“ in Höhe von 17,8 T € genehmigt, welche ebenfalls bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind. Die Vereinnahmung erfolgte im Februar 2010.

Eine Rückstellung in Höhe von 15,3 T € war wegen Ablaufs der Verjährungsfrist aufzulösen.

Erstmals hatte die WFB ganzjährig einen vollen Personalbestand. Das zeigt sich in den Personalaufwendungen, die auf 407 T € (Vj. 381 T €) gestiegen sind.

In den im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 T € erhöhten Abschreibungen spiegelt sich die Aktivierung der neuen Internetplattform Immoportal-Bodensee.net wieder.

Durch die weiter verstärkte Geschäftstätigkeit der WFB erhöhten sich die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten um 14 T € gegenüber dem Vorjahr. Um 8 T € niedrigere Reparatur- und Instandhaltungskosten stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Anschaffung der neuen Internetplattform, welche eine veraltete Software ersetzt hat. In den anderen Kostenbereichen konnten Kosteneinsparungen realisiert werden, so dass die Summe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 8 T € gesunken ist.

Das Finanzergebnis ging aufgrund der Zinsentwicklung um 4,8 T € gegenüber dem Vorjahr zurück und beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen.

Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z. B. Beratungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

### **c) Voraussichtliche Entwicklung**

Die Jahre 2010 ff. werden aus Sicht der WFB von den Folgen der Wirtschaftskrise geprägt sein. Zwar ist eine Erholung der Konjunktur zu erkennen, jedoch ausgehend von einem niedrigen Niveau. Insbesondere die kommunalen Finanzen werden voraussichtlich aufgrund zurück gehender Gewerbesteuererinnahmen stark in Mitleidenschaft gezogen. Dennoch werden durch die Folgen der Wirtschaftskrise aufgrund der Struktur der WFB kurzfristig keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft erwartet.

Die Anstrengungen der WFB werden sich wie im Vorjahr auch im Jahr 2010 unter anderem darauf richten, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen, damit es zu möglichst geringen krisenbedingten Belastungen kommt. Die Maßnahmen werden soweit möglich kostenneutral durchgeführt.

Des Weiteren plant die WFB die Teilnahme an der Internationalen Luft- und Raumfahrt-ausstellung in Berlin im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes mit im Bodenseekreis ansässigen Unternehmen dieser Branchen. Auch bei der Immobilien- und Standortmesse Expo-Real im Oktober 2010 in München wird die WFB wieder zusammen mit benachbarten Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Bodenseeregion präsentieren.

Das Ziel, die WFB zu einem überregional anerkannten Ansprechpartner für wirtschaftliche Belange im Bodenseekreis zu entwickeln, um auch so die ihr zugewiesenen Aufgaben vollumfänglich abzudecken, wird weiterhin forciert.

Das am Bedarf orientierte Standardprogramm der WFB wird fortgeführt.

Durch Interreg IV-Projekte werden der WFB im Jahr 2010 zusätzliche liquide Mittel zufließen. Dadurch wird bei moderat steigenden Kosten mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Vorangetrieben werden soll die Vermarktung des neuen Immobilienportals über die Grenzen des Landkreises hinaus. Auf Basis von Lizenzverträgen sollen Einnahmen in Höhe von 10 T € generiert werden.

Größere Investitionen im Jahr 2010 stehen aus heutiger Sicht mit Ausnahme des geplanten Projektes „Creative Industries II“ nicht an. Aufgrund der wahrscheinlichen Förderung durch das Interreg IV-Programm wird es voraussichtlich jedoch zu keiner nennenswerten Liquiditätsbelastung kommen.

Aus heutiger Sicht sind keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten. Als ebenfalls stabil wird die institutionelle Situation beurteilt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht bekannt.

Benedikt Otte, Geschäftsführer

## **10. Abschlussprüfer**

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

## **11. Leistungskennzahlen**

<b>Leistungsdaten</b>	<b>2009</b>	<b>2008</b>	<b>Veränderung gegenüber Vorjahr</b>
<b>Geschäftsbereich</b>			
<b>Existenz und Jungunternehmerberatung</b>			
Individualberatungen	132	86	53,49%
Veranstaltungen	14	11	27,27%
Kooperationsberatungen Kompetenzzentrum	125	95	31,58%
Existenzgründung			
Kooperationsberatungen mit Verein CompaS	23	0	100,00%
<b>Mittelstandsberatung</b>			
Unternehmensberatungen	69	75	-8,00%
Veranstaltungen	7	15	-53,33%
Projekte	2	1	100,00%
<b>Kommunalberatung</b>			
Unterstützung bei der Vermarktung von Gewerbeflächen *	130	151	-13,91%
<b>Multimediaprojekte</b>			
Homepage und Karriereportal im Internet Immoportal	3	2	50,00%
<b>Standort- und Regionalmarketing</b>			
Messeteilnahmen	11	11	0,00%
Sonstige Marketingaktivitäten	13	11	18,18%
Projekte	11	5	120,00%
<b>Sonderprojekte</b>			
Projekte	4	4	0,00%

\* geschätzt wegen Softwarewechsel

## Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009 - Aktiva -	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	24,9	8,9	14,2	5,3	2,0	0,8
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	30,5	10,8	35,0	13,1	20,3	7,9
III. <u>Finanzanlagen</u>	8,0	2,8	7,3	2,7	7,3	2,8
	<b>63,4</b>	<b>22,5</b>	<b>56,5</b>	<b>21,2</b>	<b>29,5</b>	<b>11,5</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19,8	7,0	2,6	1,0	0,0	0,0
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	12,2	4,8
3. Sonstige Vermögensgegenstände	12,5	4,4	13,3	5,0	77,3	30,2
	<b>32,3</b>	<b>11,5</b>	<b>15,9</b>	<b>6,0</b>	<b>89,5</b>	<b>35,0</b>
III. <u>Wertpapiere, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	181,8	64,6	190,1	71,4	134,4	52,6
	<b>214,1</b>	<b>76,1</b>	<b>206,0</b>	<b>77,4</b>	<b>223,9</b>	<b>87,6</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. <u>Disagio</u>						
II. <u>Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</u>	3,8	1,3	3,8	1,4	2,3	0,9
	<b>3,8</b>	<b>1,3</b>	<b>3,8</b>	<b>1,4</b>	<b>2,3</b>	<b>0,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>281,3</b>	<b>100,0</b>	<b>266,3</b>	<b>100,0</b>	<b>255,7</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2009

<b>Bilanz zum 31.12.2009</b>	<b>2009</b>		<b>2008</b>		<b>2007</b>	
	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	96,1	34,1	96,1	36,1	95,1	37,3
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	28,6	10,2	28,6	10,7	28,6	11,2
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag						
	<b>124,6</b>	<b>44,3</b>	<b>124,6</b>	<b>46,8</b>	<b>123,6</b>	<b>48,5</b>
<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>						
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Steuerrückstellungen	0,5	0,2	0,3	0,1	0,0	0,0
II. Sonstige Rückstellungen	31,4	11,1	46,0	17,3	41,2	16,2
	<b>31,8</b>	<b>11,3</b>	<b>46,3</b>	<b>17,4</b>	<b>41,2</b>	<b>16,2</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23,3	8,3	12,9	4,9	18,1	7,1
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	93,7	33,3	73,1	27,5	66,2	26,0
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon Steuern 7,0 T € (Vj. 6,9 T €)	7,9	2,8	9,4	3,5	5,3	2,1
	<b>124,9</b>	<b>44,4</b>	<b>95,4</b>	<b>35,8</b>	<b>89,5</b>	<b>35,2</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>281,3</b>	<b>100,0</b>	<b>266,3</b>	<b>100,0</b>	<b>254,7</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	29,3	4,3	15,5	2,4	46,8	7,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	653,7	95,7	641,0	97,6	626,3	93,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>683,0</b>	<b>100,0</b>	<b>656,5</b>	<b>100,0</b>	<b>673,1</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	343,1	50,0	324,0	48,7	244,4	36,1
b) Soziale Abgaben	64,1	9,3	57,3	8,6	37,0	5,5
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	20,9	3,0	17,1	2,6	11,9	1,8
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	258,4	37,6	266,6	40,1	383,9	56,7
	<b>686,4</b>	<b>100,0</b>	<b>665,0</b>	<b>100,0</b>	<b>677,2</b>	<b>100,0</b>
<b>10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-3,5</b>	<b>0,0</b>	<b>-8,5</b>	<b>0,0</b>	<b>-4,1</b>	<b>0,0</b>
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,7		9,5		5,6	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Aufwendungen aus Gewinnabführung						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,2	
19. Finanzergebnis	4,7		9,5		5,7	
<b>20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1,2</b>		<b>1,0</b>		<b>1,7</b>	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,7		-0,6		-0,1	
23. Sonstige Steuern	-0,6		-0,4		-1,3	
<b>24. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0,0</b>		<b>0,0</b>		<b>0,0</b>	
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	28,6		28,6		28,6	
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)</b>	<b>28,6</b>		<b>4,2</b>		<b>5,7</b>	



## Internationale Bodensee Tourismus GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens: Internationale Bodensee Tourismus GmbH  
 Geschäftsstelle Friedrichshafen: Hafenstraße 6, 78462 Konstanz  
 Tel.: 07531 / 9094-90  
 Fax: 07531 / 9094-94  
 E-Mail: info@bodensee.de  
 Homepage: www.bodensee.eu

Gründungsdatum: 1. Januar 1998

Eintragungsdatum Handelsregister: 17. Februar 1998

Notarielles Datum neuester  
 Gesellschaftsvertrag: 20. Dezember 2006

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 431.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	141.500	32,87%
Landkreis Konstanz	99.000	23,01%
Vorarlberg Tourismus GmbH	42.500	9,86%
Internationaler Bodensee Verkehrsverein e.V.	35.500	8,22%
Oberschwaben Tourismus GmbH	35.500	8,22%
Landkreis Lindau	28.500	6,60%
Thurgau Tourismus	18.500	4,27%
St. Gallen-Bodensee Tourismus	17.000	3,94%
Fürstentum Lichtenstein	7.000	1,64%
Schaffhausen Tourismus	6.000	1,31%
Gesamt	431.000	100,00%

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Daniela Pahl-Humbert  
 Gesellschafterversammlung

#### Aufsichtsrat:

Vorsitzender Ulrich Müller, Minister a.D.  
 Stv. Vorsitzender Mag. Christian Schützinger, Direktor

Stv. Vorsitzender Dr. Christoph Tobler, Präsident  
 Gräfin Bettina Bernadotte, Geschäftsführerin (ab 27.04.2009)  
 Peter Brecht, Kreisverwaltungsrat  
 Prof. Wolfgang Fuchs, Studiengangsleiter (ab 27.04.2009)  
 Prof. Karl Heinz Hänssler, Direktor (bis 29.01.2009)  
 Norbert Henneberger, Geschäftsführer  
 Dipl. Ing. Thomas Kinz, Vorstand  
 Florian Rossknecht, Hotelier  
 Prof. Roland Scherer, Vizedirektor

### **5. Öffentlicher Zweck**

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Bodensee-Radweg Service GmbH (Einlage: 1.250 €, Anteil 5 %)

### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Der Gesellschafterversammlung wurde vorgeschlagen, den Bilanzverlust, der sich aus dem Verlustvortrag und dem Jahresüberschuss zusammensetzt, auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

### **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Im Berichtsjahr waren acht Vollzeitmitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

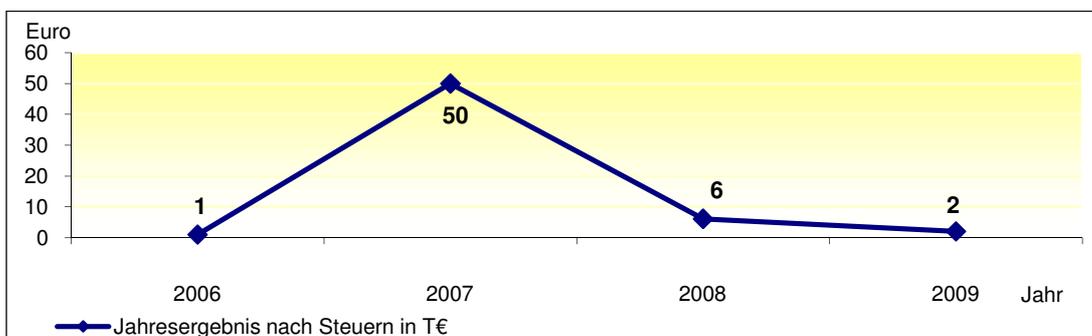
### **9. Lagebericht**

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die IBT Gebrauch gemacht.

### **10. Abschlussprüfer**

Dagmar Anna Albert, Steuerberaterin, Meckenbeuren

### **11. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €**



## Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009 Aktiva	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,4
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen	38,6	14,6	37,8	13,8	33,6	17,9
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,3	0,5	1,3	0,5	1,3	0,7
	<b>39,9</b>	<b>15,1</b>	<b>39,1</b>	<b>14,3</b>	<b>35,6</b>	<b>18,9</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2,0	0,8	1,4	0,5	0,1	0,0
2. Unfertige Leistungen	16,6	6,3	27,5	10,0	41,2	21,9
3. Geleistete Anzahlungen	32,1	12,1	15,2	5,5	9,5	5,1
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	3,8	1,4	7,4	2,7	8,7	4,6
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	15,8	6,0	11,3	4,1	69,7	37,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	146,8	55,4	165,9	60,6	13,2	7,0
	<b>217,2</b>	<b>82,0</b>	<b>228,7</b>	<b>83,5</b>	<b>142,3</b>	<b>75,7</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	7,9	3,0	6,1	2,2	10,0	5,3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>265,0</b>	<b>100,0</b>	<b>273,9</b>	<b>100,0</b>	<b>188,0</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2009

<b>Bilanz zum 31.12.2009</b>	<b>2009</b>		<b>2008</b>		<b>2007</b>	
	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>	<b>T €</b>	<b>%</b>
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	431,0	162,6	431,0	157,4	431,0	229,3
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-322,9	-121,8	-329,0	-120,1	-379,2	-201,7
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2,0	0,8	6,1	2,2	50,2	26,7
	<b>110,1</b>	<b>41,6</b>	<b>108,1</b>	<b>39,5</b>	<b>102,0</b>	<b>54,3</b>
<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>						
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	23,3	8,8	37,4	13,7	26,4	14,0
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	90,1	34,0	37,3	13,6	17,2	9,1
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	18,3	6,9	37,7	13,8	9,0	4,8
	<b>108,5</b>	<b>40,9</b>	<b>75,1</b>	<b>27,4</b>	<b>26,1</b>	<b>13,9</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>23,1</b>	<b>8,7</b>	<b>53,3</b>	<b>19,5</b>	<b>33,4</b>	<b>17,8</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>265,0</b>	<b>100,0</b>	<b>273,9</b>	<b>100,0</b>	<b>188,0</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	541,1	40,2	510,6	34,7	482,7	37,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	806,2	59,8	961,2	65,3	810,3	62,7
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>1.347,3</b>	<b>100,0</b>	<b>1.471,8</b>	<b>100,0</b>	<b>1.292,9</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	672,9	49,8	621,4	42,3	620,1	49,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	39,7	2,9	215,9	14,7	64,3	5,2
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	301,4	22,3	310,6	21,2	283,1	22,7
b) Soziale Abgaben	62,1	4,6	59,6	4,1	55,1	4,4
8. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	20,3	1,5	15,8	1,1	12,9	1,0
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	254,7	18,8	245,2	16,7	210,5	16,9
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>1.351,5</b>	<b>100,0</b>	<b>1.468,6</b>	<b>100,0</b>	<b>1.246,0</b>	<b>100,0</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-4,1</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,2</b>	<b>0,2</b>	<b>46,9</b>	<b>3,6</b>
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,9		4,8		4,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		-0,1		-0,3	
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>3,9</b>		<b>4,7</b>		<b>4,2</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-0,2</b>		<b>8,0</b>		<b>51,1</b>	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,9		-1,5		-0,7	
22. Sonstige Steuern	0,4		-0,3		-0,2	
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>2,0</b>		<b>6,1</b>		<b>50,2</b>	



## Energieagentur Bodenseekreis GbR

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Energieagentur Bodenseekreis
Geschäftsstelle:	Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99 E-Mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	13. Juni 2007
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	13. Juni 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar – 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

### 3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	4.610	50,11%
Technische Werke Friedrichshafen	1.470	15,98%
EnBW Regional AG	1.470	15,98%
Thüga AG Allgäu-Oberschwaben	980	10,65%
Stadtwerke Überlingen	490	5,33%
Kreishandwerkerschaft	150	1,63%
NABU- Bezirksverband Donau-Bodensee	30	0,33%
	9.200	100,00%

### 4. Organe des Unternehmens

Organ des Unternehmens ist die Gesellschafterversammlung.

### 5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,52 %)

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Der jährliche Kostenbeitrag beläuft sich auf 33.000 €.

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

*Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 134).*

## Klinik Tettang GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens: Klinik Tettang GmbH  
 Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16  
 88069 Tettang  
 Tel.: 07542 / 531-0  
 Fax: 07542 / 531-178  
 E-Mail: info@klinik-tettang.de  
 Homepage: www.klinik-tettang.de



Gründungsdatum: 14. Januar 2004

Eintragungsdatum Handelsregister: 10. Januar 2008

Notarielles Datum neuester  
 Gesellschaftsvertrag: 7. Juni 2005 mit Änderung vom 29. Juni 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Aus- und Fortbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises, vor allem durch ambulante, vor-, nach- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, sowie sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammeinlage	Anteil
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	284.700	94,9 %
Landkreis Bodenseekreis	15.300	5,1 %
	300.000	100.000 %

### 4. Organe des Unternehmens

Die Geschäftsführer sind Ellio Schneider und Jürgen Sachsenmaier.  
 Als weiteres Organ fungiert die Gesellschafterversammlung.

## **5. Öffentlicher Zweck**

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tettngang, eines Akutkrankenhauses der Regel- und Grundversorgung, sowie einer Krankenpflegeschule. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

## **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Medizinisches Versorgungszentrum Tettngang GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)

Waldburg-Zeil Personalservice GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)

Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

Gesundheitsakademie Tettngang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

## **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

### ⇒ Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (WZK) dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten.

Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen.

Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tettngang GmbH, Tettngang im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben.

Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s.u.).

Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankenhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T €

ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbringung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.

### ⇒ Erbbaurechtsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten.

Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen.

Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tettngang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, bestellt. Die Ausübung des Erbbaurechts wurde jedoch auf das Krankenhausgelände, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.

Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der Gemarkung Tettngang haben die Parteien Nutzungsüberlassungsverträge abgeschlossen.

Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch am 20. März 2006 und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.

Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2.400.000 € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erbbauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbauzins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 1. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 150.000 €. Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht.

⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit dem Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettang und von ihren Chefärzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

⇒ Verträge zur integrierten Versorgung

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettang GmbH, Tettang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis 31. Juli 2013 abgeschlossen.

⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 185 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen. Die stationären Leistungen werden in der Klinik in drei hauptamtlich geleiteten Fachabteilungen sowie zwei Belegabteilungen erbracht:

- Innere Medizin (70 Betten)
- Chirurgie (65 Betten)
- Geburtshilfe/Gynäkologie (40 Betten)
- Urologie - Belegabteilung - (6 Betten)

- HNO - Belegabteilung - (6 Betten)

⇒ Finanzierungsquellen

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften.

Mit Bescheid vom 24. Juni 2009 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2008 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 368.045 € für Investitionen gewährt.

Mit Bescheid vom 20. August 2009 wurde der Gesellschaft im Wege der Einzelförderung nach § 12 Abs. 1 LKHG i. V. m. §§ 13 und 14 Abs. 2 LKHG für die Umbaumaßnahmen zur Umgestaltung der Zentralen Notaufnahme und der Funktionsdiagnostik ein Festbetragszuschuss in Höhe von 1,8 Mio. € gewährt.

Die Budgetentgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2009 wurde am 27. November 2009 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen am 29. Dezember 2009 genehmigt.

Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit rd. 19 Mio. € festgelegt. Die Summe der effektiven Bewertungsrelationen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KHEntgG (inkl. Überlieger) wurde mit 6,45 Mio. € vereinbart.

Zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen haben die Vertragsparteien für das Jahr 2009 gemäß § 4 Abs. 13 KHEntgG einen Gesamtbetrag in Höhe von 216.665 € vereinbart. Das vereinbarte Abschlagsvolumen für Mengen gemäß § 4 Abs. 2 a KHEntgG beträgt für das Jahr 2009 291.718 €. Der Verrechnungsbetrag für Ausgleichs beträgt 515.412 € und wird gemäß § 5 Abs. 4 KHEntgG über einen Zuschlagssatz für die ab den 1. Januar 2010 aufgenommenen Patienten abgerechnet. Das Ausbildungsbudget für das Jahr 2009 wurde in Höhe von 476.969 € vereinbart.

## **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Im Jahresdurchschnitt waren 359 Arbeitnehmer (Vj. 359) beschäftigt. Hiervon waren 30 Auszubildende.

## **9. Lagebericht**

### **a) Allgemeine Entwicklungen**

„Klassische“ Marktteilnehmer orientieren sich neu. Krankenversicherer, Krankenhäuser, Ärzte, Pharma- und Medizintechnikindustrie entwickeln neue Strategien, um sich zu differenzieren. Angestammte Sektorengrenzen werden verlassen. Das klassische Gesundheitswesen und der Selbstzahlerbereich wachsen zu einem Gesundheitsmarkt zusammen. Ein solidarisches Gesundheitswesen ist darauf angewiesen, dass besondere Belastungen einzelner Krankenkassen ausgeglichen werden. Die Umverteilung zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ist 2007 auf 15,7 Mrd. € gestiegen. Während die Angestellten-Ersatzkassen 3,8 Mrd. € einzahlen, waren es bei den Betriebskrankenkassen 7,9 Mrd. €. Größter Nettoempfänger ist die AOK mit 14,0 Mrd. €, gefolgt von der Knappschaft mit 1,7 Milliarden Euro. Die sich aus RSA und Risikopool zusammensetzenden Mittel sind für das Jahr 2008 auf 16,6 Mrd. € weiter angestiegen. Davon haben die AOKen 14,9 Mrd. € und die Bundesknappschaft 1,66 Mrd. € an erster Stelle, gefolgt von den Ersatzkassen mit 3,93 Mrd. Euro. Ohne den Risikostrukturausgleich würde der durchschnittliche Beitragssatz für BKK-Mitglieder statt 14,5 nur 11,0 % betragen, bei der AOK jedoch rund 20 % und bei der Knappschaft rund 22 %.

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen hat zum 1. Juli 2008 die ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernommen. Er bildet den Verband aller gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen und vertritt die Krankenkassen als auch die Interessen der 70 Millionen

Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Kliniken, aber auch gegenüber den Medien. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Krankenversicherung auf Bundesebene. Der umfassende Arbeitskatalog zählt derzeit über 160 einzelne Aufgaben. Inhaltlich lassen sich drei große Aufgabenbereiche unterscheiden: Versorgung, Finanzen und Datenmanagement sowie politische Interessenvertretung.

Eine Roland-Berger-Studie „Der Gesundheitsmarkt - Sicht der Bürger, Strategien der Anbieter“ vom Juli 2008 zeigt, die Deutschen wünschen sich ein anderes Gesundheitsangebot. Mehr Angebote, mehr Wahlfreiheit und mehr Prävention stehen im Vordergrund. Dafür sind die meisten auch bereit, tiefer in die Tasche zu greifen. Der Selbstzahlermarkt („Zweiter Gesundheitsmarkt“) ist mit mittlerweile 64 Mrd. € einer der attraktivsten Wachstumsmärkte, den immer mehr Branchen erschließen.

#### Entwicklungen im Akutbereich

Der deutsche Krankenhaussektor befindet sich derzeit am Beginn einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch „Vollkaskomentalität“ geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen sind von 50,8 Mrd. € in 2007 auf 52,6 Mrd. € (3,3 %) in 2008 und in 2009 auf 56,1 Mrd. € (6,7 %) angestiegen. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabeträger. Zusätzlich sind die öffentlichen Krankenhausträger zum Teil hoch verschuldet und können die Investitionsverpflichtungen und die in den ineffizient operierenden öffentlichen Kliniken generierten Verluste nicht mehr tragen. Da der Akutkliniken-Sektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Klinikenmarkt verantwortlich ist und hohe Ineffizienzen aufweist, sind hier in den letzten Jahren einige Kosten- und Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmendem Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Ab 01. Januar 2009 gilt das Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung, das eine Reihe von richtungsweisenden Neuregelungen beinhaltet:

- ⇒ Reform der Krankenhausinvestitionsfinanzierung der Länder insbesondere durch verbindliche Einführung leistungsbezogener Investitionspauschalen
- ⇒ für das Jahr 2009 wird eine anteilige Finanzierung der Tariflohnerhöhungen 2008 und 2009 ermöglicht
- ⇒ Verlängerung der Konvergenzphase um ein weiteres Jahr mit Abschlag für 2009 (Zielwert 10 %)
- ⇒ planmäßiger Wegfall des Abschlags in Höhe von 0,5 % vom Rechnungsbetrag bei Mehrleistungen gesetzlich krankenversicherter Patientinnen und Patienten (GKV-Rechnungsabschlag)
- ⇒ Einführung eines Sonderprogramms zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern; in drei Jahren schrittweise Aufbau einer anteiligen Finanzierung für bis zu 21.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst sowie Möglichkeit zur Erprobung neuer Arbeitsorganisationen
- ⇒ Einführung eines pauschalierenden tagesbezogenen Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen ab dem Jahr 2013, verbunden mit einer kurzfristigen Verbesserung der Finanzierung der Personalstellen nach der Psychiatrie-Personalverordnung
- ⇒ Im Rahmen des DRG-Vergütungssystems Überprüfung der Finanzierung von Zusatzkosten, die in Folge der ärztlichen Weiterbildung stehen

- ⇒ Sicherstellung der Finanzierung der Praxisanleitung für Auszubildende in der Krankenpflege und der Ausbildungsvergütung für Hebammen und Entbindungspfleger.

Zusätzlich wird über das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz der Krankenhausbetrieb um 3 Mrd. € entlastet. Im Einzelnen wurde geregelt:

- ⇒ Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser:
  - Ab dem Jahr 2009 werden die für die Jahre 2008 und 2009 tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen zu 50 % durch die Krankenkassen refinanziert, soweit diese Erhöhungen die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen überschreiten.
  - Das Statistische Bundesamt wird bis Mitte 2010 einen Orientierungswert ermitteln, der zeitnah die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich erfasst und voraussichtlich ab dem Jahr 2011 als Alternative zu bisherigen strikten Grundlohnbindung der Krankenhauspreise dienen kann.
  - Einführung eines Förderprogramms zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern, wodurch in drei Jahren bis zu 21.000 Stellen im Pflegedienst zu 90 Prozent durch die Krankenkassen finanziert werden.
  - Aufhebung des „Sparbeitrages“ (Rechnungsabschlag in Höhe von 0,5 %) zum Jahresbeginn 2009.
- ⇒ Grundsätzlich soll die Investitionsfinanzierung ab 2012 auf Investitionspauschalen umgestellt werden, wenn sich die Länder hierzu entscheiden. Dazu wird ein gesetzlicher Auftrag zur Entwicklung einer Reform der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch leistungsorientierte Investitionspauschalen bis Ende 2009 erteilt. Die näheren Einzelheiten des Verfahrens hierzu legen Länder und Bund fest. Die Selbstverwaltungspartner auf der Bundesebene und deren DRG-Institut werden mit der Kalkulation von Investitionsbewertungsrelationen beauftragt, um Ländern statt der bisherigen antragsbasierten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser eine Entscheidung für eine moderne, unternehmerisch orientierte Investitionsfinanzierung auf der Grundlage leistungsorientierter Investitionspauschalen zu ermöglichen.
- ⇒ Entwicklung und Einführung eines pauschalierten und tagesbezogenen Vergütungssystems für Leistungen der Psychiatrie und Psychosomatik. Eine erstmalige Abrechnung nach diesem neuen Entgeltsystem ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Zudem wird die Finanzierung der Psychiatrie verbessert, um Personalbesetzung in der Psychiatrie zu optimieren.
- ⇒ Die unterschiedlichen Landesbasisfallwerte werden in einem Zeitraum von fünf Jahren, beginnend im Jahr 2010, schrittweise in Richtung auf einen einheitlichen Basisfallwertkorridor angenähert. Von dieser Konvergenz wird eine Bandbreite (Korridor) in Höhe von +2,5 % bis -1,5 % um einen rechnerisch ermittelten einheitlichen Basisfallwert ausgenommen.
- ⇒ Verschiedene technische Regelungen, um das DRG-Vergütungssystem für den Regelbetrieb nach Abschluss der Konvergenzphase auszurichten.

Jede dritte Klinik in Deutschland schreibt rote Zahlen. Dies geht aus dem Krankenhaus-Barometer 2008 der Deutschen Krankenhausgesellschaft hervor. 2007 erzielte laut der Studie nur die Hälfte der Kliniken einen Überschuss, gut 17 % hatten ein ausgeglichenes Ergebnis. Für dieses und das kommende Jahr erwartet jedes zweite Krankenhaus eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Die Kostensteigerungen sind vor allem auf höhere Löhne (Tarifabschlüsse) zurückzuführen. Trotz des Hilfsprogramms der Bundesregierung bleibt 2008 und 2009 eine Finanzierungslücke von 6,7 Mrd. €. Mehr als 20.000 Arbeitsplätze müssten abgebaut werden. Andererseits entwickelt sich der Ärztemangel in den Kliniken zu einem gravierenden Problem. 4.000 Arztstellen sind unbesetzt.

### Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und z.B. beim Eintritt in den Ruhestand den freiwerdenden Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZs weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus. Außerdem kann damit ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten. Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/ Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein.

Mit dem Vertragsänderungsgesetz wurde der Gestaltungsspielraum für die MVZ zusätzlich erhöht. Seitdem steigt die Anzahl derartiger Einrichtungen und der dort behandelten Patienten kontinuierlich. Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung liegt die Gesamtzahl mittlerweile bei 1.325 (Stand 3. Quartal 2009).

Von den niedergelassenen Ärzten werden die MVZ nicht selten als Konkurrenz gesehen. Da diese oftmals in räumlicher Nähe zu Krankenhäusern zu finden sind, profitieren sie von der dort vorgehaltenen Infrastruktur und medizinischen Ausstattung, was unseres Erachtens letztlich auch zu einer stärkeren Anziehungskraft auf Patienten führen dürfte. Aus Patientensicht bieten MVZ erhebliche Servicevorteile gegenüber Einzelpraxen, wie etwa in Form von ausgeweiteten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass verschiedene Fachärzte unter einem Dach raumnah aufzufinden sind. Aus Sicht der Klinikbetreiber wird sicherlich der Mehrwert auch im höheren Nutzungsgrad teurer medizinischer Geräte gesehen. Hinzu kommt, dass ein kontinuierlicher Patientenstrom in die – möglichst eigenen – Kliniken gesichert wird.

Die überwiegende Mehrheit der MVZ befindet sich derzeit in der Trägerschaft von Vertragsärzten.

### Gesundheitsfonds 2009

Am 1. Januar 2009 wurde der Gesundheitsfonds eingeführt, der ein vom Bundesversicherungsamt verwaltetes Sondervermögen darstellt, in dem die zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehenen Mittel gesammelt werden. Hier fließen insbesondere die Beiträge aufgrund des künftig einheitlichen Beitragssatzes in Höhe von 15,5 % und der Steuerzuschuss des Bundes zusammen. Für das Jahr 2009 hat die Bundesregierung einen Steuerzuschuss von 4 Mrd. € zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen bewilligt. Ab dem Jahr 2010 werden sich die jährlichen Zahlungen jeweils um 1,5 Mrd. € erhöhen bis zum Gesamtbetrag von 14 Mrd. €. Die Krankenkassen erhalten aus dem Gesundheitsfonds Zuweisungen zur Finanzierung ihrer Ausgaben. Dabei ist zwischen Zuweisungen zur Deckung von Pflichtleistungen einer Krankenkasse, Zuweisungen für Satzungs- und Mehrleistungen, Zuweisungen für Aufwendungen zur Entwicklung und Durchführung der strukturierten Behandlungsprogramme und Zuweisungen zur Deckung von Verwaltungskosten zu unterscheiden. Die Zuweisungen für Pflichtleistungen werden dabei durch den Risikostrukturausgleich angepasst, um dem unterschiedlichen Versorgungsbedarf der Versicherten einer Krankenkasse Rechnung zu tragen. Zunächst erhält jede Krankenkasse für jeden Versicherten eine Grundpauschale in Höhe der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben in der GKV, die durch ein System von Zu- und Abschlägen angepasst wird.

Der neue Risikostrukturausgleich besteht insgesamt aus drei Säulen:

- ⇒ den Zu- und Abschlägen für Alter und Geschlecht,
- ⇒ den Zuschlägen bei Erwerbsminderung und
- ⇒ den Krankheitszuschlägen.

Für die 80 ausgewählten Krankheiten wurden vom Bundesversicherungsamt 106 Morbiditätsgruppen definiert, die für eine Krankheit nach Schweregrad in eine Hierarchie gebracht werden. Demzufolge erhält eine Krankenkasse mit vielen jungen Versicherten weniger Mittel aus dem Gesundheitsfonds als eine Krankenkasse mit vielen älteren und chronisch Kranken. Reichen die finanziellen Mittel aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, haben die Gesetzlichen Krankenkassen die Möglichkeit, von ihren Mitgliedern einen Zusatzbetrag zu fordern. Ebenso ist die Erstattung einer Prämie vorgesehen, wenn die Krankenkasse besonders wirtschaftlich gearbeitet hat.

#### **b) Entwicklung der Klinik Tett nang in 2009**

Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden zum 31. Dezember 2009 mit 31.880 T € ausgewiesen. Von diesen Vermögenswerten entfallen 22.061 T € und somit 69,2 % auf das Anlagevermögen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird zum Bilanzstichtag mit 11.604 T € ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 36,4 %. Die Sonderposten aus der Finanzierung des Anlagevermögens werden mit 9.700 T € ausgewiesen. Von den Verbindlichkeiten sind 6.722 T € langfristig finanziert. Die langfristigen Vermögenswerte sind somit insgesamt durch langfristiges Kapital finanziert.

Im Geschäftsjahr 2009 konnten die Umsatzerlöse von 19.914 T € auf 22.846 T € und somit um 14,7 % deutlich gesteigert werden. Korrespondierend haben sich die Personalkosten von 13.107 T € auf 14.581 T € und somit um 11,2 % erhöht. Für das Jahr 2009 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 519 T € ausgewiesen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat im Jahr 2009 708 T € betragen. Zusammen mit dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit hat der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zur Deckung des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit ausgereicht. Der Finanzmittelfonds konnte im Berichtsjahr von 6 T € auf 137 T € aufgebaut werden.

Mit Inbetriebnahme der Zentralen Aufnahme/Zentralen Notaufnahme konnten die Prozesse und Abläufe im Hause wesentlich verbessert werden. Diese Veränderungen sind inzwischen Routine. Steigende Patientenzahlen in der Zentralen Notaufnahme sprechen für die Akzeptanz auch bei den niedergelassenen Ärzten und der Bevölkerung.

Auch stationär entwickelten sich die Patientenzahlen überplanmäßig. Die steigenden stationären Patientenzahlen und die damit verbundenen Entgeltmehrforderungen konnten in der Entgeltverhandlung am 16.10.2009 mit einem zusätzlichen Budget von ca. 1,2 Mio. Euro realisiert werden.

Die Inbetriebnahme des Computertomographen zum 04.08.2009 bedeutet für das medizinische Leistungsspektrum der Klinik Tett nang einen großen Schritt nach vorne. Mit Inbetriebnahme des Computertomographen hat sich außerdem gezeigt, dass sich – in Verbindung mit dem Notarzt-Standort Tett nang – eine weitere Steigerung der Patientenzahlen ergibt.

Obwohl alle Voraussetzungen zur Teilnahme am sog. Verletztenartenverfahren erfüllt sind, wird der Antrag beim Landesverband Südwest der gesetzlichen Unfallversicherung dort immer noch geprüft.

Zum 01.01.2009 zogen eine HNO-Doppelpraxis sowie eine Logopädie in das 1. OG des neuen MVZ-Gebäudes als Mieter ein.

Gleichzeitig konnten den Hebammen neue Räumlichkeiten im MVZ-Gebäude zur Durchführung von Schulungen, Seminaren, Kursen etc. zur Verfügung gestellt werden. Dadurch konnte das Angebot in der Geburtshilfe wesentlich erweitert und damit die Geburtenzahl stabil gehalten werden.

Mit der am 24.03.2009 erhaltenen Zertifizierung zur „Lehrklinik Ernährungsmedizin“ haben wir gegenüber den umliegenden Krankenhäusern ein Alleinstellungsmerkmal. Die Re-Zertifizierung steht im Mai 2010 wieder an.

Für den zum 31.12.2008 ausgelaufenen Haustarifvertrag konnte mit ver.di am 24.02.2009 ein neuer Tarifvertrag mit Sanierungsbestandteilen bis 31.12.2010 fixiert werden. Die Personalkostensteigerungen aufgrund der Tarifsteigerung nach TVöD werden über das Erlösbudget nur zum Teil refinanziert. Weitere Maßnahmen mussten getroffen werden, um die Personalkosten zu senken. Beispiele sind die Gründung der Waldburg-Zeil Personal-service GmbH sowie eine weitere Übernahme von Funktionen in die bestehende Klinikdienste Tettngang GmbH.

Im Gespräch mit dem Sozialministerium wurden die Grundzüge der künftigen Struktur der Klinik Tettngang vereinbart. Nach Fortschreibung des Krankenhausplanes Baden-Württemberg wird die Klinik Tettngang künftig 140 Planbetten mit den Fachabteilungen Chirurgie, Frauenheilkunde/Geburtshilfe, Innere Medizin und HNO haben. Die Belegabteilung Urologie wird entfallen, d. h. diese Leistungen werden künftig konsiliarisch erbracht.

### **c) Künftige Entwicklung der Klinik Tettngang GmbH**

2010 dürften die Folgen der Finanzkrise auch die Gesundheitswirtschaft erreichen. Steigende Arbeitslosigkeit und damit verbunden geringere Einnahmen bei den Krankenkassen, die Auswirkungen des in 2009 eingeführten Gesundheitsfonds sowie rückläufige Steuereinnahmen in Verbindung mit einer hohen Schuldenlast der öffentlichen Hand dürften den Druck auf die Leistungsbringer deutlich erhöhen. Vor diesem Hintergrund geraten immer mehr Krankenhäuser aufgrund ineffizienter Strukturen und steigender Kosten in eine finanzielle Schieflage. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft waren in 2008 bereits rund 30 % der rund 2.100 Kliniken von der Insolvenz bedroht. Durch zusätzliche Erlössteigerungen in 2009 reduzierte sich dieser Anteil schätzungsweise um rund die Hälfte auf 15 %. 2010 dürfte sich der Anteil jedoch wieder deutlich erhöhen. Haupttreiber auf der Kostenseite sind Steigerungen bei den Personalkosten sowie der Sachkosten. Die in vielen Häusern seit längerer Zeit dringend nötigen Investitionen werden weiter verschoben. Der Investitionsstau liegt nach Berechnungen des RWI derzeit bei rund 10 Mrd. € (die DKG geht sogar von bis zu 50 Mrd. € aus). Die Einführung des sogenannten DRG-Systems (Diagnose-bezogene Fallgruppen) erhöht den Kostendruck zusätzlich, insbesondere auf bereits weniger effizient laufende Krankenhäuser. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es 2010/2011 zu einer erneuten Privatisierungswelle im deutschen Krankenhausmarkt kommen wird.

Die Haupttreiber für eine Privatisierungswelle sind:

- ⇒ Drastisch sinkende Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden
- ⇒ Anhaltend sinkende staatliche Fördermittel
- ⇒ Steigender Kostendruck (Lohn- und Sachkosten) gekoppelt mit oft ineffizienten Strukturen
- ⇒ Einführung des DRG-Systems
- ⇒ Investitionsstau in Höhe von mindestens rd. 10 Mrd. € (lt. RWI)

Grundregelversorgungskrankenhäuser dürften dabei vermutlich als erste potenzielle Übernahmeziele auf den Markt kommen. Doch auch Universitätskliniken (wie zuletzt gesehen bei den Unikliniken Gießen/Marburg) könnten vermehrt in private Hand kommen. Ferner muss davon ausgegangen werden, dass es auch zu Übernahmen kleinerer privater Krankenhausbetreiber kommen wird. Ebenfalls vorstellbar ist ein weiterer Ausbau von Krankenhausverbänden - nicht nur bei den privaten Betreibern. Doch einige Krankenhäuser werden wohl auch ganz schließen müssen. Eine Marktbereinigung von bis zu 15 % bis 2020 erscheint hier realistisch. Das Voranschreiten des Konsolidierungsprozesses sowie der Privatisierung dürften in den kommenden zehn Jahren zu einer Verdopplung der privaten Bettenzahl führen.

Insbesondere die in Deutschland agierenden großen privaten Klinikbetreiber wie die Rhön-Klinikum AG – als reiner Klinikbetreiber – und Fresenius SE, insbesondere mit ihrer Krankenhaussparte HELIOS, dürften von den aktuellen Entwicklungen profitieren und ihren Marktanteil von derzeit jeweils rund 3 % auf etwa 8 % weiter ausbauen können. Allein über ihre Größe und das bereits vorhandene Kliniknetzwerk können sie entsprechende Skaleneffekte generieren. Ferner verfügen sie (nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zum Kapitalmarkt) über die nötigen finanziellen Mittel, um auch größere Häuser oder sogar kleinere Klinikketten in ihr Portfolio mit aufzunehmen und die nötigen Investitionen leisten zu können.

Regional betrachtet dürften sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Krankenhausfälle ergeben. Unterschiede in der Altersstruktur und der unterschiedlichen regionalen Bevölkerungsentwicklung dürften sich hier bemerkbar machen. Da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Süden Brandenburgs ein Bevölkerungsrückgang erwartet wird, sollten sich in diesen Regionen auch die Krankenhausfälle rückläufig entwickeln. Der stärkste Zuwachs dürfte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland, West Niedersachsen und Berlin zu erwarten sein.

Bis Ende letzten Jahres war im Akutbereich davon auszugehen, dass ab 2009 die Konvergenzphase endet und die drei Akutkliniken sich ab 2009 im „Echtbetrieb“ befinden. Damit wären ab diesem Jahr alle erbrachten Leistungen zu 100% vergütet worden. Aufgrund der politischen Entscheidung, die Konvergenzphase um ein weiteres Jahr zu verlängern, herrschte im Akutbereich bis Mitte des Jahres Unsicherheit, zumal nur vorgegeben war, dass die Akutkliniken einen gewissen Abschlag (Rabatt) auf die Mehrleistungen hinnehmen müssen (Vorschlag der Verbände waren 10 %). Durch die langwierigen Verhandlungen der Verbände zum Landesbasisfallwert waren die Budgetverhandlungen in 2009 spät terminiert (ab Juli). Nach den ersten Verhandlungen und Schiedsstellenverfahren war klar, dass sich der tatsächliche Abschlag auf die Mehrleistungen zwischen 20 % und 30 % bewegt. Nach Abschluss der Verhandlungen hat sich für unsere Akutkliniken ein Mehrleistungsabschlag von 20 % ergeben.

Für die Klinik Tettang wurde in der geführten Entgeltverhandlung für das Jahr 2010 bereits eine Einigung erzielt. Das Budget konnte auf Grund der in den ersten vier Monaten erbrachten Leistungen um 0,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden.

Um in der künftigen regionalen Gesundheitsversorgung eine bedeutende Rolle spielen zu können und den Kostenträgern einen entsprechenden Gegenpart zu bieten, ist eine intensivere Vernetzung mit den regionalen Marktführern sowie ein anorganisches Wachstum unerlässlich.

#### d) Risikobericht

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tettang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d.h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wurde konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ⇒ Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Kliniken Tettang ausschließlich auf dem inländischen Gesundheitsmarkt tätig und außenwirtschaftliche Faktoren von untergeordneter Bedeutung sind.
- ⇒ Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng verknüpft mit der staatlichen Gesundheitspolitik und der Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst. Allerdings werden innerhalb dieser Branche Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifverhandlungen differenziert beurteilt.
- ⇒ Es bestehen die klassischen Markt- oder Absatzrisiken. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau und Ausbau sektorübergreifender Netzwerke, kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden. Durch die Einführung von trägerübergreifenden Komplexangeboten und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, niedergelassene Ärzte) und zum anderen ein Gegengewicht zur Preisentwicklung geschaffen werden.
- ⇒ Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien aufgrund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft. Durch regelmäßige und systematische Mitarbeiterschulungen, strenge Überwachung von Aufbau- und Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unseren zentralen Geschäftsbereich Produkt/Qualität der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu.

Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßig überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Klinik Tettang nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten beispielsweise bei speziellen Gerätschaften schätzen wir als nicht bedeutsam ein. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung betrachten wir als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme.

Die Klinik Tettngang zählt zum Dienstleistungssektor. Ihr wirtschaftlicher Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unmotivierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger MitarbeiterInnen wird in den Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten. Mit dem Gesamtbetriebsrat wird über flexible Lösungen zur Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Waldburg-Zeil Kliniken verfolgen die Strategie einer dezentralen Ergebnisverantwortung bei hoher Wissenskommunikation. Eine weit gefasste unternehmerische Selbstverantwortung soll die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Belastungen in Form von wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken minimieren. Die regelmäßige Gegenüberstellung von Vorjahreswerten und Planwerten erlaubt es, abweichende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wo angebracht, korrigierend einzugreifen.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysieren wir regelmäßig auch unseren Debitorenbestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen wird sichergestellt, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg wird den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zugemessen.

Für die vorgenommene Überprüfung der Risikolage kommt die Klinik Tettngang GmbH zu dem Gesamtergebnis, dass keine bestandsgefährdende Risiken bestehen.

Tettngang, den 16. Juni 2010

- Die Geschäftsführer -  
Ellio Schneider

Jürgen Sachsenmaier

#### **10. Abschlussprüfer**

RSW Treuhand GmbH

## Bilanz der Klinik Tettang GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009 Aktiva	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Anlagevermögen</b>						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	400,0	1,3	534,7	1,6	141,8	0,5
2. Geleistete Anzahlungen	1,4	0,0	5,2	0,0	222,5	0,8
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	17.928,8	56,2	18.909,9	56,2	14.535,5	52,0
2. Technische Anlagen u. Maschinen	782,4	2,5	812,6	2,4	975,0	3,5
3. Einrichtungen und Ausstattungen	2.873,5	9,0	3.052,6	9,1	2.183,3	7,8
4. Anlagen im Bau	0,0	0,0	125,1	0,4	1.039,5	3,7
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Genossenschaftsanteile	75,5	0,2	50,5	0,2	50,5	0,2
2. Beteiligungen						
	<b>22.061,5</b>	<b>69,2</b>	<b>23.490,6</b>	<b>69,8</b>	<b>19.148,1</b>	<b>68,5</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	561,0	1,8	646,0	1,9	287,2	1,0
2. Unfertige Leistungen	157,9	0,5	199,9	0,6	119,7	0,4
3. Waren						
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	3.231,0	10,1	3.031,0	9,0	2.957,8	10,6
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	561,3	1,8	1.045,0	3,1	2,1	0,0
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	0,0	0,0	0,0	0,0	10,1	0,0
5. Sonstige Vermögensgegenstände	437,1	1,4	518,7	1,5	397,3	1,4
6. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	36,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	136,9	0,4	6,5	0,0	297,8	1,1
	<b>5.121,7</b>	<b>16,1</b>	<b>5.447,2</b>	<b>16,2</b>	<b>4.072,1</b>	<b>14,6</b>
<b>C. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung</b>	<b>2.648,1</b>	<b>8,3</b>	<b>2.588,6</b>	<b>7,7</b>	<b>2.529,1</b>	<b>9,0</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
<u>I. Disagio</u>						
<u>II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</u>	<b>2.049,0</b>	<b>6,4</b>	<b>2.127,0</b>	<b>6,3</b>	<b>2.205,0</b>	<b>7,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.880,4</b>	<b>100,0</b>	<b>33.653,4</b>	<b>100,0</b>	<b>27.954,3</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Klinik Tettang GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	300,0	0,9	300,0	0,9	300,0	1,1
II. Kapitalrücklage	14.106,9	44,2	14.106,9	41,9	14.106,9	50,5
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.283,7	-7,2	-1.789,2	-5,3	-1.014,6	-3,6
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-519,4	-1,6	-494,5	-1,5	-774,5	-2,8
	<b>11.603,7</b>	<b>36,4</b>	<b>12.123,2</b>	<b>36,0</b>	<b>12.617,7</b>	<b>45,1</b>
<b>B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen</b>						
1. Sonderposten für Förderungsmittel nach dem KHG	8.296,4	26,0	7.043,1	20,9	7.526,7	26,9
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.403,0	4,4	1.726,2	5,1	409,7	1,5
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	1,0	0,0	1,8	0,0	3,2	0,0
	<b>9.700,4</b>	<b>30,4</b>	<b>8.771,2</b>	<b>26,1</b>	<b>7.939,6</b>	<b>28,4</b>
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	1.039,0	3,3	829,8	2,5	1.009,4	3,6
	<b>1.039,0</b>	<b>3,3</b>	<b>829,8</b>	<b>2,5</b>	<b>1.009,4</b>	<b>3,6</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. gegenüber Kreditinstituten	4.500,0	14,1	6.342,7	18,8	0,0	0,0
II. aus Lieferung und Leistung	682,3	2,1	1.995,4	5,9	1.262,8	4,5
III. gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. gegenüber Gesellschaftern	3.825,9	12,0	2.755,1	8,2	3.865,9	13,8
VI. nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	78,8	0,2	236,9	0,7	904,9	3,2
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	419,6	1,3	561,7	1,7	309,6	1,1
	<b>9.506,5</b>	<b>29,8</b>	<b>11.891,8</b>	<b>35,3</b>	<b>6.343,3</b>	<b>22,7</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
<b>G. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung</b>	<b>30,6</b>	<b>0,1</b>	<b>37,4</b>	<b>0,1</b>	<b>44,2</b>	<b>0,2</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.880,4</b>	<b>100,0</b>	<b>33.653,4</b>	<b>100,0</b>	<b>27.954,3</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Tettngang GmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008,00		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	22.846,3	96,3	19.914,8	95,6	18.534,6	96,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-42,0	-0,2	80,2	0,4	-74,1	-0,4
3. andere aktivierte Eigenleistungen				0,0		0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	932,0	3,9	843,8	4,0	781,8	4,1
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>23.736,3</b>	<b>100,0</b>	<b>20.838,8</b>	<b>100,0</b>	<b>19.242,3</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.482,3	13,9	2.996,4	13,5	3.067,8	14,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	760,7	3,0	890,5	4,0	959,1	4,6
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	11.915,1	47,5	10.354,8	46,8	9.442,0	45,5
b) Soziale Abgaben	2.665,7	10,6	2.752,7	12,4	2.535,7	12,2
8. Abschreibungen				0,0		0,0
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.116,7	8,4	1.747,3	7,9	1.570,4	7,6
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	500,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten				0,0		0,0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.618,6	14,4	3.394,4	15,3	3.197,9	15,4
<b>11. Gesamtaufwand</b>	<b>25.059,0</b>	<b>100,0</b>	<b>22.136,1</b>	<b>100,0</b>	<b>20.772,8</b>	<b>100,0</b>
<b>12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-1.322,7</b>	<b>-5,6</b>	<b>-1.297,3</b>	<b>-6,2</b>	<b>-1.530,6</b>	<b>-8,0</b>
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.168,0		1.864,7		366,2	
17. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	59,5		59,5		59,5	
18. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.149,8		932,4		738,4	

19. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	6,8	6,8	6,8
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51,0	42,3	43,8
21. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme			
22. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-2.073,3	-1.781,8	-283,6
23. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagevermögen	-94,7	-82,9	-82,7
24. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-462,8	-230,5	-91,3
<b>25. Finanzergebnis</b>	<b>804,4</b>	<b>810,5</b>	<b>757,2</b>
<b>26. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-518,3</b>	<b>-486,8</b>	<b>-773,4</b>
27. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen	0,0	-6,5	0,0
28. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,3	0,0
29. Sonstige Steuern	-1,1	-1,6	-1,2
<b>30. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>-519,4</b>	<b>-494,5</b>	<b>-774,5</b>
31. Einstellung in Gewinnrücklagen			
32. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)			
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>-519,4</b>	<b>-494,5</b>	<b>-774,5</b>

## Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragungsdatum Handelsregister:	8. März 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	10. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis.

Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Friedrichshafen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bruderhaus Diakonie	15.000	30 %
Pauline 13 e.V.	15.000	30 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie,	10.000	20 %
Landkreis Bodenseekreis	5.000	10 %
Stadt Friedrichshafen	5.000	10 %
	50.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Herr Ulrich Ott

## **5. Öffentlicher Zweck**

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft „Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis“ gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägerschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

## **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

## **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 50.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Seit dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem Zinssatz von 2,5 %.

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 80.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

## **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

	2009	2008	2007	2006	2005
Angestellte	25	15	14	15	12

## **9. Lagebericht**

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

- ⇒ Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
- ⇒ Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
  - Tagesstrukturierende Angebote
  - Niederschwellige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II
- ⇒ Vermietung

### **a) Werkstatt (WfbM)**

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

- ⇒ Industriemontage
- ⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
- ⇒ Küche, Cafe und Catering

## ⇒ Hausmeisterservice

Die Werkstatt des GpZ erreichte bei den Einnahmen aus Produktion und Dienstleistungen trotz Wirtschaftskrise ein zufriedenstellendes Ergebnis. Wichtig war, dass für die insgesamt 160 behinderten Mitarbeiter genügend Aufträge und somit eine ganzjährige Beschäftigung und Betreuung am Arbeitsplatz gewährleistet war.

Die WfbM erzielte in 2009 ein Produktionsergebnis von 393 T € (Vj. 489 T €).

Die Einnahmen verteilen sich auf die Bereiche industrielle Fertigung 201 T € (Vj. 314 T €), Bürodienstleistung 68 T € (Vj. 75 T €), Küche und Hauswirtschaft 111 T € (Vj. 100 T €) sowie auf den neuen Bereich Hausmeisterservice mit 13 T €.

Der Rückgang bei den Einnahmen aus Produktion und Dienstleistung gegenüber dem Vorjahr um 96 T € ist durch den Auftragsrückgang in der industriellen Fertigung begründet, da dieser Bereich unmittelbar von der Industrie und somit von der aktuellen wirtschaftlichen Lage abhängig ist. Dies gilt besonders für die Region Bodensee/Oberschwaben, wo verhältnismäßig viele beschützte Werkstätten sich in Konkurrenz um Montageaufträge aus der Industrie bewerben.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zeigt sich sehr deutlich, dass neben der absolut notwendigen industriellen Auftragszuweisung unbedingt weitere Angebotsfelder bezogen auf die regionalen Marktnachfragen entwickelt werden müssen. So können plötzliche Auftrags-einbrüche zumindest teilweise abgedeckt werden.

Das GpZ hat sich auch aus diesem Grunde entschieden, in 2009 das Dienstleistungsangebot durch einen Hausmeisterservice zu erweitern. Angestrebt wird eine Gruppe mit zwei hauptamtlichen und zehn betreuten Beschäftigten, die Aufträge kommen sowohl aus dem gewerblichen als auch aus dem privatwirtschaftlichen Bereich.

Die Abteilung Bürodienstleistung hatte in 2009 eine durchgängige Beschäftigungslage für 15 Klienten. Gerade dieser Bereich ist durch seine qualitativ hochwertigen EDV-Arbeitsplätze sehr intensiv an der Schulung und Qualifizierung im Rahmen des Berufsbildungsbereiches für die behinderten Mitarbeiter eingebunden. Der Umgang mit den aktuellen EDV-Programmen sowie die Einarbeitung in komplexe Archivierungsprogramme wird hier als Grundhandwerkszeug vermittelt.

Die Küchenabteilung des GpZ war auch in 2009 voll ausgelastet. In dieser Abteilung wird neben der direkten Arbeit für die Essenszubereitung ebenfalls ein großer Schwerpunkt auf die Qualifizierung und berufliche Bildung gelegt. In der Kombination mit dem auch für die Öffentlichkeit zugänglichen Cafe im Erdgeschoss arbeitet das Fachpersonal sehr intensiv mit den Klienten an der Einhaltung von Qualitätsstandards und einem der Gastronomie angepassten serviceorientierten Umgang mit der Kundschaft.

In 2009 waren in der WfbM im Durchschnitt 83 psychisch behinderte Personen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 68 im Arbeitsbereich und 15 im Berufsbildungsbereich.

Für die Betreuung dieser Plätze wurden Werkstattdatzeinnahmen von insgesamt 1.034 T € (Vj. 917 T €) erzielt, davon 794 T € (Vj. 726 T €) im Arbeitsbereich und 240 T € (Vj. 191 T €) im Berufsbildungsbereich. Zusammen mit dem Produktionsergebnis konnte die WfbM Einnahmen in Höhe von 1.427 T € (Vj. 1.406 T €) verbuchen.

Dieses Ergebnis entspricht in etwa dem Vorjahresniveau und kann unter Berücksichtigung der reduzierten Auftragslage seitens der örtlichen Industrie als sehr erfreulich bezeichnet werden.

**b) Tagesstätte**

Die Tagesstätte im GpZ-FN hatte auch in 2009 eine sehr hohe Klientenfrequenz. Mehr als 80 Personen besuchen täglich die Tagesstätte und nehmen die vielseitigen Angebote wahr.

Diese Angebote dienen überwiegend dazu, psychisch behinderte Menschen durch einen niederschweligen Zugang zu erreichen, sie bei Krisen zu begleiten und bei der Gestaltung des Tagesablaufes zu helfen. Aus dem Konzept der gemeindepsychiatrischen Versorgung ist die Tagesstätte nicht mehr weg zu denken, es werden mittlerweile mehr Klienten betreut als beispielsweise in der WfbM.

Die pauschale Tagesstättenfinanzierung durch die Eingliederungshilfe des Bodenseekreises deckt den groben Kostenrahmen ab. Einige Angebote der Tagesstätte werden gemeinsam mit den Wohnbereichen des Zentrums für Psychiatrie Süd-Württemberg, der Bruderhaus Diakonie und den ambulanten Diensten der Pauline 13 erbracht und finanziert.

Die zusätzlich vom Landkreis finanzierte Zuverdienstmaßnahme mit dem Ziel, Belastungsfähigkeit zu trainieren und beruflichen Perspektiven abzuklären, wird sehr gut angenommen. Insgesamt wurden in dieser Maßnahme 36 Personen betreut. Die neun Plätze, die für diese Stabilisierungs- u. Orientierungsmaßnahme zur Verfügung standen, waren durchgängig belegt.

An den zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten nach SGB II, welche vom Amt für Hilfen zur Arbeit finanziert wurden, haben insgesamt 56 Personen teilgenommen, die Verweildauer war dabei zwischen 3-12 Monaten sehr unterschiedlich. Die Beschäftigungsfelder für diesen Personenkreis waren die Bereiche Bürodienstleistung, Küche und Hauswirtschaft sowie die industriellen Montage mit den unterschiedlichsten Schwierigkeitsstufen. Es standen 40 Plätze zur Verfügung, die über die Fallmanager des Amtes für Hilfen zur Arbeit komplett belegt wurden.

Die gemeinsame Hilfeplanung zwischen dem Landratsamt Bodenseekreis, dem GpZ und den im Gemeindepsychiatrischen Verbund tätigen Partnern klappt im Bodenseekreis hervorragend und ermöglicht einen personenzentrierten Ansatz in der Versorgung der betroffenen Personen. Besonders für Menschen mit einem hohen Hilfebedarf bedeutet dies die Chance auf einen Arbeitsplatz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die gesamten Einnahmen für die geschilderten Maßnahmen der Tagesstätte belaufen sich auf 307 T €.

### **c) Vermietung**

Die Mietflächen in den Beratungs- und Behandlungsebenen waren ganzjährig vermietet. Hinzu kommen die Vermietung des Normaladens sowie die Pacht für das Kino „Scala“. Insgesamt beliefen sich die Mieteinnahmen mit Nebenkosten auf 136 T €, sie sind kostendeckend.

### Geschäftsverlauf

Das Jahr 2009 war das sechste Jahr in den Räumlichkeiten des ehemaligen Möbelhauses „Weiler“ und dem seit 2008 erworbenen Kinogebäude.

Wirtschaftlich und inhaltlich betrachtet war 2009 trotz Wirtschaftskrise ein gutes Jahr und die Ziele des Wirtschaftsplanes wurden erreicht.

Durch den Ausbau der niederschweligen Arbeitsgelegenheiten in Kooperation mit dem Landkreis hat sich das GpZ neben der Werkstatt perspektivisch ein weiteres wichtiges Standbein geschaffen. Allerdings läuft die Vereinbarung mit dem Amt für Hilfen zur Arbeit über die Arbeitsgelegenheiten zum Ende des Jahres 2010 aus und muss neu verhandelt werden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Klientenzahl noch einmal gesteigert. In der Werkstatt stieg die Zahl von 77 auf 83 Beschäftigte. Diese Platzzahl entspricht den Belegungsprognosen, die auch Grundlage für die wirtschaftliche Planung sind.

Zusammen mit den Bereichen Zuverdienst und Arbeitsgelegenheiten war die GpZ FN gGmbH Arbeitgeber für 160 Menschen, die auf dem bestehenden Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden können.

Um einen Teil der Klienten auf den ersten Arbeitsmarkt vermitteln zu können, gab es dauerhaft gezielte Angebote wie Übergängergruppen, Arbeitserprobungen und betreute Praktika. Trotz dieser Bemühungen ist es enorm schwer, erfolgreiche Vermittlungen zu realisieren. Der steigenden Klientenzahl wurden beim Fachpersonal durch Neuanstellungen bzw. Übernahme von Arbeitstherapeuten nach ihrem Anerkennungsjahr Rechnung getragen. Die Personalkosten haben sich gegenüber 2008 um 76 T € erhöht. Am Ende des Jahres waren ca. 22 Vollstellen mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt. Hinzu kommen zwei geringfügig Beschäftigte, zwei Zivildienstleistende und einige Aushilfskräfte.

#### d) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr 2009 auf 1.870 T €. Dies bedeutet eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 62 T € (Vj. 3,4 %). Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstattsätze mit insgesamt 1.034 T €. Hiervon entfallen 794 T € auf den Arbeitsbereich und 240 T € auf den Berufsbildungsbereich. An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit 393 T €. Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Kooperationen, Vereinbarungen und zusätzlichen Angeboten Einnahmen in Höhe von 307 T €. Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 136 T €.

Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten in Höhe von 856 T € bei den hauptamtlich Beschäftigten inklusive der Aushilfen. Bei den WfbM-Beschäftigten und im Zuverdienst wurden 210 T € ausbezahlt, die Sozialaufwendungen für die behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden.

Die Betriebskosten summierten sich gesamt auf 1.478 T €, davon betragen die Abschreibung 206 T € und die Zinsen 48 T €.

Der Abschluss 2009 weist somit einen Jahresüberschuss von insgesamt 322 T € aus. Der Jahresüberschuss wird mit 49 T € in andere und mit 273 T € in die gesetzlichen Rücklagen eingestellt.

Das GpZ Friedrichshafen erreichte in seinem sechsten Betriebsjahr mit diesem Ergebnis ein sehr gutes Ergebnis und konnte die Ziele des Wirtschaftsplanes im Ganzen betrachtet noch übertreffen.

#### e) Umsatzerlös / Gesamtleistung

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Veränderungen zum Vorjahr	Veränderungen zum Vorjahr in %
2009	1.870 T €	+ 62 T €	+ 3,4 %
2008	1.808 T €	+ 184 T €	+ 11,3 %
2007	1.624 T €	+ 56 T €	+ 3,5 %

Die Umsatzerlöse 2009 sind gegenüber 2008 um 3,4 % von 1.808 T € auf 1.870 T € gestiegen.

#### f) Jahresergebnis

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2009	1.870 T €	+ 322 T €	+ 17 %
2008	1.808 T €	+ 424 T €	+ 23 %
2007	1.624 T €	+ 437 T €	+ 27 %

**g) Personal**

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 22 Vollstellen besetzt. Die drei Arbeitserzieher im laufenden Anerkennungsjahr wurden alle übernommen. Hinzu kam eine neue Anerkennungspraktikantin.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalkosten bei den hauptamtlichen Beschäftigten um ca. 76 T €, das entspricht einer Teilaufstockung um drei Stellen im therapeutischen Bereich und im Sozialdienst, dagegen blieben Verwaltung und Geschäftsleitung mit 1,5 Stellen unverändert.

	Umsatzerlöse bzw. Gesamtleistung	Personalkosten	Personalkosten in % der Gesamtleistung
2009	1.870 T €	1.066 T €	57 %
2008	1.808 T €	998 T €	55 %
2007	1.624 T €	821 T €	51 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 856 T €, an die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 210 T € ausbezahlt, in Summe 1.066 T €. Gerechnet an den Gesamtkosten von 1.430 T € machen die Personalkosten einen Anteil von 75% aus

**h) Finanzmittelbestand**

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

⇒ Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von	+ 395 T €
⇒ Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-67 T €
⇒ Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	+ 17 T €

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2009 bei 925 T € und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 345 T € gestiegen.

	Bilanzsumme	Finanzmittelbestand	Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme
2009	6.194 T €	925 T €	14,93 %
2008	5.975 T €	580 T €	9,71 %
2007	5.570 T €	1.360 T €	24,42 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

**i) Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital**

	Bilanzsumme	Anlagevermögen in € / %	Abschreibung	Fremdkapital in € / %
2009	6.194 T €	4.971 T € / 80 %	206 T €	2.194 T € / 35 %
2008	5.975 T €	5.110 T € / 86 %	188 T €	2.319 T € / 39 %
2007	5.570 T €	4.032 T € / 72 %	177 T €	2.374 T € / 43 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 4.971 T € wird folgendermaßen aufgeteilt:

Grundstücke und Bauten	4.632 T €
Technische Anlagen	73 T €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	266 T €

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 206 T €.

**j) Eigenkapital**

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in % der Bilanzsumme
2009	6.194 T €	2.610 T €	42,14 %
2008	5.975 T €	2.288 T €	38,30 %
2007	5.570 T €	1.864 T €	33,50 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2009 bei 2.610 T €.

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt:

	Bilanzsumme	EK + SoPo	EK + SoPo in % der Bilanzsumme
2009	6.194 T €	4.000 T €	64,58 %
2008	5.975 T €	3.656 T €	61,20 %
2007	5.570 T €	3.196 T €	57,38 %

**k) Chancen- und Risikobericht**

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft GPV sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit der Eingliederungshilfe, der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut. Auch im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

In 2010 müssen die Leistungsvereinbarungen mit dem Amt für Hilfen zur Arbeit neu verhandelt werden. Die von der Bundesregierung im Zuge der Sparkommissionen bis dahin neu getroffenen Neuregelungen bezüglich der SGB II Neuorganisation (Harz-Reform) können auf diese Verhandlungen gravierende Auswirkungen haben.

Für weitere Unruhe sorgt die Tatsache, dass auf Anweisung der Bundesanstalt für Arbeit, die Regionaldirektionen keine Bescheide hinsichtlich der Aufnahme in den Berufsbildungsbereich erlassen. Dies würde sozusagen einen sofortigen Bewilligungs- und Aufnahmestopp im Berufsbildungsbereich bedeuten.

Das GPZ rechnet in 2010 und 2011 mit weiteren Kürzungen seitens der öffentlichen Mittel.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

**m) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

### **n) Prognosebericht**

In seinem fünften Betriebsjahr hat das GpZ Friedrichshafen den Kurs der Konsolidierung weiter eingehalten und seine wirtschaftliche Grundlage noch einmal verbessert.

Die Auslastung war sehr gut.

Das GpZ Friedrichshafen hat es auch in 2009 geschafft, neben dem Arbeitsbereich und dem qualifizierenden Berufsbildungsbereich der Werkstatt sein Leistungsspektrum durch Kooperationen sowie durch zusätzliche niederschwellige Leistungsangebote zu erweitern.

In einem möglichst breit angelegten Maßnahmen-, Dienstleistungs- und Produktionsangebot liegt für das GpZ die Chance einer nachhaltigen Entwicklung, die den Bedürfnissen der Klienten gerecht aber auch den Anforderungen des Marktes stand halten kann. Hierbei setzt das GpZ Friedrichshafen in Zukunft noch stärker und ganz gezielt auf geeignete Kooperationen mit zuverlässigen Partnern aus dem sozialen und industriellen Bereich. In diesen Planungen spielt auch die Auslagerung von kleineren Arbeitseinheiten direkt zum Auftraggeber bzw. zum Kooperationspartner eine immer wichtigere Rolle. Hierzu gibt es schon ganz konkrete Projekte, die sich zum Teil auch schon erfolgreich in der Probephase befinden.

Der für die Jahre 2011 und 2012 geplante Neubau auf dem Kinogrundstück wird sich voraussichtlich um drei bis fünf Jahre verschieben. Die aktuelle Situation der öffentlichen Haushalte macht eine Förderung gemäß der im Finanzierungsplan vorgesehenen Höhe in den nächsten drei Jahren nicht möglich.

Für das GpZ bedeutet dies jedoch keine Stagnierung und auch keinen Anlass für einen strategischen Planungswechsel. Die gesamte Entwicklungsplanung wird zusammen mit allen beteiligten Partnern auf diesen neuen Zeitplan abgestimmt. Das jetzige Kinogebäude ermöglicht dem GpZ in der Zwischenzeit dennoch die Möglichkeit zur räumlichen Erweiterung. Sobald die positiven Signale aus den entscheidenden Finanzabteilungen kommen, wird die Neubauplanung wieder aktiviert.

Das GpZ wird sich auch in den folgenden Jahren weiter zu einem integrativen und lebendigen Zentrum für Menschen mit einer psychischen Behinderung entwickeln. Die Grundaufgabe ist der Aufbau eines personenzentrierten, vernetzten und vielfältigen ambulanten Angebotes mit dem Ziel, Lebensqualität und Autonomie der betroffenen Menschen zu schaffen, zu steigern oder aber so lange wie möglich zu erhalten.

Ein nachweislich deutlicher Rückgang bei der stationären Krankenhausbehandlung, eine geringe Zahl von Heimplätzen für Menschen mit einer psychischen Behinderung sowie die hohe Frequenz und Akzeptanz des GpZ seitens der Klienten unterstreichen den richtigen Ansatz dieses gemeindenahen und integrativen Versorgungskonzeptes im Bodenseekreis.

Friedrichshafen, den 28. Juni 2010

Ulrich Ott, Geschäftsführer

### **10. Abschlussprüfer**

Merz & Auer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt, Ravensburg

## Bilanz der GpZ Friedrichshafen gmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	35,4	0,6	34,5	0,6	1,5	0,0
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	4.632,1	74,8	4.721,8	76,2	3.737,2	60,3
2. Anlagen und Maschinen	72,9	1,2	83,1	1,3	88,8	1,4
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	230,5	3,7	270,3	4,4	204,5	3,3
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Genossenschaftsanteile	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
	<b>4.970,9</b>	<b>80,3</b>	<b>5.109,8</b>	<b>82,5</b>	<b>4.031,9</b>	<b>65,1</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6,0	0,1	5,5	0,1	6,8	0,1
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
<u>II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	129,8	2,1	148,6	2,4	121,6	2,0
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	15,3	0,2	35,2	0,6	12,0	0,2
5. Sonstige Vermögensgegenstände	146,0	2,4	91,7	1,5	34,1	0,6
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>						
	924,7	14,9	579,9	9,4	1.360,0	22,0
	<b>1.221,9</b>	<b>19,7</b>	<b>860,9</b>	<b>13,9</b>	<b>1.534,6</b>	<b>24,8</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	4,1	0,1	3,4	0,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>6.194,0</b>	<b>100,0</b>	<b>5.974,8</b>	<b>100,0</b>	<b>5.569,9</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	0,8	50,0	0,8	50,0	0,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	2.230,3	36,0	1.957,4	32,8	1.595,6	28,6
2. Andere Gewinnrücklagen	329,6	5,3	280,2	4,7	217,9	3,9
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	<b>2.609,9</b>	<b>42,1</b>	<b>2.287,6</b>	<b>38,3</b>	<b>1.863,5</b>	<b>33,5</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	<b>1.390,3</b>	<b>22,4</b>	<b>1.367,6</b>	<b>22,9</b>	<b>1.331,8</b>	<b>23,9</b>
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	56,9	0,9	58,2	1,0	57,2	1,0
	<b>56,9</b>	<b>0,9</b>	<b>58,2</b>	<b>1,0</b>	<b>57,2</b>	<b>1,0</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	688,2	11,1	743,2	12,4	798,3	14,3
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	15,9	0,3	19,9	0,3	12,0	0,2
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	597,4	9,6	628,5	10,5	598,9	10,8
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	832,7	13,4	869,6	14,6	908,1	16,3
	<b>2.134,3</b>	<b>34,5</b>	<b>2.261,3</b>	<b>37,8</b>	<b>2.317,3</b>	<b>41,6</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2,7</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>6.194,0</b>	<b>100,0</b>	<b>5.974,8</b>	<b>100,0</b>	<b>5.569,9</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	1.870,5	87,5	1.807,6	85,8	1.623,6	93,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	97,2	0,0	88,7	4,2	83,0	4,8
3. andere aktivierte Eigenleistungen	119,9	0,0	124,5	5,9	0,0	0,0
4. sonstige betriebliche Erträge	51,1	2,4	86,0	4,1	32,9	1,9
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>2.138,7</b>	<b>100,0</b>	<b>2.106,8</b>	<b>100,0</b>	<b>1.739,5</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	94,8	5,4	84,3	5,1	71,7	5,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	34,6	2,1	1,3	0,1
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	909,7	51,5	853,8	52,0	695,2	54,4
b) Soziale Abgaben	175,5	9,9	148,7	9,1	132,3	10,4
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	206,2	11,7	188,0	11,4	176,6	13,8
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten	119,9	6,8	124,5	7,6	0,0	0,0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	259,3	14,7	208,8	12,7	200,8	15,7
<b>11. Gesamtaufwand</b>	<b>1.765,3</b>	<b>100,0</b>	<b>1.642,6</b>	<b>100,0</b>	<b>1.277,8</b>	<b>100,0</b>
<b>12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>373,3</b>	<b>17,5</b>	<b>464,2</b>	<b>28,3</b>	<b>461,7</b>	<b>36,1</b>
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12,5		26,1		38,5	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-60,2		-63,7		-60,3	
<b>19. Finanzergebnis</b>	<b>-47,7</b>		<b>-37,6</b>		<b>-21,8</b>	
<b>20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>325,6</b>		<b>426,6</b>		<b>439,8</b>	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0		0,0		0,0	
23. Sonstige Steuern	3,4		2,5		2,4	
<b>24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>322,3</b>		<b>424,1</b>		<b>437,5</b>	
25. Einstellung in Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	272,9		361,8		375,8	
b) in andere Gewinnrücklagen	49,4		62,3		61,7	
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>0,0</b>		<b>0,0</b>		<b>0,0</b>	



## Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragungsdatum Handelsregister:	5. März 2002
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	27. Juli 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Überlingen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Vianney Gesellschaft e.V.	12.500	50 %
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	2.500	10 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie	2.500	10 %
Pauline 13 e.V.	2.500	10 %
Landkreis Bodenseekreis	2.500	10 %
Stadt Überlingen	2.500	10 %
	25.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung  
Geschäftsführung: Herr Ingo Kanngießer

### 5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

## **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

ARKuS gGmbH (Anteil: 60 %)

## **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 25.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ab dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem jährlich in der Gesellschafterversammlung festgelegten Zinssatz von derzeit 2,5 %.

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 55.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

## **8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 28,5 Personen (23) beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von ca. 24 %.

## **9. Lagebericht**

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodenseekreis, im Paritätischen Wohlfahrtsverband und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

In der Gesellschafterversammlung am 30.07.2009 der ARKuS gGmbH wurde einstimmig beschlossen die Gesellschaft mit Wirkung zum 31.07.2009 aufzulösen und Herrn Ingo Kanngießer zum alleinigen Liquidator zu bestellen. Die Eintragung der Liquidation im Handelsregister erfolgte am 28.8.2009. Die Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgte am 9.9.2009

### **a) Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf**

#### **Allgemein**

Nachdem sich der geplante Erweiterungsbau auf dem Nachbargrundstück (Obere Bahnhofstr. 22) weiter verzögert, es aber dringenden Platzbedarf gibt, wurde zum 1.6.2009 das Grundstück mit Gebäuden im Überlinger Gewerbegebiet „Zum Degenhardt 12“ für fünf Jahre angemietet. Neben der Verlagerung der Abteilungen Montage und Verpackung und Bürodienstleistungen (neuer Name Digital Service) von der Oberen Bahnhofstraße 18 ins Gewerbegebiet, wurde noch eine neue zusätzliche Abteilung Metallbearbeitung installiert.

Einen Teil der angemieteten Räumlichkeiten wurden an das Linzgau-Kinder- und Jugendheim untervermietet. Die räumliche Nähe und Kooperation insbesondere mit der Janusz-Korzak-Schule (Sonderschule E) soll Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit voraussichtlich zeitlich längerem Hilfebedarf eine möglichst gute Nahtstelle zwischen Hilfeleistungen für Kinder- und Jugendliche und für Erwachsene bilden. Damit erfüllt das GpZ Überlingen eine der Vorgaben im GpV Bodensee „allen Bürgern im Bodenseekreis die nötige Hilfestellung anzubieten“ und kommt damit dem Anspruch einer SGB-übergreifenden Hilfeebringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen noch näher.

## Abteilungen

*330 – Metallbearbeitung* – Mit der Anmietung der Räumlichkeiten im Gewerbegebiet konnte auch die neue Abteilung „Metallbearbeitung“ eröffnet werden. Die Anstellung von Herrn Amman als Abteilungsleiter erfolgte zum 1.2.2009. Durch die Verzögerung der Fertigstellung und Inbetriebnahme konnte die Abteilung erst mit ca. 6 monatiger Verzögerung starten. Dadurch konnten sowohl die geplanten Auftragsvolumen bezüglich Fertigungserlöse als auch die Betreuungsleistungen in dieser Abteilung nicht erreicht werden. Erschwerend kam noch die allgemeine Wirtschaftskrise hinzu. Alles in allem kann der Start unter den gegebenen Rahmenbedingungen dennoch als gut bewertet werden.

*340 – Wäscherei/Hauswirtschaft* – In dieser Abteilung ist die Auslastungsgrenze erreicht. Das vorhandene Auftragspotential wird als größer eingeschätzt, so dass der räumliche und maschinelle Ausbau immer noch sinnvoll erscheint. Die geplante Maschinelle Erweiterung wurde aus wirtschaftlichen Gründen nur teilweise vollzogen. Die noch ausstehenden Investitionen werden voraussichtlich in 2010 durchgeführt.

*350 – Küche/Catering* – Der Bereich Küche ist gut ausgelastet. Es wurde noch in weitere Küchengeräte investiert. Die Versorgung des Standortes „Zum Degenhardt“ hat einige Umstrukturierung notwendig gemacht – diese wurden erfolgreich durchgeführt. Einen weiteren Ausbau des Kundenstammes oder des Auftragsvolumens ist nicht geplant. Der Geschirrmobilverleih bringt die erwarteten Erlöse und „Kundenkontakte“ ins GpZ.

*360 – Garten- und Landschaftspflege* – Eine ganzjährige Beschäftigung der Klienten ist möglich. Die Umsätze sind leicht zurück gegangen und können in diesem Umfang als „normale“ Schwankungen deklariert werden. Der Preiskampf in diesem Bereich wird härter. Mit der steigenden Verschuldung der Kommunen und den ausgerufenen Sparerfordernissen wird sich dieser Trend weiter fortsetzen. In dieser Abteilung werden verstärkt zukunftsorientierte Gespräche und Planungen bezüglich Betreuungskonzept und Dienstleistungsangebot durchgeführt.

*370 – Atelier* – Das Atelier als relativ neue Abteilung wurde im Zuge der Umstrukturierung zum Jahresende 2009 wieder geschlossen. Obwohl die therapeutische bzw. rehabilitative Bandbreite ein Zugewinn dargestellt hat, ist das Angebot im Sinne der beruflichen Rehabilitation und Qualifizierung zu unspezifisch. Für sehr stark leistungseingeschränkte Beschäftigte war das Angebot sehr gut, allerdings hat sich dadurch auch eine wirtschaftlich ungünstige Überschneidung mit den Angeboten der ambulanten Ergotherapie ergeben. Die Beschäftigten wurden in andere Abteilungen oder in die Sprungbrettwerkstatt Bermatingen vermittelt.

*380- Montage und Verpackung* – Nachdem sich die Wertschöpfung im Vorjahr deutlich verbessert hat, hat sich das nicht in 2009 weiterentwickelt. Hinzu kommt, dass inzwischen einer der Hauptkunden weggebrochen ist und die Auftragslage insgesamt unübersichtlich ist.

*390 – Digital Service* – Immer noch steigen die Klienten-Anfragen in diesem Bereich. Die Auftragslage ist akzeptabel. Wir verarbeiten für verschiedene Vereine und Firmen „Mailing-Aufträge“ und betreiben eine ebaY-Agentur. Der Umsatz und die Auslastung stagnieren.

*600 – Begleitende Dienste* – Hier sind der Sozialdienst, die Integrationsassistentz und der Psychologische Dienst zusammengefasst. Der Sozialdienst und die Integrationsassistentz unterstützen maßnahmenübergreifend die Betroffenen und die Produktionsbereiche. Der in 2009 eingeführte Psychologische Dienst unterstützt die (Persönlichkeits)Bildung von Werkstattbeschäftigten. Zusätzlich ist eine neue „Maßnahme“ im Bereich Leistungsbeurteilung für Langzeitarbeitslose geplant. Der Vertrag ist für das Jahr 2010 zustande

gekommen. Über eine zukünftige Vertragslaufzeit kann keine verlässliche Aussage getroffen werden. Die Kosten werden über unterschiedliche Verteilerschlüssel auf die Produktionsbereiche umgelegt.

*700 – Management* – Das Management (Personal-, Finanz- und Organisationsmanagement) dient ausschließlich der Verwaltung und Entwicklung der GpZ Überlingen gGmbH. Die entstehenden Kosten werden über unterschiedliche Verteilerschlüssel auf die Produktionsbereiche umgelegt.

*900 – Vermietung* – Mit Anmietung des Standorts „Zum Degenhardt 12“ hat das GpZ mit dem Linzgau-Kinder- und Jugendheim auch eine neue Untermieterin. Ansonsten haben sich keine Änderungen gegenüber 2008 ergeben. Die Einnahmen sind kostendeckend.

*Zusammenfassung* – Insgesamt sind die Entwicklungen der GpZ Überlingen gGmbH in 2009 als vielseitig zu bewerten. Es wurde viel Zeit und Energie für die interne Strukturierung der (digitalen) Verwaltungsprozesse, der Kommunikationsplattformen, der Mitarbeiterführung und der Entwicklung des Qualitätsmanagement-Handbuches verwendet. Dies ist durch das enorme Wachstum in den letzten Jahren nötig geworden. Insofern ist 2009 ein erfolgreiches Jahr gewesen. Dies gilt ebenso für die strategische Positionierung im Feld der sozialen Leistungen.

Die Erlöse durch Fertigung und Dienstleistung sind insgesamt in etwa gleich geblieben. Innerhalb der einzelnen Abteilungen gibt es aber größere Schwankungen. Einzelheiten sind bereits oben dargestellt.

Die Umbau- und Ausstattungskosten für den Standort „Zum Degenhardt“ und die weitere Steigerung der Personalkosten z. B. durch die Einführung der TVöD S-Tabelle wirken sich auf das Ergebnis aus. Dieses ist gemäß der Planung im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

#### Maßnahmen

*AB* - Im *Arbeitsbereich* sind die Pflegesätze (Grund- und Maßnahmenpauschale) zum 1.1.2009 um 3,0% mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2009 erhöht worden. Der Anteil der Betroffenen steigt in diesem Bereich erwartungsgemäß kontinuierlich an.

*BB* - Auch im *Berufsbildungsbereich* wurden die Pflegesätze zum 1.1.2009 um 3,0% angehoben. Zum 1.8.2009 wurde der pauschalierte Aufschlag für den höheren Personalschlüssel von 10,50 € auf 11,50 € erhöht. Das Ziel, die Stabilisierung der Anzahl der Maßnahmenbeginner, konnte weitestgehend erreicht werden. Dennoch nimmt der Anteil an der Zahl der Gesamtbetroffenen leicht ab.

*TS* – Die *Tagesstättenfinanzierung* konnte entsprechend der allgemeinen Erhöhung angepasst werden und deckt die Kosten für die Tagesstätte ab. Da die Pauschalfinanzierung laut Rahmenvereinbarung auch für die niederschwellige Beschäftigung von psychisch kranken Menschen zu verwenden ist, werden die Kosten des Zuverdienstes und die Therapeutisch Beschäftigten teilweise auf die Pauschale in der Kostenträgerrechnung umgelegt.

*ZV* – Die inzwischen unbefristet freiwillig finanzierte *Zuverdienst*-Maßnahme im Bodenseekreis, wird pauschal pro Platz (6 im GpZ Überlingen) vergütet. Außerdem wird ein Zusatzbetrag je Abrechnungsmonat aus der Tagesstättenpauschale umgelegt. Dennoch ist diese Maßnahme nicht kostendeckend. Das liegt einerseits an den gedeckelten Abrechnungsmonaten (72 werden pro Jahr finanziert, 92 wurden erbracht) und andererseits an den aktuellen Pflegesätzen.

*AG* – Die Vereinbarung mit dem Landratsamt Bodenseekreis „Hilfen zur Arbeit“ bezüglich den *Arbeitsgelegenheiten* läuft zum 31.12.2010 aus. Die definierten maximal 30 Plätze sind

erst ab Oktober 2009 und somit später als geplant mit 25 Personen nahezu belegt. Trotz Steigerung der Regiekosten in 2008 ist die Maßnahme nur mit konstanter Vollbelegung kostendeckend. Die durchschnittliche Belegung in 2009 lag bei ca. 18 Plätzen und damit deutlich zu niedrig.

*TB – Therapeutische Beschäftigte* sind all jene Personen(gruppen), die nicht den oben beschriebenen Maßnahmen zugeordnet werden können, eine niederschwellige und unkomplizierte Hilfeleistung im Sinne der Kooperationsvereinbarung GpV Bodenseekreis und im Rahmen der Tagesstättenpauschale aber angezeigt ist. Pflegesatzerlöse werden ausschließlich durch Umlage je Abrechnungsmonat aus der Tagesstättenpauschale erzielt.

*TVH – Therapeutisch Beschäftigte aus dem Vianney-Hospital* werden Stundenweise abgerechnet. Nach Umlage aller Kosten ist auch diese Maßnahme nicht kostendeckend. Der insgesamt geringe Umfang relativiert dies allerdings wieder.

*Zusammenfassung* – Insgesamt hat sich die Angebotsbreite der sozialen Leistungen im GpZ Überlingen gGmbH weiter stabilisiert. Die Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Leistungsträger, dass das GpZ Überlingen ein zuverlässiger und serviceorientierter Dienstleister ist und entsprechend der Vorgaben von Gesetzen, Richtlinien und der GpV-Vereinbarung erfolgreich arbeitet, hat sich weiter verfestigt.

#### Belegung

Zum Stichtag 31.12.2009 waren folgende Personen im GpZ Überlingen beschäftigt:

	AB (0901)	BB (0902)	ZV (1202)	TB (0103)	AG (0201)	TVH (0101)	Summe
2009	41	23	7	5	25	2	103
2008	34	24	6	4	9	1	78
2007	26	32	9	5	8	-	80

Im GpZ Überlingen wurden zum Stichtag 31.12.2009 103 Personen (78) davon 41 im Arbeitsbereich (34) und 23 im Berufsbildungsbereich (24) beschäftigt. Durchschnittlich beschäftigt waren 92 Personen (78) davon im Arbeitsbereich 37,4 und im Berufsbildungsbereich 23,9, 7,7 Personen im Rahmen des Zuverdienstes, 18,1 Personen im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten und 5 als Therapeutisch Beschäftigte.

#### Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2009 (1.534 T €) gliedern sich in folgende Bereiche auf: Die Einnahmen durch Werkstattsätze in Höhe von 1.043 T € bilden hierbei die größte Position. Die pauschalierte Tagesstättenförderung lag bei 46 T € und 23 T € für das Zuverdienstangebot. Hinzu kommen Erlöse im Rahmen der Regiekosten nach SGB II in Höhe von 85 T € und der Therapeutisch Beschäftigten mit 3 T €. Der Umsatz aus Erlösen durch Produktionsbereiche (Aufträge) lag bei 458 T €. Der Mietbereich erreichte Einnahmen in Höhe von 33 T €. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fließt mit 11 T € in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein.

Diesen Einnahmen stehen Gesamtkosten in Höhe von 1.409 T € und ein Wareneinkauf/-Fremdleistungen von 133 T € gegenüber. In den Gesamtkosten sind 913 T € Personalkosten und 167 T € Abschreibungen enthalten.

Der Jahresüberschuss 2009 über 34 T € wird mit 7 T € in die freie und mit 27 T € in die zweckgebundene Rücklage gehen.

Die Rücklagen verbessern die Liquidität und ermöglichen die Realisierung der noch anstehenden notwendigen Investitionen bzw. die Refinanzierung der Erstinvestitionen. Diese stehen zum 31. Dezember 2009 noch mit 989 T € als langfristige Verbindlichkeiten in

der Bilanz. Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen in Höhe von 349 T € (Vj. 46 T €) getätigt. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

#### Umsatzerlös/Gesamtleistung

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr in %
2009	1.534 T €	+ 138 T €	+ 9,9 %
2008	1.396 T €	+ 15 T €	+ 1,1 %
2007	1.381 T €	+ 143 T €	+11,6 %

#### Jahresergebnis

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2009	1.534 T €	+34 T €	+2,2 %
2008	1.396 T €	+119 T €	+8,5 %
2007	1.381 T €	+174 T €	+12,6 %

Mit dem Jahresüberschuss 2009 von ca. 34 T € wurden die im Wirtschaftsplan beschriebenen Ziele erreicht.

#### Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 28,5 Personen beschäftigt. Davon 4 in der Verwaltung, 4 die dem Begleitenden Dienst zugeordnet werden und 12,17 in den Produktionsbereichen. Hinzu kommen noch 2,25 als Zivildienstleistende, 3 als Produktionshelfer und weitere 3,08 die nicht direkt zugeordnet werden können. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von ca. 24 %.

An Löhnen für die behinderten Beschäftigten der Werkstatt wurden 105 T € ausbezahlt. Das ist, im Vergleich zum Vorjahr (106 T €) in etwa dieselbe Höhe. Mit 52.976 Lohnstunden, inklusive der Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage ist der Durchschnittsstundenlohn in 2009 auf 1,99 € und im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesunken (2008: 2,04 €, 2007: 2,33 €, 2006: 2,26€). Bei 449 Abrechnungsmonaten ergibt sich ein Durchschnittsmonatslohn von ca. 235 € (Vj. 248 €). Dieser ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Gesamtkosten	Personalkosten	Personalkosten in % der Gesamtleistung	Personalkosten in % der Gesamtkosten
2009	1.534 T €	1.409 T €	913 T €	59,5 %	64,8 %
2008	1.396 T €	1.136 T €	825 T €	59,1 %	72,6 %
2007	1.381 T €	1.081 T €	731 T €	52,9 %	67,6 %

Der Personalaufwand in 2009 beläuft sich auf 913 T € oder 59,5 % der Gesamtleistung bzw. 64,8 % der Gesamtkosten.

Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten liegt 2009 bei 64,8 % (2008: 72,6 %, 2007: 67,6%, 2006: 66,4 %, 2005: 68,5 %, 63,8 %, 2003: 60,6 %) und liegt damit wieder in der Nähe der bisherigen Vergleichszahlen.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

	2009	2008	2007
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	253 T €	165 T €	286 T €
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-347 T €	-46 T €	-71 T €
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-51 T €	73 T €	-30 T €
Finanzmittelbestand	642 T €	787 T €	595 T €

Der Finanzmittelbestand liegt zum Stichtag 31. Dezember 2009 bei 642 T € und sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 145 T € um ca. 18 %.

	Bilanzsumme	Finanzmittelbestand	Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme
2009	2.854 T €	642 T €	22,5 %
2008	2.850 T €	787 T €	27,6 %
2007	2.885 T €	595 T €	20,62 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Girokonto der Volksbank Überlingen. Dieses wird jedoch wie ein Tagesgeldkonto abzüglich 0,25-Zins-Punkte verzinst. Das Geld ist somit sicher und erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsummen auch als Festgeld über maximal sechs Monate angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen in € / %	Abschreibung
2009	2.854 T €	2.014 T € / 70,6 %	167 T €
2008	2.880 T €	1.833 T € / 64,3 %	134 T €
2007	2.885 T €	1.983 T € / 68,7 %	142 T €

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen insgesamt 167 T € und gliedern sich in:

EDV-Software	11 T €
Grundstücke und Bauten	42 T €
Technischen Anlagen und Maschinen	7 T €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	107 T €

Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in % der Bilanzsumme
2009	2.854 T €	927 T €	32,48 %
2008	2.850 T €	893 T €	31,33 %
2007	2.885 T €	774 T €	26,83 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2009 bei 927 T € und ist im Vergleich zum Vorjahr um 34 T € gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar:

	Bilanzsumme	EK + SoPo	EK + SoPo in % der Bilanzsumme
2009	2.854 T €	1.612 T €	56,48 %
2008	2.850 T €	1.626 T €	57,05 %
2007	2.885 T €	1.493 T €	51,75 %

#### b) Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. der Leistungsträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft GpV, die Trägergemeinschaft GpV statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (68,01 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt. Im Bereich Vermietung (2,2 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (29,9 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil, erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.

Die räumliche und strategische Ausrichtung der Betreuungs- und Qualifizierungsleistungen der GpZ Überlingen gGmbH haben sich zunehmend auf alle Bürger des Bodenseekreises und somit über alle Sozialgesetzbücher hinweg ausgerichtet. Damit wird insbesondere den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention und den Vorgaben der Kooperationsvereinbarung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bodenseekreis entsprochen. Die diskutierten Sparpläne auf Bundes- und Landesebene stehen dem weitestgehend entgegen und deuten eine eher unruhige und vor allem unsichere Zukunft an. Insbesondere für den zum 31.12.2010 auslaufenden Vertrag im SGB II ist eine Verlängerung ungewiss. Die Erlöse dieser Maßnahme werden in 2010 bei ca. 15 % der Maßnahmenerlöse liegen. Erste Anfragen bezüglich Fortführung des Vertrages bzw. Eruiierung alternativer Möglichkeiten wurden positiv, allerdings nur mündlich beantwortet.

Die immer konsequenter durchgeführte Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit könnte mittelfristig auch für die Leistungen im Berufsbildungsbereich gelten. Auch wenn mit der Veröffentlichung des neuen Fachkonzeptes für das Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich offensichtlich derzeit keine Ausschreibung angestrebt wird, sind die Anpassungen an die Vorgaben des neuen Fachkonzeptes mit zeitlichem und finanziellem Mehraufwand verbunden.

In 2010 werden voraussichtlich ca. 35 % der Maßnahmenerlöse durch den Berufsbildungsbereich erreicht. Insgesamt sind also ca. 50 % der Maßnahmenerlöse kurz- bzw. mittelfristig nicht dauerhaft gesichert.

Der durch die Wirtschaftskrise ausgelöste Preis- und Leistungsdruck rückt das angestrebte Ziel, den Anteil der Umsätze durch Fertigungs- und Dienstleistungserlöse stets zu steigern, in weite Ferne. Anstatt diesen Umsatzanteil zu steigern sinkt dieser kontinuierlich. Damit wird die Anhängigkeit von öffentlichen Mitteln und politischen Prioritäten immer größer.

Weitere bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Die Beteiligung an der ARKuS gGmbH und dem damit verbundenen Ziel, ein wirtschaftlich selbstständiges Integrationsunternehmen zu eröffnen und zu betreiben, wurde nicht erreicht. Der Betrieb Strandbad Ost in Überlingen wird seit 2008 nicht mehr von der ARKuS gGmbH geführt. Mit Wirkung zum 31.07.2009 wurde die ARKuS gGmbH aufgelöst um Herrn Ingo Kanngießer zum alleinigen Liquidator zu bestellen. Die Gesellschaft befindet sich seit der Veröffentlichung der Löschung im elektronischen Bundesanzeiger entsprechend dem GmbHG im Sperrjahr.

#### **c) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Im Juni 2010 wurde eine Leistungsvereinbarung mit dem Amt „Hilfen zur Arbeit“ des Landratsamts Bodenseekreis für eine neue Maßnahme PofIL+ geschlossen. Damit ist ein Teil der strukturellen und strategischen Pläne erfolgreich umgesetzt worden. Dieser Vertrag läuft bis 31.12.2010.

Weiterhin wurde ein Büroraum in der Oberen Bahnhofstraße ab dem 15.03.2020 an die Vianney-Gesellschaft e. V. vermietet.

Außerdem sind nach dem Abschlussstichtag keine weiteren wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

#### **d) Prognosebericht**

Das GpZ Überlingen hat sich schon in den letzten Jahren eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2009 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil. Auch wenn die Fertigungs- und Dienstleistungserlöse in den einzelnen Abteilungen Schwankungen unterliegen sind die Gesamterlöse leicht gestiegen.

In 2007 und 2008 sind die Einnahmen aus Werkstattsätzen (SGB IX) bei ca. 788 T € p. a. stagniert. Dieser Trend hat sich nicht fortgesetzt. In 2009 konnten die Erlöse im Berufsbildungsbereich um ca. 13 % gesteigert werden. Die Erlöse im Arbeitsbereich sind um ca. 10 % gestiegen. Damit sind die Gesamtwerkstatterlöse um ca. 11 % gestiegen. Sollte diese Trendwende mittel- bis langfristig anhaltend sein und die Neuaufnahmen im Berufsbildungsbereich stabil gehalten werden sichert das die Erlössituation durch Maßnahmen nachhaltig. Zum Ende des Jahres 2009 ist die Belegung der Maßnahme „Arbeitsgelegenheiten“ bei einer akzeptablen Höhe angekommen. Inzwischen sind die 30 genehmigten Plätze regelmäßig belegt. Mit der ab Januar 2011 anstehenden neuen Vereinbarung im SGB II (Arbeitsgelegenheiten) wird auch eine Anpassung der Regiekosten an die steigenden Personal- und Allgemeinkosten verhandelt werden müssen.

Insgesamt sind die Pflegesatzerlöse von 923 T € um 120 T € (ca. 13,0 %) auf 1043 T € gestiegen.

Die Folgen der Wirtschaftskrise trifft inzwischen auch das GpZ Überlingen. Durch die breit gefächerte Maßnahmen-, Dienstleistungs- und Fertigungsangebote kann man dennoch von einer guten Ausgangslage ausgehen. Insgesamt ist für die nächsten zwei bis drei Jahre mit stagnierenden Umsätzen, ansonsten mit einem turbulenten und von Unsicherheit geprägten Verlauf, zu rechnen.

Überlingen, 21. Juni 2010

Ingo Kanngießer, Geschäftsführer

#### **Abschlussprüfer**

Merz & Auer, Ravensburg

## Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009 Aktiva	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Anlagevermögen</b>						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10,5	0,4	19,4	0,7	24,0	0,8
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	1.484,2	52,0	1.526,4	53,6	1.563,1	54,2
2. Technische Anlagen und Maschinen	57,8	2,0	64,9	2,3	72,0	2,5
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	438,3	15,4	199,2	7,0	241,5	8,4
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8,3	0,3	8,3	0,3	7,6	0,3
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	15,0	0,5	15,0	0,5	15,0	0,5
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	60,0	2,1
	<b>2.014,0</b>	<b>70,6</b>	<b>1.833,2</b>	<b>64,3</b>	<b>1.983,1</b>	<b>68,7</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10,4	0,4	13,2	0,5	109,8	3,8
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	144,0	5,0	126,0	4,4	110,3	3,8
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	51,6	1,8
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	43,6	1,5	90,8	3,2	33,3	1,2
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	641,8	22,5	786,3	27,6	595,4	20,6
	<b>839,9</b>	<b>29,4</b>	<b>1.016,5</b>	<b>35,7</b>	<b>900,4</b>	<b>31,2</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	1,4	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.854,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2.849,7</b>	<b>100,0</b>	<b>2.885,0</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2008 Passiva	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	25,0	0,9	25,0	0,9	25,0	0,9
II. <u>Kapitalrücklage</u>						
III. <u>Gewinnrücklage</u>						
1. Zweckgebundene Rücklagen	798,7	28,0	771,3	27,1	670,6	23,2
2. Andere Gewinnrücklagen	103,3	3,6	96,7	3,4	78,6	2,7
IV. <u>Gewinnvortrag/Verlustvortrag</u>						
V. <u>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</u>						
	<b>926,9</b>	<b>32,5</b>	<b>893,0</b>	<b>31,3</b>	<b>774,2</b>	<b>26,8</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	685,3	24,0	733,0	25,7	718,5	24,9
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	77,8	2,7	73,3	2,6	62,0	2,2
	<b>77,8</b>	<b>2,7</b>	<b>73,3</b>	<b>2,6</b>	<b>62,0</b>	<b>2,2</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	320,5	11,2	346,1	12,1	371,8	12,9
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	47,4	1,7	23,9	0,8	26,6	0,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	111,2	3,9
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	748,4	26,2	780,3	27,4	820,7	28,4
	<b>1.116,2</b>	<b>39,1</b>	<b>1.150,4</b>	<b>40,4</b>	<b>1.330,2</b>	<b>46,1</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	47,7	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.854,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2.849,7</b>	<b>100,0</b>	<b>2.885,0</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	1.534,4	93,0	1.395,5	86,1	1.380,9	93,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	115,8	7,0	225,5	13,9	95,5	6,5
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>1.650,1</b>	<b>100,0</b>	<b>1.621,0</b>	<b>100,0</b>	<b>1.476,4</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	115,8	7,2	216,7	14,5	107,7	8,3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	17,1	1,1	19,0	1,3	19,9	1,5
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	751,6	47,0	687,4	45,9	604,3	46,6
b) Soziale Abgaben	169,3	10,6	144,5	9,7	134,6	10,4
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	167,2	10,5	133,6	8,9	141,9	10,9
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	377,4	23,6	295,9	19,8	289,5	22,3
<b>11. Gesamtaufwand</b>	<b>1.598,3</b>	<b>100,0</b>	<b>1.496,9</b>	<b>100,0</b>	<b>1.297,9</b>	<b>100,0</b>
<b>12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>51,8</b>	<b>3,1</b>	<b>124,0</b>	<b>7,7</b>	<b>178,5</b>	<b>12,1</b>
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11,6		26,4		19,1	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-28,7		-30,9		-28,7	
<b>19. Finanzergebnis</b>	<b>-17,1</b>		<b>-4,5</b>		<b>-9,6</b>	
<b>20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>34,7</b>		<b>119,5</b>		<b>168,9</b>	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-0,8		-0,7		5,5	
<b>24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>34,0</b>		<b>118,8</b>		<b>174,3</b>	
25. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	-35,0		-119,6		-166,5	
b) in andere Gewinnrücklagen	-6,6		-18,1		-22,2	
c) aus zweckgebunden Rücklagen	7,6		19,0		14,4	
d) aus andere Gewinnrücklagen						
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>0,0</b>		<b>0,0</b>		<b>0,0</b>	

## Bodensee-Festival GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Bodensee-Festival GmbH
Geschäftsstelle:	Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310 E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de
Gründungsdatum:	22. Januar 1993
Eintragungsdatum Handelsregister:	10. November 1993
Letzte Änderung Handelsregister:	26. März 2010
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	15. Dezember 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion. Durch Gastspiele, Kulturbegegnungen und sonstige Angebote soll der Gedanke der grenzüberschreitenden Partnerschaft in der Bodenseeregion und in Europa zum Ausdruck gebracht werden.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31.12.2009 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	78.000	39,47%
Kanton St. Gallen (CH)	26.000	13,16%
Landkreis Bodenseekreis	15.600	7,89%
Bodenseefestival GmbH (eigene Anteile)	15.600	7,89%
Stadt Konstanz	13.000	6,58%
Stadt Ravensburg	7.800	3,95%
Stadt Tettnang	5.200	2,63%
Stadt Weingarten	5.200	2,63%
12 Gesellschafter mit je 2.600 € (1,3 %)*	31.200	15,79%
	197.600	100,00%

(=\* Gemeinden: Kressbronn, Langenargen;  
Kantone: Appenzell-Ausserrhodon, Thurgau;  
Landkreise: Ravensburg, Sigmaringen;  
Städte: Kreuzlingen, Lindau, Meersburg, Pfullendorf, Sankt Gallen, Überlingen)

Die ausgewiesenen eigenen Anteile der Bodenseefestival GmbH stammen mit je einem Anteil aus dem Ausscheiden der Stadt Stockach im Jahr 2007 sowie der Marktgemeinde

Hard im Jahr 2008. Von den 20 Geschäftsanteilen der SWR Media Services GmbH hat die GmbH drei Geschäftsanteile übernommen.

#### **4. Organe der Gesellschaft**

##### Aufsichtsrat:

Vorsitzender Gerd Gerber, Oberbürgermeister a.D. (bis 12.01.2010)  
stv. Vorsitzender Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen (bis 12.01.2010)  
stv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Landratsamt Bodenseekreis (ab 01.07.2009)  
Ehrevorsitzender Dr. Hubert Locher, Tübingen  
Barbara Affolter, Kanton St. Gallen  
Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Stadt Überlingen  
Claus Boldt, 1. Bürgermeister Stadt Konstanz  
Robert Fischer, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg  
Roland J. Frank, Gemeinderat Stadt Friedrichshafen (bis 28. Juli 2009)  
Norbert Fröhlich, Gemeinderat Stadt Friedrichshafen (ab 29. Juli 2009)  
Dr. Madeleine Herzog, Fachstelle Kultur Stadt St. Gallen (ab 11.03.2009)  
Dr. Dagmar Hoehne, Gemeinderätin Stadt Friedrichshafen (ab 29. Juli 2009)  
Prof. Dr. Karl Loewe, Gemeinderat Stadt Friedrichshafen (bis 28. Juli 2009)  
Dr. Veit Steinle, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (bis 31.12.2009)

##### Gesellschafterversammlung:

Vertreter aller Gesellschafter  
Vorsitzender Josef Büchelmeier, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen

#### **5. Öffentlicher Zweck**

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodenseefestival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseeregion. Die Besucherzahl betrug bei 73 Veranstaltungen 17.311 und war gegenüber dem Vorjahr 2008 nahezu konstant (84 Veranstaltungen mit 17.571 Besuchern).

#### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

#### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Die Forderung gegenüber den Gesellschaftern für das Geschäftsjahr 2009 belief sich auf 47.697,96 €.

#### **8. Anzahl der 2009 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit bzw. als Minijob.

## **9. Lagebericht**

### **a) Das 21. Internationale Bodenseefestival**

„England, oh England“ war das Thema des 21. Internationalen Bodenseefestivals nach einem Zitat von Henry Purcell. Die 73 Veranstaltungen an 33 Orten vom 8. Mai bis 1. Juni 2009 waren wiederum ein hochkarätiges Kulturangebot, das vor allem der Musik von Henry Purcell, Georg Friedrich Händel, Joseph Haydn und Felix Mendelssohn Bartholdy gewidmet war. Alle vier Komponisten, deren musikalisches Schaffen mit England eng verbunden ist, hatten 2009 ein besonderes Jubiläum.

„Artist in residence“ des 21. Internationalen Bodenseefestivals war der niederländische Cellist, Gambist und Dirigent Jaap ter Linden. Er gehört zu den Wegbereitern und führenden Interpreten der historisch informierten Aufführungspraxis. In seinen neun Konzerten widmete sich Jaap ter Linden dem Lebenswerk der vier Jubilare, sieben davon zeichnete der Südwestrundfunk für sein Radioprogramm SWR2 auf.

Weitere herausragende Angebote waren das SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg unter der Leitung von Kirill Karabits in Friedrichshafen, das Radio-Sinfonieorchester Stuttgart des SWR unter der Leitung von Sir Roger Norrington in Weingarten und das Royal Philharmonic Orchestra unter Leonard Slatkin ebenfalls in Friedrichshafen. Ein Highlight für Ballettfans stellte das Gastspiel des Leipziger Balletts mit der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz und dem Madrigalchor Wetzikon in Friedrichshafen dar; auf dem Programm stand Joseph Haydns „Schöpfung“. Die Südwestdeutsche Philharmonie Konstanz war außerdem gemeinsam mit dem Schleswig-Holstein Festivalchor und den Schauspielern Rolf Becker und Christian Brückner bei einem Händel-Chorfest in Konstanz zu erleben. Händels Oratorium „Israel in Egypt“ erklang in der Basilika Weingarten interpretiert vom Kammerchor Stuttgart und dem Barockorchester Stuttgart unter der Leitung von Frieder Bernius.

Ein Kammermusik-Zyklus unter dem Motto „Junge Elite“ bildete einen weiteren Programmhöhepunkt; bei jedem dieser Konzerte wurde ein anderes Streichquartett von Haydn gespielt. In der Klosterkirche Münsterlingen gastierten das Quatuor Ebène und das Merel Quartet, und das englische Ensemble Fretwork mit der Sopranistin Clare Wilkinson interpretierte Arien und Consortmusik von Purcell in der Stiftsbibliothek St. Gallen. Einen festen Platz im Programm des Internationalen Bodenseefestivals hat auch die geistliche Musik in deutschen und Schweizer Kirchen, und beim schon zur Tradition gewordenen „Singwochenende“ wurde Haydns „Heiligmesse“ in der St. Galler Kathedrale aufgeführt. Mit dem Dave Holland Quartet und der Michael Nyman Band in Friedrichshafen sowie einer Veranstaltung in St. Gallen wurde auch den Freunden des Jazz ein interessantes Angebot gemacht.

Das Stadttheater Konstanz beteiligte sich mit der Inszenierung „Pleasant View“, einem Stück, in dem die heutige Situation von Jugendlichen in Großbritannien thematisiert wurde, und das Badische Staatstheater Karlsruhe gastierte mit Schillers „Maria Stuart“ in Friedrichshafen. Das „Literaturschiff“ auf dem Bodensee, die „Lange Nacht der Literaten“ in Lindau und eine Reihe von Lesungen sowie Landpartien und Vorträge rundeten das Angebot des 21. Internationalen Bodenseefestivals ab.

### **b) Entwicklung der Gesellschaft**

Nachdem im Dezember 2008 die Gesellschafterversammlung den geänderten Gesellschaftsvertrag verabschiedet hatte, trat dieser zum 1. Januar 2009 in Kraft. Er bildet die Grundlage für die weitere Arbeit der Gesellschaft, an deren Aufgabenstellung, das jährlich einmal stattfindende Internationale Bodenseefestival zu planen und durchzuführen, sich dadurch aber nichts verändert hat.

Im Dezember 2009 schied die Stadt Singen als Gesellschafterin aus; den von ihr bis dahin gehaltenen einen Geschäftsanteil übernahm die Bodenseefestival GmbH. Einschließlich der von der Stadt Friedrichshafen vorübergehend gehaltenen zehn Geschäftsanteile müssen damit insgesamt 16 Anteile am Stammkapital neu platziert werden. Da diese Geschäftsanteile nicht an der Umlage der Verwaltungs- und Werbekosten beteiligt sind, haben die Gesellschafter höhere Kosten zu tragen. Die Stadt Ravensburg hat signalisiert, dass sie evtl. drei weitere Geschäftsanteile erwerben würde. Der förmliche Beschluss steht aber noch aus.

Im Aufsichtsrat der Bodenseefestival GmbH gab es in 2009 mehrere Veränderungen. Neu eingetreten war zum 1. Januar aufgrund des geänderten Gesellschaftsvertrags der Landrat des Bodenseekreises, Lothar Wöfle. Weitere Änderungen ergaben sich aus dem Ende der Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder Ende Juli und als Ergebnis der Kommunalwahl in Friedrichshafen: Anstelle von Roland J. Frank und Prof. Dr. Karl Löwe wählte der Gemeinderat Frau Dr. Dagmar Höhne und Herrn Norbert Fröhlich in das Aufsichtsgremium. Frau Oberbürgermeisterin Sabine Becker, Stadt Überlingen, wurde von den seenahen Kommunen als Vertreterin wiedergewählt, und anstelle des früheren Oberbürgermeisters von Weingarten, Gerd Gerber, wurde Oberbürgermeister Hermann Vogler, Stadt Ravensburg, von den seefernen Kommunen in den Aufsichtsrat der Bodenseefestival GmbH entsandt. Nachfolger im Amt des Vorsitzenden wurde in der konstituierenden Sitzung im Januar 2010 Bürgermeister Peter Hauswald, Stadt Friedrichshafen. Er löste Gerd Gerber ab, der dem Gremium über 16 Jahre und seit 2006 als Vorsitzender angehört hatte.

### **c) Wirtschaftliche Situation**

Die wirtschaftliche Situation der Bodenseefestival GmbH kann als gesund und stabil bezeichnet werden. Sie hat 2009 einen Überschuss von 626 € erzielt. Das ist zwar weniger als im Vorjahr, doch ist der Gesellschaftszweck nicht die Gewinnerzielung, sondern Planung und Durchführung des Internationalen Bodenseefestivals. Diese Aufgabe konnte auch 2009 erfolgreich durchgeführt werden.

Die Besucherzahl der insgesamt 73 Veranstaltungen betrug 17.311 und war mithin gegenüber dem Vorjahr (17.571) nahezu konstant. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 2008 insgesamt 84 Veranstaltungen stattfanden. So stieg die durchschnittliche Auslastung der Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr um fast 10 % auf durchschnittlich 77 %.

Die Bodenseefestival GmbH verfügt praktisch über kein Anlagevermögen. Es beschränkt sich auf eine normale Büroausstattung und Software, die zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks benötigt wird. Einen wichtigen Vermögenswert stellen dagegen die Vorräte an CDs dar. Auf ihnen sind die musikalischen Highlights des jährlichen Festivalprogramms wiedergegeben. Dabei hat sich im Berichtsjahr der Bestand an älteren Jahrgängen kaum verändert; dafür sind CDs mit Aufnahmen aus dem Programm von 2009 hinzugekommen.

Die zum 31.12.2009 in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen sind kurzfristiger Natur und wurden überwiegend in den ersten Wochen des Jahres 2010 beglichen. Für einige ältere Forderungen mit allerdings geringem Wert sind z. T. gerichtliche Mahnverfahren eingeleitet. Die Geschäftsführung geht aber davon aus, dass alle Forderungen werthaltig sind.

Die Liquiditätslage der Bodenseefestival GmbH ist als sehr gut zu bezeichnen. Die Bankguthaben (135.292 €) übersteigen die Anfang des neuen Jahres beglichenen kurzfristigen Verbindlichkeiten (5.190 €) um ein Vielfaches.

Die in der Bilanz aufgeführten Rücklagen sind teilweise im Zusammenhang mit der Übernahme der sechs Geschäftsanteile (15.600 €) bzw. aus dem Gewinn zurückliegender Jahre entstanden (21.441 €). Rückstellungen wurden ausschließlich für den Jahresabschluss und

dessen Prüfung gebildet (5.000 €). Weitere der Höhe nach ungewisse Verpflichtungen bestehen nicht.

Die Umsatzerlöse (857.696 €) sind durch die Einnahmen aus Kartenverkäufen, die Kostenerstattungen der Mitveranstalter des Internationalen Bodenseefestivals, die Mitschnitt Honorare des Südwestrundfunks sowie die für die Durchführung des Festivals gewährten Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg, des Kantons Thurgau und der Gesellschafter gekennzeichnet. Die sonstigen betrieblichen Erträge wie Werbeeinnahmen und CD-Verkäufe spielen eine untergeordnete Rolle (5.963 €).

Den Umsatzerlösen stehen die Aufwendungen für die verpflichteten Künstler und Ensembles (564.596 €) sowie die mit den Veranstaltungen zusammenhängenden sonstigen Kosten (z.B. für Raum- und Instrumentenmieten, Beleuchtung, Tantiemen, GEMA-Gebühren, Künstlersozialkasse) und die Werbeaufwendungen (139.613 €) gegenüber. Die Personalaufwendungen und die sonstigen Verwaltungskosten sind mit zusammen 80.738 € relativ gering. Das hängt damit zusammen, dass die Gesellschaft nur Aushilfskräfte beschäftigt und die Geschäftsführer für ihre Tätigkeit nur Aufwandsentschädigungen beziehen.

Der jedes Jahr nach Abschluss der Programmplanung aufgestellte Wirtschaftsplan wurde im Berichtsjahr eingehalten. Die Abweichungen von den geplanten Einnahmen und Ausgaben sind bei den einzelnen Positionen gering und im Einzelfall auch begründet.

#### **d) Ausblick**

Im Jahr 2010 steht das 22. Internationale Bodenseefestival vom 1. – 22. Mai unter dem Thema „Fantasie und Wirklichkeit – Schumann, Heine, Chopin“. Es ist den beiden Komponisten gewidmet, die in diesem Jahr ihren 200. Geburtstag feiern und sich in ihren Werken wiederholt mit der Vertonung von Gedichten von Heinrich Heine befassten.

Artist in residence wird 2010 der österreichische Pianist und Dirigent Stefan Vladar sein, der u. a. die vier Sinfonien von Robert Schumann aufführen wird. In seinen fünf geplanten Kammerkonzerten stehen dann Werke beider Komponisten im Mittelpunkt. Die Kompositionen von Chopin werden in einem Klavierzyklus breiten Raum einnehmen, und in drei Liederabenden stehen Werke von Schumann im Vordergrund.

Weitere interessante Orchesterkonzerte, das Leipziger Ballett mit der Zweiten Sinfonie von Schumann und mehrere geistliche und Jazzkonzerte versprechen ein abwechslungsreiches Programm, das durch Literaturveranstaltungen und die Inszenierung des Stücks „Der Stein“ von Marius von Mayenburg durch das Theater Konstanz ergänzt wird.

Der Wirtschaftsplan für die Durchführung des 22. Internationalen Bodenseefestivals sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 746.500 € (Vj. 860.500 €) vor. Davon werden 77,7 % aus eigenen Mitteln (u.a. Kartenverkäufe, Kostenerstattungen der Mitveranstalter, Zuschüsse der Gesellschafter, Mitschnitt Honorare und Spenden) aufgebracht.

Friedrichshafen, den 5. März 2010

- Die Geschäftsführer -  
Henner Faehndrich                      Winfried Neumann

#### **10. Abschlussprüfer**

Kanzlei Keller, Wirtschaftsprüfer Roland Keller, Owingen

## Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	2,1	0,8	3,4	1,4	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,7	0,3	0,3	0,1	0,6	0,2
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	<b>2,8</b>	<b>1,1</b>	<b>3,7</b>	<b>1,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,2</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen						
3. Geleistete Anzahlungen						
3. fertige Erzeugnisse und Waren	22,0	9,0	18,9	7,6	16,4	6,7
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	54,7	22,5	47,0	18,9	21,0	8,6
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte Nachschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	61,0	25,1
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11,1	4,6	10,2	4,1	10,8	4,4
III. <u>Wertpapiere</u>						
1. eigene Anteile	15,6	6,4	13,0	5,2	2,6	1,1
IV. <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	135,3	55,7	154,6	62,2	129,8	53,4
	<b>238,7</b>	<b>98,2</b>	<b>243,6</b>	<b>98,0</b>	<b>241,5</b>	<b>99,4</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1,5	0,6	1,3	0,5	0,9	0,4
	<b>1,5</b>	<b>188,0</b>	<b>1,3</b>	<b>188,9</b>	<b>0,9</b>	<b>192,4</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>243,0</b>	<b>100,0</b>	<b>248,6</b>	<b>100,0</b>	<b>243,0</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	197,6	81,3	197,6	79,5	197,6	81,3
II. <u>Kapitalrücklage</u>	0,0	0,0	272,3	109,5	272,3	112,1
III. <u>Gewinnrücklage</u>						
1. Rücklage für eigene Anteile	15,6	6,4	13,0	5,2	2,6	1,1
2. andere Gewinnrücklagen	21,4	8,8	5,4	2,2	0,0	0,0
IV. <u>Gewinnvortrag/Verlustvortrag</u>	0,0	0,0	-272,3	-109,5	-272,3	-112,1
V. <u>Bilanzgewinn</u>	-2,0	-0,8	16,1	6,5	5,4	2,2
	<b>232,7</b>	<b>95,8</b>	<b>232,0</b>	<b>93,3</b>	<b>205,7</b>	<b>84,6</b>
<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>						
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>						
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	5,0	2,1	2,0	0,8	1,5	0,6
	<b>5,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>0,8</b>	<b>1,5</b>	<b>0,6</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1,9	0,8	1,0	0,4	33,0	13,6
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	3,3	1,4	13,5	5,4	2,9	1,2
	<b>5,2</b>	<b>2,1</b>	<b>14,5</b>	<b>5,9</b>	<b>35,9</b>	<b>14,8</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>243,0</b>	<b>100,0</b>	<b>248,6</b>	<b>100,0</b>	<b>243,0</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	857,7	99,0	616,8	99,4	722,9	99,8
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	3,0	0,4	2,6	0,4	1,5	0,2
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	6,0	0,7	1,0	0,2	0,0	0,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>866,7</b>	<b>100,0</b>	<b>620,4</b>	<b>100,0</b>	<b>724,5</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	785,3	90,6	514,5	86,2	631,5	88,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	1,6	0,2	1,0	0,2	0,4	0,4
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	48,3	5,6	47,8	8,0	42,6	3,9
<b>10. Gesamtaufwand</b>	<b>866,8</b>	<b>100,0</b>	<b>596,7</b>	<b>100,0</b>	<b>717,6</b>	<b>98,3</b>
<b>11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>23,6</b>	<b>3,8</b>	<b>6,9</b>	<b>0,9</b>
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,7		2,4		1,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
<b>18. Finanzergebnis</b>	<b>0,7</b>		<b>2,4</b>		<b>1,2</b>	
<b>19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>0,6</b>		<b>26,0</b>		<b>8,0</b>	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		0,4		0,0	
22. Sonstige Steuern						
<b>23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>0,6</b>		<b>26,5</b>		<b>8,0</b>	
24. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-256,3		-272,3		0,0	
25. Kapitalrücklage	272,3		0,0		0,0	
24. Gewinnrücklage						
a) in die Rücklage für eigene Anteile	2,6		10,4		2,6	
b) in andere Gewinnrücklagen	16,1		0,0		0,0	
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>-2,0</b>		<b>-256,3</b>		<b>5,4</b>	

Im Geschäftsjahr 2009 wurde der Verlustvortrag von 2008 mit dem 2008 ausgewiesenen Nachschusskapital, das zum Verlustausgleich gebildet wurde, verrechnet.

## V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

### ARKuS gGmbH

#### **1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	ARKuS gGmbH
Geschäftsstelle:	Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de
Gründungsdatum:	16. März. 2006
Eintragungsdatum Handelsregister:	16. März 2006
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	15. Februar 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

#### **2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Versorgung von chronisch kranken und behinderten Menschen. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Gründung und die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb eines oder mehrerer Integrationsunternehmen im Sinne des § 68 Nr. 3 c Abgabenordnung.

Die Gesellschaft ist berechtigt andere Einrichtungen der vorgenannten Arbeitsfelder zu betreiben. Sie darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

#### **3. Beteiligungsverhältnisse**

Am Stammkapital des Unternehmens sind nachfolgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
GpZ Überlingen gGmbH	15.000	60 %
SKID gGmbH	10.000	40 %
	25.000	100 %

#### **4. Organe des Unternehmens**

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Ingo Kanngießer, Reinhard Wein

#### **5. Öffentlicher Zweck**

Die Gesellschaft unterstützt, begleitet und berät kranke und behinderte Menschen auf dem Weg zu einer selbst gewählten Arbeits- und Lebensgestaltung.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Die Anerkennung als Integrationsunternehmen nach § 132 SGB IX verfällt bei Aufgabe des Betriebes ersatzlos und kann nicht wieder aufleben.

**8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen**

Für die Saison 2009 waren neben den beiden Geschäftsführern keine weiteren Personen beschäftigt.

**9. Lagebericht**

Am 15. Februar 2006 wurde die gemeinnützige GmbH ARKuS (Arbeit - Rehabilitation - Kultur - Soziales) gegründet.

Zeitgleich mit der Gründung der ARKuS gGmbH, wurden mit Rangrücktritt versehene Gesellschafterdarlehen über insgesamt 100.000,00 € entsprechend der Stammkapitalanteile an die ARKuS gGmbH bewilligt und ausgezahlt. Die Gesellschafterdarlehen werden ab dem 1. Januar 2007 mit 5 % verzinst. Sie sind tilgungsfrei und laufen über fünf Jahre bis zum 30. April 2011. Die Darlehen sind per Sicherungsübereignung von Anlagegütern, geringwertige Wirtschaftsgütern und der Betriebs- und Geschäftsausstattung abgesichert. Die Darlehen wurden am 29.02.2008 an die Gesellschafter zurückbezahlt.

**a) Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf**

Das Ostbad wurde schon in 2008 nicht mehr durch die ARKuS gGmbH betrieben. Das gilt auch für das Geschäftsjahr 2009. Die ARKuS gGmbH stellte jeglichen Betrieb zum 31. Dezember 2007 ein.

Die wenigen wirtschaftlichen Bewegungen begründen sich nur noch auf den Rückbau der angelegten Strukturen.

Die Gesellschafter haben am 30. Juli 2009 beschlossen, die ARKuS gGmbH mit Wirkung zum 31. Juli 2009 aufzulösen und Herrn Ingo Kanngießer als alleinigen Liquidator zu bestellen. Die Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgte am 28. September 2009. Das Sperrjahr endet somit am 28. September 2010.

**Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

Im Jahr 2008 wurde kein Umsatz getätigt. Entsprechend liegt auch der Materialaufwand bei 0 €. Die sonstigen betrieblichen Erlöse von 361 € sind durch Auflösung von Rückstellungen entstanden. Die Personalkosten belaufen sich noch auf insgesamt 684 € und sind der Abwicklung der Liquidation zuzurechnen.

**Umsatzerlöse/Gesamtleistungen**

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr in %
2009	0 T€	0 T€	- %
2008	0 T€	- 147 T€	- %
2007	147 T€	+ 4 T€	+ 2,8 %

Im Geschäftsjahr 2009 sind keine Umsatzerlöse erzielt worden.

Jahresergebnis

	Umsatzerlöse bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2009	0 T€	- 1 T€	- %
2008	0 T€	- 7 T€	- %
2007	147 T€	+ 7 T€	4,8 %

Das negative Jahresergebnis über 881,45 € kann nur durch Zurückgreifen auf das Stammkapital aufgefangen werden.

Finanzmittelbestand

Die ARKuS gGmbH führt bei der Volksbank Überlingen ein Girokonto. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Abschreibung	Fremdkapital
2009	24 T€	0 T€/ - %	0 T€	0 T€/ - %
2008	26 T€	0 T€/ - %	0 T€	0 T€/ - %
2007	204 T€	0 T€/ 0,0 %	30 T€	170 T€/ 83,3 %

Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in % der Bilanzsumme
2009	24 T€	23 T€	- %
2008	26 T€	24 T€	- %
2007	204 T€	31 T€	15,2 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2008 bei 23 T €.

**b) Risikobericht**

Die Gründung der ARKuS gGmbH und dem damit verbundenen Ziel, ein wirtschaftlich selbstständiges Integrationsunternehmen zu eröffnen und zu betreiben, war mit erheblichen Risiken verbunden. Die eingeplanten zwei Jahre (2006 und 2007) als Übergang zu dem Projekt „Radlerherberge-Gastronomie-Seebad“ sind inzwischen abgelaufen. Nun ist klar, dass eine Zukunft mit Radlerherberge nicht auf dem Grundstück des Strandbades Ost in Überlingen möglich ist. Selbst der gewöhnliche Badebetrieb ist ab 2008 nicht mehr an die ARKuS gGmbH vergeben worden. Die jetzt noch anfallenden Kosten verringern das Stammkapital um ca. 10 %. Eine vollständige Auszahlung der Gesellschafter ist somit nicht mehr möglich.

**c) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag nicht vorgefallen.

Überlingen, 13. August 2010

- Die Geschäftsführer -  
Ingo Kanngießer

Reinhard Wein

**10. Abschlussprüfer**

Dr. Altmann & Böttinger, Überlingen



## **Energieagentur Ravensburg gGmbH**

### **1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Energieagentur Ravensburg gGmbH
Geschäftsstelle:	Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9 E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	21. Oktober 1999
Eintragungsdatum Handelsregister:	25. April 2000
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	19. Dezember 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### **2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
  - ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
  - ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
  - ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.
- Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

Zur Erreichung der o.g. Ziele wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbaunehmen, der Verbraucherzentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

### **3. Beteiligungsverhältnisse**

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 62.650 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	in %
Landkreis Ravensburg	9.200	14,69 %
Energieagentur Biberach GbR	9.200	14,69 %
Energieagentur Bodenseekreis GbR	9.200	14,69 %
Energieagentur Sigmaringen GbR	6.950	11,10 %
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600	7,34 %
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	4.600	7,34 %
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600	7,34 %
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	4.600	7,34 %
EnBW Regional AG	4.600	7,34 %
Thüga AG, München	4.600	7,34 %
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband B-W	500	0,80 %
	62.650	100,00 %

### **4. Organe des Unternehmens**

#### **Geschäftsführung**

Die Geschäftsführung und Vertretung erfolgt durch Herrn Walter Göppel.

#### **Beirat**

Dem Beirat gehört jeweils ein Gesellschaftsvertreter an. Weiter können Vertreter von Verbänden und sonst interessierten Einrichtungen in den Beirat aufgenommen werden. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet die Gesellschafterversammlung.  
Vergütung des Beirates: Der Beirat erhält keine Vergütung.

### **5. Öffentlicher Zweck**

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

### **6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

### **7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Von besonderer Bedeutung sind folgende Verträge und Vorgänge:

- ⇒ Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel vom 23. Februar 2000 mit Nachträgen vom 04. Februar 2002 vom 07. November 2006 und vom 03. Dezember 2009;
- ⇒ Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die (Gründungs-) Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T €;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten;

- ⇒ Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach über Sponsoring Leistungen von 5.000 € bzw. 10.000 € p.a. mit Laufzeiten bis 2010;
- ⇒ Verträge mit zehn selbstständigen Energieberatern über die Durchführung der Sprechstunden für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;
- ⇒ Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oswald und Frau Göppel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit;
- ⇒ Verträge mit 45 Städten, Gemeinden und Stadtwerken über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden;
- ⇒ Mietvertrag vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8;
- ⇒ Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 über die Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen;
- ⇒ Mietvertrag vom 02. Februar 2008 mit der Gemeinnützigen Berufsförderungs-gesellschaft der Württ. Bauwirtschaft mbH, Stuttgart, über Büroräume im Gebäude In der Au 14, 72488 Sigmaringen;
- ⇒ Betreuungsvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über den Aufbau und Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Städten und Gemeinden, die an der Zertifizierung gemäß European Energy Award® teilgenommen haben im Rahmen des Interreg IV Programms vom 15./20. Oktober 2009;
- ⇒ Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur Durchführung von Zertifizierungsverfahren vom 4. April/2. Mai 2006;
- ⇒ 18 Dienstleistungsverträge mit den Städten und Gemeinden Aulendorf, Bad Waldsee, Baidt, Fronreute, Grünkraut, Illmensee, Ingoldingen, Isny, Leutkirch, Maselheim, Mengen, Neukirch, Oberteuringen, Ochsenhausen, Vogt, Weingarten, Wilhelmsdorf und Wolpertswende über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten; die GbR hat außerdem von den Sparkassen Bodensee und Salem-Heiligenberg sowie der Volksbank Überlingen die Zusage über Sponsoringleistungen im Betrag von 10.000 € für die Jahre 2007 - 2009 erhalten;
- ⇒ Zuwendungsbescheid des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 19. April 2007 zur Mitfinanzierung der Gründung einer Energieagentur für den Bodenseekreis in Höhe von 100.000 € bis 30. April 2010;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Landkreis Sigmaringen GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 6.950 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.750 € zu leisten; der GbR wurden von der Kreissparkasse Sigmaringen und der Sparkasse Pfullendorf Sponsoringbeträge in Höhe von zusammen jährlich 10.000 € in Aussicht gestellt;
- ⇒ Zuwendungsbescheid des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 9. August 2007 zur Mitfinanzierung der Gründung einer Energieagentur für den Landkreis Sigmaringen in Höhe von 100.000 € bis 31. Dezember 2009.

## **8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt entwickelt:

⇒ Ein Geschäftsführer (100%)	unverändert
⇒ Ein Assistent der Geschäftsführung (100%)	unverändert
⇒ Eine Sachbearbeiterin (90%)	unverändert
⇒ Eine Sachbearbeiterin (90%)	unverändert
⇒ Eine Energieberaterin für die Energieagentur Ravensburg (80%)	unverändert
⇒ Eine Energieberaterin (80%) für die Niederlassung Biberach	unverändert
⇒ Ein Energieberater (100%) für die Niederlassung Bodenseekreis	unverändert
⇒ Ein Energieberater (100%) für die Niederlassung Sigmaringen	unverändert

Zehn freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen sind über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

## **9. Lagebericht**

### **a) Allgemeines**

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

- ⇒ Energieagentur Biberach:  
Am 6. Oktober 2003 wurde die Energieagentur Biberach, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH im Landkreis Biberach gegründet und am 1. März 2004 im Gebäude der Kreishandwerkerschaft eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis:  
Am 13. Juni 2007 wurde die Energieagentur Bodenseekreis, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und im Gebäude der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen:  
Am 21. November 2007 wurde die Energieagentur Sigmaringen, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und am 03. März 2008 im Gebäude der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württembergischen Bauwirtschaft mbH eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der oben genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach und Bodenseekreis wie folgt eingerichtet:

- ⇒ 2001 bis 2006:  
Die Energieagentur Ravensburg hat neun Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden des Landkreises Ravensburg und eine in enger Kooperation mit dem Landschaftserhaltungsverband Höchsten-Dornacher Ried (in Wilhelmsdorf) installiert.
- ⇒ 2007 bis 2008:  
Die Energieagentur Biberach hat acht Energieberatungsaußenstellen in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften im Landkreis Biberach eingerichtet.
- ⇒ 2008 bis 2009:  
Neun Energieberatungsaußenstellen wurden im Bodenseekreis durch die Energieagentur Bodenseekreis in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften eröffnet.
- ⇒ 2008:  
Auch die Energieagentur Sigmaringen hat im Landkreis Sigmaringen fünf Außenstellen in den jeweiligen Kommunen in Betrieb genommen.

So ist eine relativ flächendeckende und unabhängige Energieberatung für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

#### **b) Jahresergebnis**

Die Erlöse der Gesellschaft von rund 851 T € setzen sich wie folgt zusammen:

- ⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
- ⇒ Erlöse aus den Landeszuschüssen für die Energieagentur Bodenseekreis und Sigmaringen
- ⇒ Erlöse Sponsoring und Spenden
- ⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/dem eea®
- ⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
- ⇒ Kostenbeteiligungen für Messekooperationen
- ⇒ Erlöse aus der bundesweiten Initiative „EnergieEffizienz“
- ⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten
- ⇒ Erlöse aus Vorträgen/Veranstaltungen
- ⇒ Erlöse aus dem bundesweiten Wettbewerb der dena „Energieeffizienz + Architektur“
- ⇒ Erlöse aus dem Projekt des Bundesministeriums „Stromspar-Check in einkommensschwachen Haushalten“
- ⇒ Erlöse aus den Interreg-Projekten „Energieeffizienzgemeinden und Grips“

Es verbleibt ein Jahresüberschuss von 69.357,68 €.

Der Jahresüberschuss 2009 soll mit dem Gewinnvortrag zusammengefasst und auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

	2009 T €	2008 T €	2007 T €
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes			
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	78	72	84
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-9	-25	-39
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit		7	9
Summe	<u>69</u>	<u>54</u>	<u>54</u>
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	<u>322</u>	<u>268</u>	<u>214</u>
Finanzmittelbestand am 31.12.	<u>391</u>	<u>322</u>	<u>268</u>

### c) Tätigkeitsbericht

Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2009 lag in folgenden Bereichen:

⇒ Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:

In allen vier Landkreisen wurden mit Unterstützung der jeweiligen Hauptförderer Bauherrenmappen mit entsprechenden Informationen zu neuen Gesetzen, usw. entwickelt und in den Außenstellen für die Energieberatung eingesetzt. Aufbau der Energieagentur Sigmaringen und die Einrichtung bzw. Ausbau von örtlichen Energieberatungsaußenstellen in den Landkreisen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen.

In rund 2.500 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 15.500 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien, Förderprogramme und Gesetze, wie z. B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz oder die EnEV 2009 beraten.

⇒ Kommunale Energieberatung/European Energy Award®:

Hilfestellung bei der Umsetzung der politischen Klimaschutzziele der Europäischen Union und der Bundes- und Landesregierung im Rahmen des Qualitäts- und Zertifizierungssystems für Kommunen in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen.

Seit Einführung des European Energy Award® im Sommer 2006 in Baden-Württemberg betreuen die Energieagenturen folgende Gemeinden

- Landkreis Ravensburg:  
Ravensburg, Wangen, Aulendorf, Vogt, Wilhelmsdorf, Fronreute, Wolpertswende, Grünkraut, Bad Waldsee, Baidt, Isny, Leutkirch und Weingarten
- Landkreis Biberach:  
Bad Schussenried, Dürmentingen, Ingoldingen, Maselheim und Ochsenhausen
- Landkreis Bodenseekreis:  
Friedrichshafen, Oberteuringen, Neukirch und Gailingen
- Landkreis Sigmaringen  
Sigmaringen, Illmensee und Mengen

Für ihre erfolgreiche, nachgewiesene sowie zukunftsorientierte Energie- und Klimapolitik sind im Jahr 2009 die Städte und Gemeinden Bad Schussenried, Dürmentingen, Sigmaringen, Vogt und Wangen mit dem European Energy Award® ausgezeichnet worden. 2008 wurden bereits die Städte Friedrichshafen und Ravensburg zertifiziert.

Die einzelnen Handlungsfelder des European Energy Award® sollen Kommunen Stärken und Schwächen aufzeigen sowie wichtige Entscheidungshilfen bei der investiven Umsetzung bieten.

⇒ Folgende ökologische und ökonomische Projekte sind bereits schon entstanden:

- Förderprogramme für Neubauten in Form von Energiekennwerten und eines Bonussystems
- Regenerative Nahwärmeversorgungen mit Einbindung der Wirtschaft
- Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzen
- Einführung Kommunales Energiemanagement
- LED-Straßenbeleuchtung
- 30%iger bis 100%iger Ökostrombezug
- Ausbau der Kraftwärmekopplung
- Leitrichtlinien zum energieeffizienten Bauen und Sanieren
- Optimierung der Fuhrparks
- Umstellung auf Erdgasbusse
- Umwälzpumpenaustausch- und Thermographieaktionen
- Energieforen und Ausstellungen
- > 30%ige regenerative Strom- und Wärmeerzeugung

Zusätzlich wurde ein mehrjähriges Interreg-Projekt „Energieeffizienzgemeinden“ für European Energy Award®-Kommunen entwickelt. Das soll hauptsächlich für die Projektentwicklung und den Informationsaustausch von Kommunen aus Vorarlberg, der Schweiz, Bayern und aus der Region Bodensee-Oberschwaben dienen. Vertragspartner ist hierbei die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA), die mit der Energieagentur Ravensburg am 16.10.2009 einen Dienstleistungsvertrag geschlossen hat.

Höhepunkt des Interreg-Projektes war der internationale Erfahrungsaustausch am 25.11.2009 im Ravensburger Rathaus, an dem ca. 70 Vertreter der Kommunen teilgenommen haben.

Am Interreg-Projekt „Energieeffizienzgemeinden“ nehmen die Kommunen Friedrichshafen, Ravensburg, Wangen, Vogt, Bad Waldsee und Fronreute teil.

⇒ Bildung:

Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Gesetze, neuen Technologien sowie Baustoffe führen zu unterschiedlichsten Bildungsangeboten der Energieagenturen:

- Fortbildung von kommunalen Hausmeistern in drei Seminaren
- Mehrtägiges Seminar für Ingenieure „DIN 18599“ für Nichtwohngebäude – in Kooperation mit der Bauakademie Biberach
- ½ jähriges Seminar „Zertifizierter Energiefachbetrieb“ für Innungsbetriebe aus allen vier Landkreisen in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Ravensburg
- 11 Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in allen vier Landkreisen
- Schulung von 20 Stromsparhelfern im Rahmen des bundesweiten Projektes. (Rund 150 einkommensschwache Haushalte haben teilgenommen)
- 60-stündiges Seminar „Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben“ für Ingenieure in Kooperation mit der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, der Akademie der Ingenieure und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und der W. I. R.
- fünf kommunale und ein internationales Energieforum in den Landkreisen Biberach, Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen

⇒ Öffentlichkeitsarbeit:

Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch

- 100 örtliche Energieforen bzw. Vortragsveranstaltungen in den vier Landkreisen
- Mehrtägige Ausstellungen in Form von Sonderschauen, wie z. B.:
  - Hausplus in Ravensburg mit jeweils einem kommunalen und einem öffentlichen Energieforum
  - Immomesse der Stadt Biberach
  - IBO in Friedrichshafen mit einem fünftägigen Vortragsprogramm
  - Oberschwabenschau in Ravensburg, in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft in Ravensburg, mit einer 1.500 m<sup>2</sup> großen Sonderschau „Energieeffizienz“.
  - HausHolzEnergie in Friedrichshafen mit einem dreitägigen Vortragsprogramm für Kommunen, Fachleute und Investoren
- Beteiligung an den landesweiten Energietagen mit Aktionen
- Regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen

Laut einer stichprobenartigen Erfolgskontrolle der durchgeführten Energieberatungen im Bodenseekreis investieren über 95% der Ratsuchenden direkt in Energieeinsparmaßnahmen oder erneuerbare Energien. Das führt im Schnitt pro persönlicher Energieberatung zu einer CO<sub>2</sub>-Einsparung von > 5 Tonnen und zu einem Investitionsvolumen von > 50 T €.

Bewertet man nur die 2.500 persönlichen Beratungsgespräche kann sich bei einer Umsetzung der Energieeinsparvorschläge eine jährliche CO<sub>2</sub>-Entlastung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen von knapp 12.000 Tonnen und ein Investitionsvolumen von über 95 Mio. € für die mittelständische Wirtschaft in allen vier Landkreisen ergeben.

Bereits wie schon im letzten Jahr nehmen die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren und Ausstellungen weiter zu. Dies ist auf die relativ hohen Energiepreise, die Europäischen, Bundes- und Landes-Klimaschutzziele sowie auf die neuen Gesetze und die hohe Beteiligung der Gemeinden am eea® zurückzuführen.

**d) Fazit**

Mit dem Einsatz von 396 T € durch die Gesellschafter werden ggf. über 95 Mio. € Investitionen für die Wirtschaft angestoßen. Dies entspricht rechnerisch dem Umsatzvolumen für die Vorhaltung von rund 1.055 Arbeitsplätzen in den Städten und Gemeinden aller vier Landkreise. Weiter wurden wichtige Entscheidungshilfen bei kommunalen Energiekonzepten gegeben. Somit trägt die Energieagentur maßgeblich zum Klimaschutz und zur Wirtschaftsförderung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei.

Als herausragende Aktivitäten sind die Veranstaltungen im Rahmen des zehnjährigen Bestehens der Energieagentur Ravensburg gGmbH, der internationale Erfahrungsaustausch der Energieeffizienzgemeinden, die Auszeichnung von fünf Kommunen mit dem European Energy Award® in Ravensburg sowie das Fortbildungsseminar „Zertifizierter Energiefachbetrieb“, an dem insgesamt knapp 400 Innungsfachbetriebe teilgenommen haben, zu nennen.

### e) Ausblick auf das Jahr 2010

Die Beratungsanfragen von Investoren, Kommunen und Fachleuten werden sich im Jahr 2010 deutlich verstärken, wie z. B. durch:

- ⇒ das ab 1. Januar 2010 in Baden-Württemberg in Kraft getretene Erneuerbare-Wärmegesetz für den Gebäudebestand
- ⇒ die laufenden Änderungen von Förderprogrammen und deren Richtlinien
- ⇒ die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogrammes II
- ⇒ zunehmende Nachfragen nach der fachlichen Beratung bzw. Begleitung bei regenerativen Nahwärmeversorgungen, die finanziell von Bund und Land unterstützt werden.
- ⇒ vermehrtes Interesse an der Teilnahme am European Energy Award® in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen. (Fünf weitere Kommunen und zwei Landkreise sind bereits für 2010 vorgemerkt)
- ⇒ neue Aktivitäten im Interreg-Projekt „Energieeffizienzgemeinden“
- ⇒ Die neue jährliche Messe HausHolzEnergie in Friedrichshafen
- ⇒ stärkere Nachfrage nach Seminaren für Fachleute und Behörden im Rahmen der gesetzlichen Förderprogramme
- ⇒ Einbindung der Wirtschaft in den European Energy Award®-Prozess mit finanzieller Unterstützung der Kreissparkasse Ravensburg
- ⇒ Eröffnung einer Außenstelle im Gemeindeverwaltungsverband Altshausen

Die zunehmenden Beratungsnachfragen, vor allem hervorgerufen durch die gesetzlichen Änderungen und neuen Förderprogramme, und auch die starke Anfrage von Kommunen nach dem European Energy Award® führt bei der gegebenen Personalsituation zu Engpässen.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 51 T € sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Personalkapazitäten der Gesellschaft weiterhin voll ausgelastet sind. Aufgrund der neuen Europäischen, bundes- und landesweiten Klimaschutzziele bzw. Gesetze, der Förderprogramme sowie weitere Nachfragen an der Teilnahme am eea® wird diese Entwicklung anhalten.

Die Finanzierung ist für das Jahr 2010 trotz der wegfallenden Gründungshilfe von 68 T € des Umweltministeriums Baden-Württemberg für die Energieagenturen Bodenseekreis und Sigmaringen und dem Ende der Initiative „Energieeffizienz+“ von ca. 10 T € sowie der zunehmenden Beratungsnachfragen, der lokalen Energieforen etc. und den damit verbundenen Personal-Mehrkosten gesichert, wie z. B. durch:

- Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 405 T €
- Förderbeträge von insgesamt 55 T € der Kreissparkassen Ravensburg, Biberach und Sigmaringen, den Sparkassen Bodensee, Salem-Heiligenberg und Pfullendorf-Meißkirch sowie der Volksbank Überlingen.  
Im Förderbetrag sind 20 T € für die Projektierung „Energieeffizienz in der Region“ der Kreissparkasse Ravensburg enthalten.
- Einnahmen aus dem Projekt European Energy Award® von ca. 88 T €
- Einnahmen aus Seminaren, Stromsparerhelferprojekt, Vorträgen und Messebeteiligungen
- Einnahmen aus kommunalen Dienstleistungen, Machbarkeitsstudien, Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzen, usw.
- Einnahmen aus den Interreg-Projekten „Energieeffizienzgemeinden“ und „Grips“

**f) Risiken für die zukünftige Entwicklung:**

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft basiert auf den oben genannten Einnahmen, den Gesellschafterzuschüssen und aus Projekten, Aktivitäten, Sponsoring, usw., die vertraglich auf zwei bis drei Jahre gesichert sind.

Die Finanzierung der Aufwendungen des Geschäftsjahres 2009 mit ca. 791.557 € war nur durch zusätzliche Einnahmen, wie z. B. über den European Energy Award® und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschafterseite möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft auch weiterhin, dass sie ihre Aufgabenerfüllung an ihre Finanzierungsmöglichkeiten anpassen muss, weil bereits die Fixkosten nicht mehr in vollem Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute bestritten werden können. Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter muss die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen gerichtet werden.

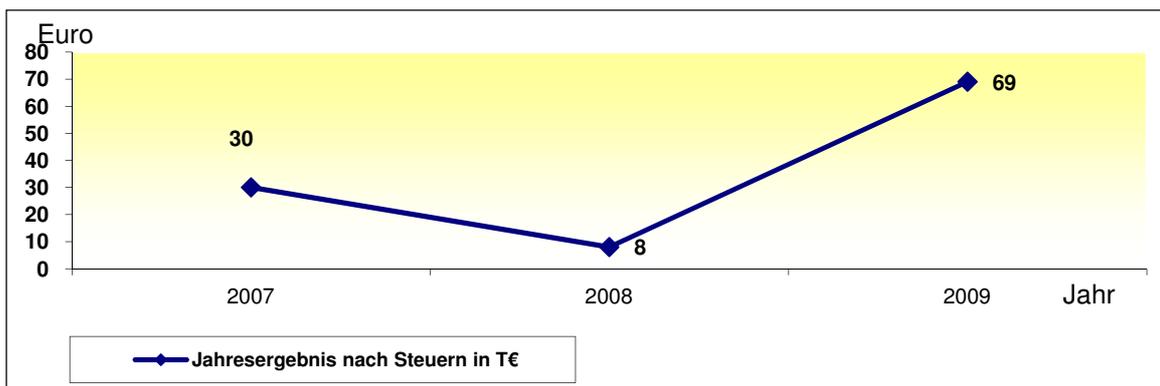
Ravensburg, 09.04.2010  
Walter Göppel, Geschäftsführer

**10. Abschlussprüfer**

Dr. Gretter & Partner GmbH

**11. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	2009	2008	Abweichung 2009 - 2008 in %
Ausstellungstage	42	42	+ 0 %
Energieberatungsgespräche	2.500	2.000	+ 25 %

**12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss**

## Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Aktiva</b>						
<b>A. Anlagevermögen</b>						
- I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	3,3	0,6	6,6	1,5	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten						
2. Anlagen und Maschinen						
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40,2	7,6	45,9	10,2	44,8	11,7
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>	<b>43,5</b>	<b>8,2</b>	<b>52,5</b>	<b>11,7</b>	<b>44,8</b>	<b>11,7</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen	39,3	7,5	33,9	7,5	23,2	6,1
3. Waren						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	53,6	10,2	27,1	5,1	27,3	5,2
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte noch ausstehende Kapitaleinlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	7,0	1,8
5. Sonstige Vermögensgegenstände	0,6	0,1	14,0	3,1	7,1	1,9
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	390,8	74,0	322,1	71,6	272,4	71,4
	<b>484,3</b>	<b>91,8</b>	<b>397,1</b>	<b>87,4</b>	<b>336,9</b>	<b>86,3</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						
<b>Bilanzsumme</b>	<b>527,8</b>	<b>100,0</b>	<b>449,6</b>	<b>100,0</b>	<b>381,7</b>	<b>100,0</b>

## Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2009

Bilanz zum 31.12.2009	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
<b>Passiva</b>						
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	62,7	11,9	62,7	13,9	62,7	16,4
II. <u>Kapitalrücklage</u>						
III. <u>Gewinnrücklage</u>						
1. Zweckgebundene Rücklagen						
2. Andere Gewinnrücklagen	60,0	11,4	60,0	13,3	60,0	15,7
IV. <u>Gewinnvortrag/Verlustvortrag</u>	98,7	18,7	90,7	20,2	60,8	15,9
V. <u>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</u>	69,4	13,1	8,0	1,8	29,9	7,8
	<b>290,7</b>	<b>55,1</b>	<b>221,3</b>	<b>49,2</b>	<b>213,3</b>	<b>55,9</b>
<b>B. Sonderposten mit Rücklagenanteil</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>1,9</b>	<b>0,5</b>
<b>C. Sonderposten für Zuschüsse</b>	<b>11,2</b>	<b>2,1</b>	<b>13,3</b>	<b>2,9</b>	<b>7,4</b>	<b>1,9</b>
<b>D. Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	72,2	13,7	68,9	15,3	46,5	12,2
	<b>72,2</b>	<b>13,7</b>	<b>68,9</b>	<b>15,3</b>	<b>46,5</b>	<b>12,2</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>						
I. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	85,4	16,2	79,9	17,8	48,2	12,6
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	11,4	2,2	39,1	8,7	45,3	11,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	34,2	6,5	27,2	6,0	18,9	5,0
	<b>131,0</b>	<b>24,8</b>	<b>146,1</b>	<b>32,5</b>	<b>112,5</b>	<b>29,5</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>22,7</b>	<b>4,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>527,8</b>	<b>100,0</b>	<b>449,6</b>	<b>100,0</b>	<b>381,7</b>	<b>100,0</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2009

Gewinn- und Verlustrechnung	2009		2008		2007	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	375,8	43,4	287,9	36,3	145,4	26,1
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten	475,5	55,0	481,8	60,7	366,7	65,9
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	5,4	0,6	10,7	1,4	16,1	2,9
4. Sonstige betriebliche Erträge	8,5	1,0	13,5	1,7	27,9	5,0
<b>5. Gesamtleistung</b>	<b>865,2</b>	<b>100,0</b>	<b>793,9</b>	<b>100,0</b>	<b>556,1</b>	<b>100,0</b>
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	67,5	8,5	65,7	8,4	33,5	6,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	400,7	50,6	392,2	50,1	218,3	42,1
b) Soziale Abgaben	98,5	12,4	85,7	10,9	54,7	10,5
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	18,0	2,3	22,1	2,8	25,2	4,9
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	206,8	26,1	217,7	27,8	186,9	36,0
<b>11. Gesamtaufwand</b>	<b>791,6</b>	<b>100,0</b>	<b>783,4</b>	<b>100,0</b>	<b>518,6</b>	<b>100,0</b>
<b>12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)</b>	<b>73,6</b>	<b>8,5</b>	<b>10,5</b>	<b>1,3</b>	<b>37,5</b>	<b>6,7</b>
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,5		12,0		6,9	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0		0,0		0,0	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
<b>19. Finanzergebnis</b>	<b>7,5</b>		<b>12,0</b>		<b>6,9</b>	
<b>20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>81,1</b>		<b>22,6</b>		<b>44,4</b>	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-11,7		-14,6		-14,5	
<b>24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)</b>	<b>69,4</b>		<b>8,0</b>		<b>29,9</b>	
25. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen						
b) in andere Gewinnrücklagen						
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>69,4</b>		<b>8,0</b>		<b>29,9</b>	



## frieks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum

### 1. Allgemeine Angaben



Firma des Unternehmens:	Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (frieks)
Geschäftsstelle:	Müllerstraße 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 38588-0 Fax: 07541 / 38588-33 E-Mail: Info@frieks.de Homepage: www.frieks.de
Gründungsdatum:	30. September 1999
Eintragungsdatum Handelsregister:	22. Mai 2000
letzte Änderung vom:	10. März 2009
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	8. März 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Aufbau und Betrieb eines Kommunikations- und Softwarezentrums zur Unterstützung von Existenzgründungen und Jungunternehmen aus der IT- und Multimedia-Branche, vor allem durch die Bereitstellung von Büroräumen und eine IuK-Infrastruktur sowie Beratungs- und Marketingleistungen durch die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH.

Zweck der Gesellschaft ist:

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen
- ⇒ die Stabilisierung der bestehenden Betrieben, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgründern
- ⇒ eine enge Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen
- ⇒ das Marketing für das Technologiezentrum

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Technologiezentrums insbesondere für Existenzgründer in der Region Friedrichshafen.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen.

**3. Beteiligungsverhältnisse**

Am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	12.750	51 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis GmbH	7.250	29 %
IHK Bodensee-Oberschwaben	5.00	20 %
	25.000	100 %

**4. Organe des Unternehmens****Geschäftsführung:**

Benedikt Otte  
Michael Mahl

**Gesellschafterversammlung:**

Vertreter aller Gesellschafter

**5. Öffentlicher Zweck**

Seit Eröffnung des Zentrums waren insgesamt 44 Unternehmen im Zentrum Mieter. Von diesen sind zwischenzeitlich 15 wieder ausgezogen und haben einen Firmensitz in Friedrichshafen oder im Bodenseekreis gewählt. 8 Unternehmen haben das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.

Stand 31. Dezember 2009 sind 21 Unternehmen im Softwarezentrum mit rund 50 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das Zentrum leistet somit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen. Das Projekt wird von der Stadt Friedrichshafen finanziell unterstützt.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

keine

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

- ⇒ Grundstücksmietvertrag mit GMG Generalmietgesellschaft mbH (vormals DeTelImmobilien) vom 20. Dezember 1999 über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12 - 14.
- ⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

**8. Anzahl der im Geschäftsjahr 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter/innen.

## **9. Lagebericht**

### **a) Lage und Geschäftsverlauf**

Zweck der frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (Frieks GmbH) ist

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus technologieorientierten Branchen, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen,
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen, die Stabilisierung der bestehenden Betriebe, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgründern,
- ⇒ eine engere Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums, insbesondere für Existenzgründer und junge Unternehmen der Region Friedrichshafen.

Dazu gehören:

- ⇒ die Anmietung der für den Betrieb des Technologiezentrums vorgesehenen und notwendigen Immobilie,
- ⇒ der Abschluss entsprechender Mietverträge mit potentiellen Untermietern,
- ⇒ die Koordination der für die Zielerreichung geplanten und durchzuführenden Maßnahmen,
- ⇒ das Marketing des Technologiezentrums,
- ⇒ die Verwaltung des Technologiezentrums sowie
- ⇒ Existenzgründungsberatungen.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterliegen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31.12.2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist ist, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen müssen. Hierfür gibt es eine bis 31.12.2011 befristete unwiderrufliche Deckungszusage des Gesellschafters Stadt Friedrichshafen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wie auch die branchenbezogenen Entwicklung waren auch im Jahr 2009 überschattet von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Gründungsaktivitäten nahmen in Baden-Württemberg um 4,3 % zu. Trotz dieses Zuwachses konnten die Betriebsgründungen mit vermutlich größerer wirtschaftlicher Substanz nur um 0,5 % zulegen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebsschließungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Substanz um 0,5 % leicht an. Gerade technologieorientierte Unternehmen sind äußerst kapitalintensiv und haben teilweise mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen. Mieter der Frieks GmbH waren wie schon im Vorjahr in Einzelfällen ebenfalls davon betroffen.

Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellt sich die Frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z. B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten werden.

Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2009 als zufriedenstellend.

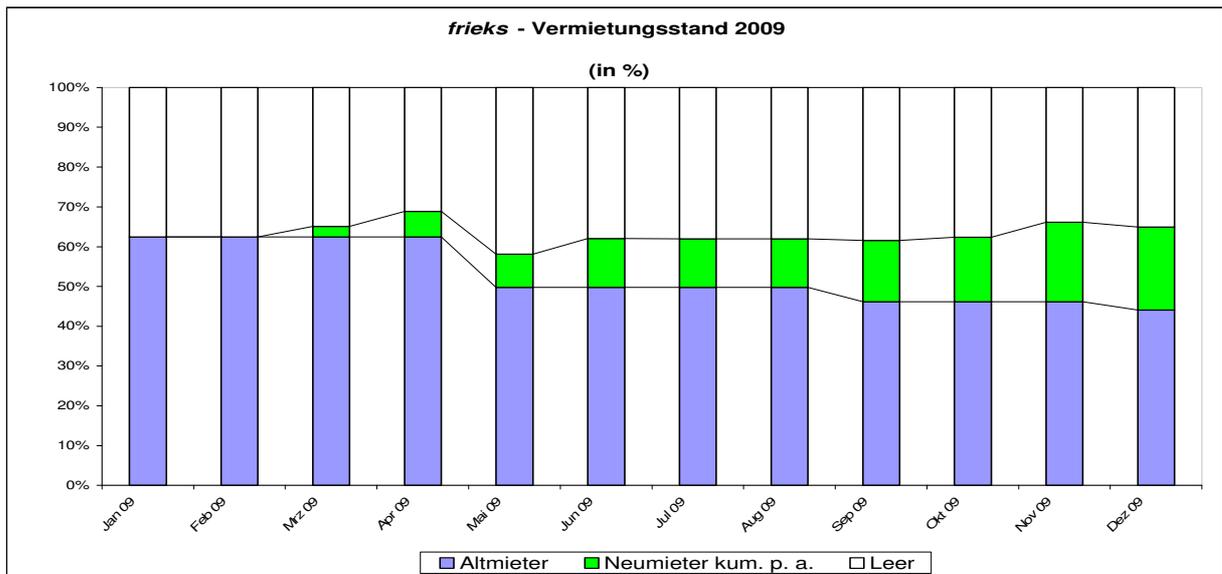
### Vermietung

Die Auslastung des Zentrums betrug zum Stichtag 31.12.2009 ca. 62 % und konnte somit konstant gehalten werden. Der im Jahresmittel geplante Vermietungsgrad von 48 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 60 % um 12 %-Punkte übertroffen. Dies zeigt, dass die erwarteten unterjährigen Auszüge von Mietern durch Neuvermietungen und

Mietflächenvergrößerungen von Bestandsmietern größtenteils kompensiert werden konnten. Absolut konnten zum Jahresende 2009 insgesamt 429 m<sup>2</sup> neu vermietet werden. Bezogen auf die in 2009 vermietbare Fläche lag der Auslastungsgrad im Jahr 2009 zwischen 59 % und 65 %.

Bis Ende April 2010 haben drei Unternehmen das Zentrum verlassen. Zwei davon mussten aufgrund der wirtschaftlichen Lage aufgeben, ein Unternehmen ist in einen anderen Gewerbepark umgezogen. In Verbindung mit einer weiteren, zu erwartenden Kündigung zum III. Quartal 2010 könnte die Auslastung um ca. 10 % bzw. 212 m<sup>2</sup> sinken. Durch verschiedene Maßnahmen konnten jedoch schon 70 m<sup>2</sup> neue Flächen vermietet werden.

Seit Ende 2009 wurde das Zentrum auch für Unternehmen geöffnet, die nicht der IKT-Branche zuzuordnen sind.



Vermietungsverlauf Frieks GmbH 2009 (in % bezogen auf vermietbare Gesamtfläche von 2.057 m<sup>2</sup>).

Die kurzfristige Vermietung von Seminarräumen konnte auch im Geschäftsjahr 2009 erfolgreich fortgesetzt werden. So wurden mehrere externe Veranstaltungen, unter anderem von der IHK Bodensee-Oberschwaben, in den Räumen der Frieks GmbH durchgeführt. Die inhaltlichen Themen der Vorträge zielten dabei speziell auf Fragestellungen ab, die im Zusammenhang mit jungen Unternehmen und/oder einer Existenzgründung standen. Der Umsatz aus diesem Geschäftsfeld betrug ca. 2 T €.

Die Mitarbeiterzahl der in der Frieks GmbH ansässigen Unternehmen beträgt zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 ca. 52. Die Ziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, sind damit erreicht.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt:

⇒ Messen, Präsentationen und Werbung

Die Frieks GmbH präsentierte sich auf der Messe Intertech in Dornbirn, auf dem L-Bank Wirtschaftsforum im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen und auf vielen Veranstaltungen der WFB GmbH.

In den regionalen Tageszeitungen und im Internet wurde das Zentrum mittels Anzeigen beworben.

⇒ Veranstaltungen

Im Jahr 2009 wurden zwei Grundlagenworkshops für Existenzgründer gemeinsam mit der Industrie - und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

## **b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

### Ertragslage

Das Jahresergebnis der Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2009 weist einen Jahresfehlbetrag von 0,4 T € (Vj. 0,7 T €) aus. Die im Geschäftsjahr 2009 realisierten Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 T € auf 151 T €. Dies ist im Wesentlichen auf verringerte Einnahmen aus der Nebenkostenabrechnung 2008 zurückzuführen.

Saldiert betrachtet, konnten die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 13,8 T € gesenkt werden. Kosten für die technische Infrastruktur fallen nicht mehr an. Die Kosten für bezogene Waren belaufen sich auf 219 T € (Vj. 220 T €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die Buchführung und den Jahresabschluss in Höhe von 9 T € (Vj. 9 T €) sowie den Saldo aus Forderungsverlusten und Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 3 T € (Vj. 9 T €).

Die Gesellschaft finanziert sich über die laufenden Mieterlöse sowie über Gesellschafterzuschüsse, die im Rahmen eines Defizitausgleichs gewährt werden.

### Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25 T € ist voll eingezahlt. Der Bilanzgewinn fällt im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 T € auf 6,6 T €. Insgesamt verringert sich die Bilanzsumme um 27 T € auf nunmehr 166 T €.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 3 T € (Vj. 0 T €) vorgenommen.

Das Vorratsvermögen enthält die von der Frieks GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres. Der Rückgang um 16 T € gegenüber dem Vorjahr ist das Resultat aus der verringerten Auslastungsquote des Zentrums und aus der Abschaffung der technischen Infrastruktur.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 18 T € auf 12 T € verringert. Hauptursache dafür ist ein weiter verbessertes Forderungsmanagement.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind auf 116 T € (Vj. 110 T €) gestiegen. Die zur Verfügung stehende Kreditlinie in Höhe von 51 T € wurde nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite erhöhten sich die sonstigen Rückstellungen um 12 T € auf 23 T €. Darin spiegelt sich eine Anpassung der Rückstellung für Wiederherstellungsverpflichtungen wider.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanzmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

## **c) Voraussichtliche Entwicklung**

Die Jahre 2010 und 2011 werden aus Sicht der Frieks GmbH von den Ereignissen und Nachwirkungen der Wirtschaftskrise geprägt sein. Auf die Nachfrage von jungen Unternehmen der IT- und Kommunikationsbranche nach Mietflächen wird sich die Krise weiter auswirken. Zudem nimmt die Konkurrenz durch neue Büro- und Gewerbeparks in der Region zu. Deshalb könnte es nach heutigem Wissensstand zu einem weiteren Rückgang

der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2010 kommen. Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2010 signifikant zurück gehen. Grund ist die Rückzahlung eines Teilbetrages der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von ca. 34 T €.

Die Geschäftsführung wird weiter daran arbeiten, die Auslastung des Zentrums zu steigern. Das Objekt wird sowohl in Tageszeitungen als auch im Internet beworben. Auf den Veranstaltungen des Gesellschafters Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH wird das Zentrum ebenfalls präsentiert. In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptgesellschafter wird das Konzept der Frieks GmbH auf den Prüfstand gestellt und ggf. entsprechend angepasst.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Größere Investitionen in das Anlagevermögen stehen aus heutiger Sicht nicht an. Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2010 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Zukünftige finanzielle Risiken sind nicht bekannt oder zu erwarten, da der Hauptgesellschafter bereits signalisiert hat, das Zentrum auch über den Zweckbindungszeitraum der Fördermittel hinaus zu unterstützen.

#### **d) Fazit**

Die Ziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, wurden im Geschäftsjahr erreicht.

Friedrichshafen, 29. April 2010

- die Geschäftsführer -  
Benedikt Otte

Michael Mahl

#### **10. Abschlussprüfer**

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

## Gesundheitsakademie Tettngang GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Gesundheitsakademie Tettngang GmbH
Geschäftsstelle:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettngang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettngang.de Homepage: www.klinik-tettngang.de
Gründungsdatum:	10. Mai 2006
Eintragungsdatum Handelsregister:	29. Juni 2006
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	10. Mai 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tettngang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheits-schulung und Behandlung.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tettngang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil in %
Klinik Tettngang GmbH	12.750	51 %
Dr. Martin Pfeifer	5.500	22 %
Dr. Andreas Kost	5.500	22 %
Karl Peter Sohler	1.250	5 %
	25.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführ ist Herr Jürgen Sachsenmaier.

### 5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

### 7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapital-entnahmen

Keine

**8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Keine

**9. Lagebericht**

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

**10. Abschlussprüfer**

RSW Treuhand GmbH

## Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH
Geschäftsstelle:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tett nang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	29. November 2005
Eintragungsdatum Handelsregister:	21. Februar 2006
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	29. November 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nicht medizinischem Personal.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil in %
Klinik Tett nang GmbH	12.750	51 %
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	12.250	49 %
	25.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:  
Jürgen Sachsenmaier

### 5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Keine

**8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen**

Die Gesellschaft hat insgesamt 16 Mitarbeiter.

**9. Lagebericht**

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

**10. Abschlussprüfer**

Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

**Waldburg-Zeil Personalservice GmbH****1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Personalservice GmbH
Geschäftsstelle:	Riedstraße 16, 88316 Isny-Neutrauchburg Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	06. April 2009
Eintragungsdatum im Handelsregister:	11. Mai 2009 (HRB 723613)
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	6. April 2009 mit Nachtrag vom 4. Mai 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

**2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Personaldienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bereitstellung von Personal, Personalvermittlung, Personalbetreuung, Beratung in Personalfragen und die Übernahme von Personalverwaltungsaufgaben.

**3. Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettnang GmbH gehalten.

**4. Organe des Unternehmens**

Geschäftsführer ist Herr Ellio Schneider.

**5. Öffentlicher Zweck**

siehe unter Punkt 2.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Keine

**8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter.

**9. Lagebericht**

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

**10. Abschlussprüfer**

RSW Treuhand GmbH

**Medizinisches Versorgungszentrum Tett nang GmbH****1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Tett nang GmbH
Geschäftsstelle:	Emil-Münch-Str. 16, 8806 Tett nang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	06. Dezember 2007
Eintragungsdatum Handelsregister:	28. Januar 2008
Notarielles Datum neuester Gesellschaftsvertrag:	06. Dezember 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

**2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Weiterhin die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

**3. Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tett nang GmbH gehalten.

**4. Organe des Unternehmens**

Geschäftsführer ist Herr Jürgen Sachsenmaier.

**5. Öffentlicher Zweck**

siehe unter Punkt 2.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Keine

**7. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Keine

**8. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Gesellschaft hat insgesamt 22 Mitarbeiter.

**9. Lagebericht**

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

**10. Abschlussprüfer**

RSW Treuhand GmbH

## VI. Sonstige Beteiligungen des Landkreises

### Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

#### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG
Geschäftsstelle:	Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: Info@bfhb.de Homepage: www.bauen-am-bodensee.de
Gründungsdatum:	1. März 1950
Eintragungsdatum GR:	24. Juli 2001
Letzte Änderung	am 2. Januar 2010 (9. April 2009)
Satzungsänderung:	11. Juni 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimmobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen.

Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2009 insgesamt 2.606 Mitglieder mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.328.220 € an. Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € beteiligt.

#### 4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung.

**5. Öffentlicher Zweck**

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.379 genossenschaftseigene Wohnungen mit 97.222 m<sup>2</sup> Wohnfläche, sowie 495 Garagen.

Für das Berichtsjahr 2009 kann die Genossenschaft mit dem Verkauf von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern sehr zufrieden sein. Die Verkaufserlöse lagen 600 T € über den Planansätzen

Die Vermietung der Wohnungen war 2009 immer gesichert. Die Fluktuationsrate hat gegenüber 2008 leicht abgenommen, allerdings gestaltet sich der Auswahlprozess für Neuvermietungen aufwendiger als in der Vergangenheit.

**6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Keine

**Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG****1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens: Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG  
Geschäftsstelle: Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen  
Tel.: 07541 – 3011-0  
Fax: 07541 – 3011-80  
E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de  
Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de

Gründungsdatum: 8. Juli 1949

Eintragungsdatum Handelsregister: 23. August 1949

Satzung: 21. Dezember 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

**2. Gegenstand des Unternehmens**

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

**3. Beteiligungsverhältnisse**

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2009 insgesamt 1.591 Mitglieder mit 7.897 Geschäftsanteilen an. Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 € und erhielt eine Dividende für 2008 in Höhe von 54 €. Für das Geschäftsjahr 2009 soll wieder eine Dividende von 3 % auf die Geschäftsanteile gewährt werden (54 €).

**4. Organe des Unternehmens**

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

**5. Öffentlicher Zweck**

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2009 insgesamt 1.162 Wohneinheiten in 114 Gebäuden, 13 gewerbliche Räume sowie 513 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 74.636 m<sup>2</sup> beträgt - ohne Betriebskosten - 5,34 € pro m<sup>2</sup>.

Neubauprojekte sind im Jahr 2009 nicht entstanden. Das im Jahr 2004 in der Allmandstraße erworbene Grundstück mit dem alten Finanzamtsgebäude ist vermietet. Ab 2013 ist beabsichtigt, auf dem über 6.900 m<sup>2</sup> großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage frei finanzierte Mietwohnungen, Praxis- und Gewerberäume sowie gemeinsam mit einem erfahrenen und leistungsstarken Träger betreute Seniorenwohnungen und Räume für Kurzzeitpflege zu errichten.

#### **6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Keine

## Baugenossenschaft Überlingen eG

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Baugenossenschaft Überlingen eG
Geschäftsstelle:	Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740 E-Mail: info@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de
Gründungsdatum:	20. Mai 1949
Eintragungsdatum GR:	1949
Satzung:	April 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigentumswohnungen und Eigenheime. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben.

Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt. Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

### 4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

### 5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2009 56 Häuser mit 461 Wohnungen, zwei Gewerbeeinheiten, eine Geschäftsstelle, 29 Garagen, 130 Tiefgaragenstellplätze, 172 Abstellplätze und 5 Carports.

### 6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine



**Regionalverband Bodensee-Oberschwaben****1. Allgemeine Angaben**

Firma des Unternehmens:	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Körperschaft des öffentlichen Rechts
Geschäftsstelle:	Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de
Gründungsdatum:	1. Januar 1973

**2. Rechtsform und -aufsicht**

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. Obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

**3. Organe und Geschäftsführung**

Organe des Regionalverbands sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören derzeit 56 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Landkreis Bodenseekreis entsendet 19 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. 12 Mitglieder.

Es sind zwei beschließende Ausschüsse eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit 10 Mitgliedern.

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Das Amt des Verbandsvorsitzenden wird seit dem 16. Oktober 2009 von Herrn Hermann Vogler, Oberbürgermeister a.D., ausgeübt. Seine Stellvertreter sind Herr Landrat Dirk Gaerte (Sigmaringen), Herr Bürgermeister a.D. Peter Allgaier (Salem) und Herr Jürgen Lang (Ravensburg).

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre. Verbandsdirektor ist seit dem 1. November 2008 Herr Dipl.-Geogr. Wilfried Franke.

#### **4. Finanzierung**

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 Euro je Einwohner und 17,90 Euro je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuerkraftsummen aufgeteilt.

#### **5. Wirtschaftsführung**

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindeführung entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

#### **6. Aufgaben**

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- ⇒ die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung. Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

#### **7. Anzahl der 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer**

Die Geschäftsstelle umfasst derzeit 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer für die Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen.

## Zweckverband PROTEC Orsingen

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Zweckverband PROTEC Orsingen
Geschäftsstelle:	Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166 E-Mail: ludwig.egenhofer@landkreis-konstanz.de Homepage: www.protec-orsingen.de
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1978, zuletzt geändert am 24. November 1998
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen. Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

### 4. Organe des Unternehmens

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

Die Verbandsversammlung besteht aus den Landräten der beteiligten Landkreise und dem Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises.

Vorsitzender ist Herr Frank Hämmerle, Landrat Kreis Konstanz.

### 5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.

### 6. Wesentliche Verträge/Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Am 25. Januar 2007 wurde ein Kooperationsvertrag mit den folgenden baden-württembergischen Tierkörperbeseitigungs-Zweckverbänden abgeschlossen:

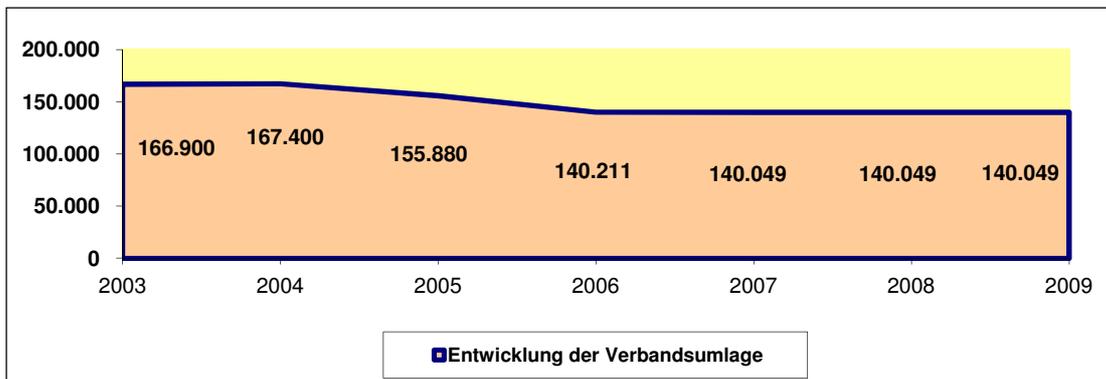
- ⇒ Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- ⇒ Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ztn)

Inhalt des Vertrages ist eine enge Zusammenarbeit hinsichtlich der Lieferung von Rohwaren der Kategorie eins. Darüber hinaus besteht die Zielsetzung für eine rechtliche Verbindung

der Zweckverbände in Baden-Württemberg bzw. für die Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes.

Pricewaterhouse Coopers, Berlin (PWC) hat in 2008 eine Studie über die zukünftige Ausrichtung der Tierkörperbeseitigung in Baden-Württemberg erstellt. Im Ergebnis ist eine Zusammenarbeit der Zweckverbände in Baden-Württemberg sinnvoll. In 2009 soll die konkrete Ausgestaltung eines gemeinsamen Zweckverbandes näher untersucht werden.

## **7. Entwicklung der Verbandsumlage**



## Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm

### 1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Geschäftsstelle:	Schulze-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm Tel.: 07121 / 956-0 Fax: 07121 / 956-48123 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2002
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- ⇒ Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- ⇒ Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

### 4. Organe des Unternehmens

Organe des Zweckverbands sind die Geschäftsführung, der Verbandsvorsitzende, der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung.

**5. Öffentlicher Zweck**

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrag ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

**6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (Anteil: 25 %)

DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (Anteil: 13,89 %)

Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (Anteil: 100 %)

Hauseigentümergeellschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum  
Ulm -GbR - Ulm (Anteil: 90 %)

**7. Anzahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen**

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2009 beträgt 313 und gliedert sich wie folgt: 52 Beamte und 261 Angestellte.

## VII. Anhang

### 1. Rechtsgrundlagen

#### § 105 Gemeindeordnung (GemO)

##### Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
  1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
  2. dafür zu sorgen, dass
    - a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
    - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:

  1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
  2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
  3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.

Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.
- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

#### § 48 Landkreisordnung (LKrO)

##### Anzuwendende Vorschriften

„Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechende Anwendung...“

## Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

### A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität  $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität  $\frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

### B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote  $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote  $\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I  $\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

### C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität  $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$
Erläuterung:	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$
Erläuterung:	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Kostendeckung	$\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtaufwand}}$
Erläuterung:	Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.
Cashflow	$\begin{aligned} &\text{Jahresüberschuss} \\ &+ \text{Abschreibungen auf Sachanlagevermögen} \\ &+ \text{Erhöhung der Rückstellungen} \\ &- \text{Verminderung der Rückstellungen} \\ &= \text{Cash Flow} \end{aligned}$
Erläuterung:	Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.